

Weiterbildungsangebot 2019 - 2020

Seminare in der Region Süd



www.kbw.de



Wir beraten Sie persönlich!

Unser Beratungsteam steht Ihnen für Fragen und Hinweise zu Seminaren stets zur Verfügung.

Tel.: (030) 293350 - 11

E-Mail: beratung@kbw.de



© Kommunales Bildungswerk e. V.

Bürostandort:

Bornitzstraße 73-75

10365 Berlin

Tel.: (030) 293350 - 0

Fax: (030) 293350 - 39

Internet: <https://www.kbw.de>

E-Mail: info@kbw.de

Bürozeiten: Montag bis Donnerstag von 8:00 – 17:00 Uhr, Freitag von 8:00 – 16:00 Uhr

Redaktionsleitung:

Dr. Andreas Urbich, Kommunales Bildungswerk e. V.,

Bornitzstraße 73-75, 10365 Berlin

Das Kommunale Bildungswerk e.V. ist beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg unter 11232/Nz eingetragen (Vereinsitz Berlin-Charlottenburg). Das Kommunale Bildungswerk e.V. ist Mitgründer und -träger des Instituts für Wissenstransfer in Wirtschaft, Verwaltung und Rechtspflege an der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) Berlin.

Das Kommunale Bildungswerk e.V. ist Kooperationspartner des Bundesverbandes der Berufsbetreuer/innen e.V., der Steinbeis-Hochschule Berlin (AOEV) und des Roncalli-Hauses Magdeburg.

Veranstaltungsorte

In Berlin haben wir ab 2019 verschiedene Seminarstandorte. Den konkreten Veranstaltungsort sowie Ihre Anreisemöglichkeiten teilen wir Ihnen in der verbindlichen Seminareinladung mit.

Unsere Veranstaltungen in anderen Städten Deutschlands finden in von uns ausgewählten Tagungshotels statt. Inhaltlich und organisatorisch werden diese Veranstaltungen durch unsere Regionalbüros vor Ort betreut.

Seminarzeiten

Der nachfolgenden Aufstellung können Sie unsere regelmäßigen Seminarzeiten entnehmen, von denen sich in Einzelfällen Abweichungen ergeben können. Der jeweilige konkrete zeitliche Ablauf ist unserer Einladung zu entnehmen, die wir Ihnen vor Beginn Ihrer Veranstaltung zusenden.

1-tägiges Seminar

10:00 bis 16:30 Uhr

2-tägiges Seminar

09:00 Uhr bis 16:30 Uhr (erster Tag)

08:00 Uhr bis 14:30 Uhr (zweiter Tag)

3-tägiges Seminar

09:00 Uhr bis 16:30 Uhr (erster Tag)

08:00 Uhr bis 15:30 Uhr (zweiter Tag)

08:00 Uhr bis 14:30 Uhr (dritter Tag)

Unterkunft und Verpflegung

Für die Buchung preisgünstiger Hotelzimmer berücksichtigen Sie bitte die Hinweise im allgemeinen Fortbildungsprogramm. Mittags- und Frühstücksverpflegung sind im Seminarpreis nicht enthalten. An allen Seminarorten stehen Wasser, Kaffee und Tee kostenfrei zur Verfügung.

Seminaranmeldung

Die Anmeldung zu den Veranstaltungen ist postalisch, per Fax, per E-Mail oder direkt über unsere Website möglich. Ein entsprechendes Formular ist auf der letzten Innenseite zu finden.

Inhouseveranstaltungen

Besonders hinweisen möchten wir auf unser Inhouse-Angebot. Zu allen Seminarthemen organisieren wir für Sie individuell maßgeschneiderte Seminare vor Ort.

Seminararten

Die mit **Fachseminar** gekennzeichneten Veranstaltungen wenden sich an Interessenten mit dem Ziel, zu den jeweiligen Themengebieten fachliche Grundkenntnisse zu vermitteln.

Spezialseminare widmen sich ausgewählten Problemen des Berufsalltags. Aufbauend auf vorhandenen Grundkenntnissen wird hier weiterführendes und vertiefendes Wissen vermittelt.

Im Mittelpunkt eines **Workshops** stehen der gemeinsame Erfahrungsaustausch und das Finden von Lösungen für spezielle Probleme aus der Praxis. Es werden vielfältige Methoden wie Diskussion, Gruppenarbeit und interaktives Arbeiten eingesetzt. Die Lehrkraft ist hierbei Moderator und Coach. Fundierte fachliche Kenntnisse und praktische Erfahrungen sind Voraussetzungen für die Teilnahme an einem Workshop. Die Teilnehmer haben die Möglichkeit, im Vorfeld ihre Probleme und Fragen dem KBW e. V. zu übermitteln.

Kompakturse sind Fortbildungen, die aus mehreren inhaltlich voneinander abgegrenzten Modulen bestehen.

Newsletter

Unser Internet-Newsletter erscheint jeweils am Ende des Monats. Darin stellen wir aktuelle Projekte und Neuigkeiten zu unseren Weiterbildungsveranstaltungen vor. Der KBW-Newsletter kann kostenlos unter www.kbw.de abonniert und natürlich jederzeit wieder abbestellt werden.

Inhaltsverzeichnis

Seminarartikel	Link	Seite
Systematische Einführung in das Ausbildungsförderungsrecht (BAföG) - Anspruchsvoraussetzungen dem Grunde nach	https://www.kbw.de/-ABA020	1
Ausbildungsförderungsrecht konkret - Aufbauseminar	https://www.kbw.de/-ABA030	2
Die Verwaltungsvorschriften zum Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	https://www.kbw.de/-ABA005	3
BAföG - Vorausleistung	https://www.kbw.de/-ABA140	4
Das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG Aufstiegs-BAföG - sog. „Meister-BAföG“)	https://www.kbw.de/-ABA040	5
Typische Fallkonstellationen bei der Umsetzung des Ausbildungsförderungsgesetzes (AFBG)- ein Workshop für Praktiker	https://www.kbw.de/-ABA041	6
Kommunikation mit ausländischen Bürgern - negative Behördenentscheidungen professionell durchsetzen	https://www.kbw.de/-ORD200	7
Einführung in die Straßenbautechnik - Regelwerke und Normen	https://www.kbw.de/-BAA057	8
Neuregelung des Architekten- und Ingenieurvertragsrechts - Reform im BGB	https://www.kbw.de/-BAD130	9
Das neue gesetzliche Baurecht - Änderungen durch die Aufnahme in das BGB	https://www.kbw.de/-BAD178	10
Systematische Einführung in das Betreuungsrecht unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsänderung	https://www.kbw.de/-BEA040	11
Eilfälle in der Betreuung, Unterbringung nach BGB/PsychKG, Gesundheitssorge, Zwangsbehandlung - aktuelle Fragen des Betreuungsrechts	https://www.kbw.de/-BED040	12
Typische Fehler bei der Führung einer Betreuung und bei ihrer Abwicklung	https://www.kbw.de/-BEE080	13
Die Nachlasspflegschaft (Gesamtkurs)	https://www.kbw.de/-BEE100E	14
Umgang mit Grundstücken und Grundstücksrechten in der Betreuung	https://www.kbw.de/-BEE181	15
SGB II-Grundlagen für Mitarbeiter von Beratungsstellen: Aufgaben und Leistungen der Jobcenter	https://www.kbw.de/-FUA101	16
Systematische Einführung in das Vergaberecht - Teil 1: UVgO	https://www.kbw.de/-BFA200	17
Bau- und Planungsleistungen - Vergabeverfahren rechtssicher und praktikabel beherrschen	https://www.kbw.de/-BFA260	18
Eignung, Leistungsbeschreibung, Wertungskriterien - der Weg zum Vertragsvollzug im Vergabeverfahren	https://www.kbw.de/-BFA270	19
Systematischer Überblick über das Vergaberecht	https://www.kbw.de/-BFA300	20
Das neue Vergaberecht 2019 rechtssicher anwenden	https://www.kbw.de/-BFA311	21

Seminartitel	Link	Seite
Bietergemeinschaften und Unterauftragnehmer - eine Möglichkeit für kleine und mittlere Unternehmen im VgV/VOL (UVgO)-Vergabeverfahren	https://www.kbw.de/-BFA330	22
Vergabeverfahren - die richtige Taktik bei der Auswahl und im Umgang mit Bietern	https://www.kbw.de/-BFA335	23
Vergaberecht für Bieter: Liefer- und Dienstleistungsaufträge der öffentlichen Hand	https://www.kbw.de/-BFA340	24
Vergaberecht - flexible Beschaffung durch Rahmenvereinbarungen	https://www.kbw.de/-BFA385	25
Vergaberecht für Führungskräfte in Fachbereichen	https://www.kbw.de/-FKA080	26
Verhandlungsvergaben (Freihändige Vergaben) - wettbewerbliche Verfahren nach dem Haushaltsrecht und der UVgO/VOL/A	https://www.kbw.de/-BFA023	27
VOL/B - kein Vertragsabschluss ohne Allgemeine Geschäftsbedingungen - mit Bezug zur VgV/UVgO	https://www.kbw.de/-BFA060B	28
Die Anwendung des Vergaberechts (Liefer- und Dienstleistungen) im Zuwendungsbereich - von der Bewilligung bis zur Verwendungsnachweisprüfung	https://www.kbw.de/-BFA065	29
Praktische Probleme bei der Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen - Praxisfälle	https://www.kbw.de/-BFA069	30
Praktische Probleme bei der Anwendung der Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen - Schwerpunkt: nationales Recht - typische Verfahrensfehler	https://www.kbw.de/-BFA070	31
EU-weite Vergaben von Liefer- und Dienstleistungen. Ein Seminar für erfahrene Sachbearbeiter	https://www.kbw.de/-BFA071	32
Vergabe von Verpflegungsleistungen in Kita und Schule - Praktische Anleitung von A(nalyse) bis Z(uschlag)	https://www.kbw.de/-BFA074	33
Das Vergabeverfahren für Liefer- und Dienstleistungen - von der Verhandlungsvergabe/freihändigen Vergabe bis zur öffentlichen Ausschreibung, die Wahl der richtigen Vergabeart und typische Fehler im Vergabeverfahren	https://www.kbw.de/-BFA075	34
Die Formstrenge im nationalen und EU-weiten Vergabeverfahren für Liefer- und Dienstleistungen - praxisgerechte Verwendung der Vordrucke des Vergabehandbuchs Bayern	https://www.kbw.de/-BFA078Z	35
Die Einführung der elektronischen Vergabe (eVergabe) und Einrichtung einer Zentralen Vergabestelle - Erfahrungen aus der Praxis	https://www.kbw.de/-BFA113P	36
Zentrale Beschaffungs- und Vergabestellen: Einrichtung, Aufbau, Organisation und Gestaltung	https://www.kbw.de/-BFA114	37
Preisrecht bei öffentlichen Aufträgen - Preiskalkulation nach PR Nr. 30/53 und den Leitsätzen für die Preisermittlung aufgrund von Selbstkosten (LSP) sowie Kostenabrechnung von Fördervorhaben nach NKBF und LSP	https://www.kbw.de/-BFA116	38
Datenschutz in der Öffentlichkeitsarbeit - unter Berücksichtigung der neuen EU-Datenschutzgrundverordnung	https://www.kbw.de/-DSA015	39
EU-Datenschutzgrundverordnung für bayerische öffentliche Stellen - aktuelle Entwicklungen und Probleme	https://www.kbw.de/-DSA029	40

Seminartitel	Link	Seite
Datenschutz in bayerischen öffentlichen Schulen	https://www.kbw.de/-DSA031	41
Datenschutz-Audit nach EU-DSGVO und ISO/IEC 27001/BSI	https://www.kbw.de/-DSA032	42
Vortrag, Präsentation und Unterricht - Inhalte und Wissen kompetent vermitteln - Grundlagenseminar	https://www.kbw.de/-FUA032	43
Vortrag, Präsentation und Unterricht - Inhalte und Wissen kompetent vermitteln - Aufbau-seminar	https://www.kbw.de/-FUA032W	44
Controlling für Führungskräfte: Praxiswissen, Erfolgspotenziale, Umsetzungstipps	https://www.kbw.de/-FKB056B	45
Die Führungskraft als Coach? - Personalentwicklung mit Methoden des Coachings	https://www.kbw.de/-FKB112	46
Change-Management für Führungskräfte - Veränderungen erfolgreich in Gang setzen	https://www.kbw.de/-FKB128Z	47
Erfolgreich Führungskräfte führen	https://www.kbw.de/-FKB165	48
Psychologisches Basiswissen für Führungskräfte in der öffentlichen Verwaltung	https://www.kbw.de/-FKB166	49
Rhetorik für politische Mandatsträger und Verbandsvertreter	https://www.kbw.de/-FKB184	50
Fortbildung zum innerbetrieblichen/innerbehördlichen Konfliktlotsen	https://www.kbw.de/-FUE050	51
Innerbetriebliche/innerbehördliche Konfliktlotsen - Reflexion von Praxisfragen und Problemstellungen, Erarbeiten von Lösungsansätzen	https://www.kbw.de/-FUE051	52
Mind Mapping - visuelles Strukturieren von Ideen und Informationen	https://www.kbw.de/-FUE248	53
Einführung in die deutsche Rechtsordnung und das Sozialstaatsprinzip - ein Seminar für Berater im sozialen Bereich	https://www.kbw.de/-SOA057	54
Nachhaltigkeitssatzung (finanzielle Nachhaltigkeit) - ein strategisches Instrument der Haushaltskonsolidierung	https://www.kbw.de/-HKA125	55
Die Elektronische Rechnung und ihre Umsetzung in die Praxis	https://www.kbw.de/-HKB025	56
Den doppelten Haushalt effektiv planen, budgetieren und steuern	https://www.kbw.de/-HKB055	57
Betriebswirtschaftliche Auswertungen (BWA), Bilanzen, GuV, EÜR richtig lesen und interpretieren	https://www.kbw.de/-BWA119	58
Die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage einer Kommune auf der Basis des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens	https://www.kbw.de/-HKA140N	59
Entwicklung eines effizienten Controllingsystems und Berichtswesens unter doppelten Bedingungen	https://www.kbw.de/-HKA270	60
Liquiditätsplanung in der öffentlichen Verwaltung im Hinblick auf den neu definierten Haushaltsausgleich in Hessen	https://www.kbw.de/-HKB082	61
Bayern - Einführung der kommunalen Doppik	https://www.kbw.de/-HKY001	62
Bayern - Den Umstieg auf die Doppik planen. Ein Seminar für Entscheider	https://www.kbw.de/-HKY002	63
IPSAS/EPAS - was auf die bayerischen Kommunen zukommt	https://www.kbw.de/-HKY003	64

Seminartitel	Link	Seite
Systematische Einführung in das Unterhaltsvorschussgesetz - ein Seminar für neue Sachbearbeiter im UVG	https://www.kbw.de/-JUC020N	65
Heranziehung nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (§ 7 UVG)	https://www.kbw.de/-JUC040	66
Unterhaltsvorschuss in der Praxis - aktuelle Entwicklungen, relevante Fallkonstellationen und Lösungen. Ein Seminar für erfahrene Praktiker	https://www.kbw.de/-JUC060R	67
Aktuelle Rechtsprechung des Bundessozialgerichts (BSG) zum Elterngeld	https://www.kbw.de/-JUD005	68
Adoptionsvormundschaften - rechtliche Grundlagen	https://www.kbw.de/-JUB013	69
Vormundschaften und Jugendstrafrecht	https://www.kbw.de/-JUB019	70
Beistandschaftswesen (§ 1712 BGB) - kompakt	https://www.kbw.de/-JUB030	71
Erbrecht und Vormundschaft - Aufgaben des Vormundes nach dem Tod der Personensorgeberechtigten	https://www.kbw.de/-JUB043	72
UVG: „Vater unbekannt“ - der Umgang mit den sogenannten „Diskothekenerklärungen“	https://www.kbw.de/-JUC016	73
Inobhutnahme unbegleiteter minderjähriger Ausländer (UMA) - ein wichtiges Arbeitsfeld für die Wirtschaftliche Jugendhilfe	https://www.kbw.de/-JUE004N	74
Systematische Einführung in die Arbeit der Wirtschaftlichen Jugendhilfe (§§ 27 ff., 41 SGB VIII)	https://www.kbw.de/-JUE010	75
Wirtschaftliche Jugendhilfe: örtliche Zuständigkeit und Kostenerstattung - Grundlagen	https://www.kbw.de/-JUE020	76
Erstattungsansprüche in der Jugendhilfe: die Anwendung der §§ 102 - 114 SGB X in der Praxis	https://www.kbw.de/-JUE030	77
Kostenbeteiligung in der Wirtschaftlichen Jugendhilfe - Berechnung von Kostenbeiträgen bei Gewährung Wirtschaftlicher Jugendhilfe für teil- und vollstationäre Leistungen sowie vorläufige Maßnahmen (§§ 91 - 97a SGB VIII)	https://www.kbw.de/-JUE040N	78
Wirtschaftliche Jugendhilfe aktuell - Update	https://www.kbw.de/-JUE085	79
Eingliederungshilfe nach dem SGB VIII und dem BTHG: Änderungen aus den Jahren 2018 sowie 2020 und deren Auswirkungen auf die Jugendhilfe	https://www.kbw.de/-JUE086	80
Wirtschaftliche Jugendhilfe: Zuständigkeit und Kostenerstattung - schwierige Fallkonstellationen	https://www.kbw.de/-JUE090	81
Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII - Anspruch und Umsetzung in der Praxis	https://www.kbw.de/-JUE110N	82
Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen - Praxisprobleme unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung (§ 35a SGB VIII)	https://www.kbw.de/-JUE111	83
Besteuerung kirchlicher Körperschaften	https://www.kbw.de/-STA009Z	84
Der Hessische Weg der interkommunalen Zusammenarbeit - Möglichkeiten, Chancen und Risiken	https://www.kbw.de/-KVR050	85

Seminarartikel	Link	Seite
Systematische Einführung in das Europäische Beihilferecht	https://www.kbw.de/-KWA009E	86
Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) in der kommunalen Praxis - aktuelle Rechtsentwicklung und Handlungsoptionen für Kommunen	https://www.kbw.de/-KWA033	87
Steuerung und Kontrolle kommunaler Unternehmen - eine systematische Einführung in daseteiligungscontrolling	https://www.kbw.de/-KWA100	88
Den kommunalen Baubetriebshof richtig und zukunftsweisend managen - Führung und Kommunikation für Bauhofleiter und Vorarbeiter	https://www.kbw.de/-KWB101	89
Systematische Einführung in das Mietrecht - seine Auswirkungen in der Praxis	https://www.kbw.de/-BAC001	90
Die Betriebskostenabrechnung für Wohnraum korrekt und rechtssicher erstellen	https://www.kbw.de/-BAC021	91
Gewerbemieten/Gewerberaummietrecht/Nutzungsverträge - Vertragsgestaltung, aktuelle Entwicklungen, Rechtsprechung	https://www.kbw.de/-BAC030	92
Einführung in den behördlichen Grunderwerb - der Ankauf von Flächen	https://www.kbw.de/-LIA097	93
Überblick über die Mietverwaltung - kompakt vermittelt für Neu- und Quereinsteiger	https://www.kbw.de/-LIB070	94
Mietverwaltungsmanagement - ein Crashkurs rund um die Vermietung - Theorie praktisch angewandt	https://www.kbw.de/-LIB290	95
Kommunikation, Öffentlichkeits- und Medienarbeit für Verwaltungen und Vereine	https://www.kbw.de/-OEF140	96
Überblick über das Gewerberecht - kompakt vermittelt für Neu- und Quereinsteiger	https://www.kbw.de/-ORB011	97
Tierschutzrecht in der Praxis - Probleme bei der Rechtsanwendung und des Vollzugs	https://www.kbw.de/-ORC070	98
Ausgewählte praktische Probleme der Obdachlosigkeit aus ordnungsbehördlicher Sicht	https://www.kbw.de/-ORA080	99
Modernes Fortbildungsmanagement und Bildungscontrolling - Fortbildungserfolge messbar machen	https://www.kbw.de/-PEA042	100
Überblick über das Tarifrecht des öffentlichen Dienstes (TVöD-VKA/TVöD-Bund und TV-L) für Quer- und Neueinsteiger	https://www.kbw.de/-PEA055	101
Systematische Einführung in das Urlaubsrecht für Tarifbeschäftigte	https://www.kbw.de/-PEA064	102
Systematische Einführung in den TVöD (einschließlich Überleitung und Eingruppierungsgrundsätzen)	https://www.kbw.de/-PEA397	103
Personalauswahl rechtliche Grundlagen - von der Stellenausschreibung zum Vorstellungsgespräch	https://www.kbw.de/-PEA438	104
Als Gleichstellungsbeauftragte für Frauen und Männer im Bundesdienst sicher und professionell agieren - Grundlagen und Anwendungsprobleme des Gleichstellungsrechts	https://www.kbw.de/-PGG051	105
Wissenschaftszeitvertragsgesetz und befristete Beschäftigung in der Hochschule	https://www.kbw.de/-PHA022	106

Seminartitel	Link	Seite
Komplexes Projektmanagement - Aufbaukurs	https://www.kbw.de/-VWA094A	107
Planung und Durchführung von Prüfungen sowie deren Berichterstattung - der Revisionsmanagementprozess	https://www.kbw.de/-RPA115	108
Die Prüfung des kassenmäßigen Vollzugs des Kommunalhaushalts	https://www.kbw.de/-RPB080N	109
Eigenbetriebsrecht für Prüfer	https://www.kbw.de/-RPB140N	110
Die Prüfung des UVgO/VOL-Vergabeverfahrens - von den haushaltsrechtlichen Grundlagen bis zur Checkliste typischer Verfahrensfehler	https://www.kbw.de/-RPB245	111
Die Prüfung von Zuwendungen - ein Seminar für Rechnungsprüfer und Prüfer von Zuwendungsmaßnahmen	https://www.kbw.de/-RPB309	112
Auswertung von Finanzdaten im Rahmen der Rechnungsprüfung	https://www.kbw.de/-RPB376	113
Die Prüfung von Baumaßnahmen durch das Rechnungsprüfungsamt	https://www.kbw.de/-RPB400	114
Praxisfälle aus der Prüfung von Baumaßnahmen durch das Rechnungsprüfungsamt	https://www.kbw.de/-RPB400P	115
Neue Unfallverhütungsvorschrift (UVV) für Feuerwehren - DGUV Regel 105-049	https://www.kbw.de/-RTB034	116
Die Feuerwehr erfolgreich führen - ein Seminar für Wehrleiter	https://www.kbw.de/-RTB037	117
Einsatzplanung für Feuerwehren bei Extremwetterlagen	https://www.kbw.de/-RTB038	118
SGB II - Grundlagenschulung (Leistungsrecht)	https://www.kbw.de/-SOA001P	119
SGB II - intensiv: von den Grundlagen der Leistungsgewährung bis zur Rückforderung	https://www.kbw.de/-SOA001S	120
Das Leistungsrecht des SGB II - eine systematische Einführung	https://www.kbw.de/-SOA008Z	121
Antragsbearbeitung von Selbstständigen im SGB II	https://www.kbw.de/-SOA033	122
SGB II - Berufskunde für Integrationsfachkräfte	https://www.kbw.de/-SOA043	123
SGB II - Förderung von Fortbildung und Umschulung im Bereich der Grundsicherung - ein Seminar für Integrationsfachkräfte (unter Berücksichtigung des neuen AWStG)	https://www.kbw.de/-SOA044	124
Bildung und Teilhabe (BuT) - ein Workshop für Fachkräfte - unter Berücksichtigung der Änderungen durch das „Starke-Familien-Gesetz“	https://www.kbw.de/-SOA051	125
Bedarfe für Bildung und Teilhabe (BuT) - Die Änderungen durch das Starke-Familien-Gesetz	https://www.kbw.de/-SOA051Z	126
SGB II kompakt - eine Einführung für Quereinsteiger ohne Verwaltungserfahrung	https://www.kbw.de/-SOA063	127
Wenn Sozialleistungsmissbrauch und Datenschutz aufeinander treffen - eine Lösungssuche (unter Berücksichtigung der gesetzlichen Neuregelungen)	https://www.kbw.de/-SOA075	128
Leistungsmissbrauch im SGB II - kein Kavaliersdelikt	https://www.kbw.de/-SOA085	129

Seminarartikel	Link	Seite
Bußgeldverfahren im SGB II gegen Antragsteller, Leistungsbezieher und Auskunftspflichtige	https://www.kbw.de/-SOB065N	130
Bußgeldverfahren im SGB II gegen Arbeitgeber	https://www.kbw.de/-SOB065W	131
Eingliederungsleistungen des SGB II und SGB III	https://www.kbw.de/-SOB068	132
Einkommensermittlung bei Selbstständigen nach SGB II (für Leistungssachbearbeiter und Arbeitsvermittler)	https://www.kbw.de/-SOD100S	133
EU-Freizügigkeit und öffentliche Leistungen für EU-Bürger nach dem SGB II und SGB XII	https://www.kbw.de/-SOG105	134
Einführung eines funktionierenden Controllingsystems in Jobcentern	https://www.kbw.de/-SOG111	135
Durch Einführung eines Qualitätsmanagementsystems die Effektivität der Arbeit in Jobcentern erhöhen	https://www.kbw.de/-SOG117	136
Systematische Einführung in das SGB XII	https://www.kbw.de/-SOA005Z	137
Pflegesatz-/Entgeltverhandlungen im SGB IX- und SGB XI-Bereich - Basiswissen zum gesamten Verhandlungsprozedere	https://www.kbw.de/-SOC051	138
Pflegesatz-/Entgeltverhandlungen im SGB IX- und SGB XI-Bereich - Kalkulationen und Investitionen	https://www.kbw.de/-SOC052	139
Hilfe zur ambulanten Pflege nach dem 7. Kapitel SGB XII - Gesetzesintentionen und Wirklichkeit	https://www.kbw.de/-SOC080	140
BTHG - Das Bundesteilhabegesetz auf den Punkt gebracht. Ein systematischer Überblick.	https://www.kbw.de/-SOC115N	141
Die dritte Reformstufe des BTHG: Trennung der Komplexleistung Eingliederungshilfe in Fachleistung und existenzsichernde Leistungen	https://www.kbw.de/-SOC119	142
BTHG - Personenzentrierte Leistungsplanung in der Eingliederungshilfe	https://www.kbw.de/-SOC123	143
Neue Wohnformen nach BTHG - Möglichkeiten hybrider vertraglicher Ausgestaltung und Finanzierung	https://www.kbw.de/-SOC125	144
Darlehen im sozialen Sicherungsrecht nach SGB II und SGB XII	https://www.kbw.de/-SOF050	145
Das Asylbewerberleistungsgesetz an der Schnittstelle zum SGB XII - § 2 AsylbLG i. v. m. SGB XII	https://www.kbw.de/-SOG086	146
Systematische Einführung in das Asylbewerberleistungsgesetz	https://www.kbw.de/-SOG087	147
Das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) - Ausgewählte aktuelle Probleme der praktischen Arbeit mit dem AsylbLG (Teil 1) - unter Berücksichtigung der Rechtsänderungen aus 2019	https://www.kbw.de/-SOG090	148
Krankenhilfe für Asylsuchende - rechtliche Hintergründe, Leistungsanspruch	https://www.kbw.de/-SOG092	149
Rückforderung rechtswidrig erbrachter Leistungen nach dem AsylbLG	https://www.kbw.de/-SOG097	150
Krankenhilfe für Asylsuchende - praktisches Verfahren und Zuständigkeiten	https://www.kbw.de/-SOG101	151
Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) - aktuelle Rechtsänderungen 2019	https://www.kbw.de/-SOG104	152
Tax Compliance für öffentliche Körperschaften	https://www.kbw.de/-HKA171	153

Seminarartikel	Link	Seite
§ 2b UStG - so gelingt die Umstellung auf die neuen umsatzsteuerlichen Anforderungen für die Verwaltung	https://www.kbw.de/-STA082U	154
Unterhaltsheranziehung und § 33 SGB II - für erfahrene Praktiker	https://www.kbw.de/-SOE013	155
Unterhaltsansprüche - gerichtliche Durchsetzung und Zwangsvollstreckung durch Sozialverwaltung und Jobcenter	https://www.kbw.de/-SOE030N	156
Praktische Fragen und Fallbeispiele zum Unterhaltsrecht (inklusive der gerichtlichen Durchsetzung)	https://www.kbw.de/-SOE036	157
Systematische Einführung in die Insolvenzordnung	https://www.kbw.de/-VLB027	158
Rechtsstellung der Kommune im Insolvenzverfahren eines Freiberuflers oder eines selbstständigen (Klein)Unternehmers	https://www.kbw.de/-VLB045X	159
Verwaltungsvollstreckung/Vollstreckung von Geldforderungen - eine systematische Einführung - Teil 1	https://www.kbw.de/-VLB100	160
Verwaltungsvollstreckung/Vollstreckung von Geldforderungen - eine systematische Einführung - Teil 2	https://www.kbw.de/-VLB120	161
Organisationsuntersuchung als professionelle Methode des Veränderungsmanagements - eine Vertiefung für Verwaltungen	https://www.kbw.de/-VWA051	162
Zuwendungen - ein Überblick für Mitarbeiter in Rechtsämtern	https://www.kbw.de/-RAA030	163
Vergaberecht für Liefer- und Dienstleistungen - ein Überblick für Mitarbeiter in Rechtsämtern	https://www.kbw.de/-RAA035	164
Einführung in das Zuwendungsrecht und in die Zuwendungspraxis	https://www.kbw.de/-ZWR003	165
Grundlagen des Zuwendungsrechts für Mitarbeiter von SGB II-Behörden	https://www.kbw.de/-ZWR005	166
Rückforderung von Zuwendungen/Verzinsungsfragen - Einführung	https://www.kbw.de/-ZWR030	167
Rückforderung von Zuwendungen/Verzinsungsfragen - Vertiefung	https://www.kbw.de/-ZWR031	168
Zuwendungs- und Vergaberecht für Zuwendungsempfänger kleinerer Einrichtungen - von der zuwendungsrechtlichen Auflage bis zu den Vordrucken für die Vergabe	https://www.kbw.de/-ZWR050	169
Erstellung von Förderrichtlinien durch den Zuwendungsgeber	https://www.kbw.de/-ZWR180	170
Prüfung von Anträgen auf Projektförderung	https://www.kbw.de/-ZWR190	171

Themenbereich Ausbildungsförderung

Systematische Einführung in das Ausbildungsförderungsrecht (BAföG) - Anspruchsvoraussetzungen dem Grunde nach

ABA020

Durch dieses Fachseminar sollen Mitarbeiter der Ämter für Ausbildungsförderung und andere mit der Ausbildungsförderung befasste Personen systematisch in das Ausbildungsförderungsrecht (BAföG) eingeführt und zum sicheren Umgang mit den Kernbereichen der Ausbildungsförderung befähigt werden. Besonderer Wert wird auf die Lösung der in der praktischen Arbeit auftretenden Fragen und Probleme mittels Fallübungen gelegt. Die geltenden Verwaltungsvorschriften, die den Schülerbereich betreffen, werden ebenfalls behandelt. Die Themenbereiche Einkommen, Vermögen und Voraussetzungen sind Gegenstand der nachfolgenden Spezialseminare.

Schwerpunkte:

- Ausbildungsstätten/Verfahrensfragen: Antragstellung; Zuständigkeit; Beginn, Dauer und Ende der Förderung
- Persönliche Voraussetzungen: Ausländerförderung; Eignung; Altersgrenze
- Förderungsfähige Ausbildungen/Zweitausbildungen
- Förderungshöhe
- Vorabentscheidung/Änderung von Bescheiden

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-ABA020>

Zielgruppe: Mitarbeiter der Ämter für Ausbildungsförderung sowie der Studentenwerke; einschlägig Interessierte aus anderen Bereichen. Spezielle Kenntnisse werden nicht vorausgesetzt.

Mitzubringende Arbeitsmittel: BAföG, BAföGVwV, EinkommensVO, HärteVO, SGB I und X

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
02.12.2019	04.12.2019	Frankfurt am Main	495,00 €	Herr Gerhard Dücker

Themenbereich Ausbildungsförderung

Ausbildungsförderungsrecht konkret - Aufbauseminar

ABA030

Aufbauend auf den im Fachseminar „Die Einführung in das Ausbildungsförderungsrecht - Anspruchsvoraussetzungen dem Grunde nach“ (Code: ABA020) vermittelten Kenntnissen wird in diesem Seminar das Grundlagenwissen der Teilnehmer vertieft und erweitert. Die Änderungen durch das 26. BAföG-Änderungsgesetz werden aufgezeigt. Das Ziel des Seminars besteht darin, die Teilnehmer zu befähigen, Anträge selbstständig zu prüfen und entscheidungsreif zu bearbeiten. Die geltenden Verwaltungsvorschriften, die den Schülerbereich betreffen, werden ebenfalls vertiefend behandelt.

Schwerpunkte:

- Einkommen mit Berechnungsbeispielen (der Steuerbescheid im BAföG, Einkommensarten)
- Erstausbildung, weitere Ausbildung
- Verwaltungsverfahren SGB
- Spezielle Fragen zum Ausbildungsförderungsrecht (die Bearbeitung des Antrages bis zur Vorausleistung)

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-ABA030>

Zielgruppe: Mitarbeiter der Ämter für Ausbildungsförderung sowie der Studentenwerke; einschlägig Interessierte aus anderen Bereichen, die bereits über Grundkenntnisse der Ausbildungsförderung verfügen. Da die neueste Rechtsprechung/Erlasslage und deren Umsetzung in der Praxis ein wesentlicher Teil des Seminar sind, ist es möglich das Seminar für erfahrene Mitarbeiter der Ämter für Ausbildungsförderung mehrmals zu besuchen.

Mitzubringende Arbeitsmittel: BAföG, BAföGVwV, EinkommensVO, HärteVO, SGB I und X

Von		Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
30.01.2020	31.01.2020		Frankfurt am Main	400,00 €	Herr Gerhard Dücker
30.11.2020	01.12.2020		Frankfurt am Main	400,00 €	Herr Gerhard Dücker

Themenbereich Ausbildungsförderung

Die Verwaltungsvorschriften zum Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

ABA005

In diesem Seminar werden die aktuell geltenden Verwaltungsvorschriften (BAföGVwV) zum Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) behandelt. Sie wurden an die Rechtsänderungen im BAföG und in anderen Rechtsgebieten sowie an die Rechtsprechung und die neuen Entwicklungen in der Hochschul- und Schulpolitik angepasst. Des Weiteren sind in die BAföGVwV eine Vielzahl von Regelungen aufgenommen worden, die in der Vergangenheit durch Erlasse und Rundschreiben bekanntgemacht wurden. Die für die kommunalen Ämter für Ausbildungsförderung besonders wichtigen Verwaltungsvorschriften werden übersichtlich dargestellt und anhand von praktischen Fällen besprochen.

Schwerpunkte:

- Die Verwaltungsvorschriften zu den §§ 21 - 25 (Einkommen und Freibeträge)
- Die Verwaltungsvorschriften zu den §§ 36 - 38 (Vorausleistung)
- Die Verwaltungsvorschriften zum § 45 (Zuständigkeit)

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-ABA005>

Zielgruppe: Mitarbeiter der Ämter für Ausbildungsförderung der Städte und Landkreise, Interessenten aus anderen Bereichen der Sozialverwaltung

Mitzubringende Arbeitsmittel: BAföGVwV, BAföGÄndVwV 2013

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
05.12.2019	05.12.2019	Frankfurt am Main	240,00 €	Herr Gerhard Dücker

Themenbereich Ausbildungsförderung

BAföG - Vorausleistung

ABA140

In Deutschland wird statistisch fast jede dritte Ehe geschieden. Es ergibt sich immer häufiger, dass Elternteile sich weigern, ihren Kindern Nachweise über ihr Einkommen bzw. den angerechneten Unterhalt zur Verfügung zu stellen. Der sich hieraus ergebenden Gefährdung der Ausbildung wird zunehmend durch die Beantragung einer Vorausleistung von Ausbildungsförderung begegnet. Das Spezialseminar hat zum Ziel, vorhandene Kenntnisse der Teilnehmer zu vertiefen und dadurch eine praxisorientierte Hilfestellung zur täglichen Verwaltungsarbeit zu leisten. Besonderer Wert wird auf die Lösung der in der praktischen Arbeit auftretenden Fragen und Probleme mittels Übungen gelegt.

Schwerpunkte:

- Systematik der §§ 36, 37 BAföG
- Abgrenzung Vorausleistung/Aktualisierung nach § 24 Abs. 3 BAföG
- Funktionen des Vorausleistungsverfahrens
- Von der Antragstellung bis zur unanfechtbaren Entscheidung - Verfahrensschritte und Fristenregelungen
- Was passiert nach einem verwaltungsgerichtlichen Vergleich?
- Vorgehensweise bei im Ausland lebenden Eltern
- Das Anhörungsverfahren der Eltern
- Nichtzahlung des angerechneten Unterhalts/freiwillige Mehrleistungen
- Grundzüge des Verwaltungszwangsverfahrens/Umgang mit Weigerungsfällen
- Grundzüge des zivilrechtlichen Anspruchs auf Finanzierung einer ersten, ggf. einer weiteren Berufsausbildung

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-ABA140>

Zielgruppe: Mitarbeiter der Ämter für Ausbildungsförderung der Städte und Landkreise sowie der Studentenwerke; Interessenten aus anderen Bereichen. Grundkenntnisse des Ausbildungsförderungsrechts werden vorausgesetzt.

Mitzubringende Arbeitsmittel: BAföG, BAföGVwV, EinkommensVO, HärteVO, SGB I und X

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
26.10.2020	27.10.2020	Frankfurt am Main	400,00 €	Herr Gerhard Dücker

Themenbereich Ausbildungsförderung

Das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG Aufstiegs-BAföG - sog. "Meister-BAföG")

ABA040

Ziel des ersten Seminarteils (Code ABA040-1) ist es, den Teilnehmern die Bedeutung der einzelnen Gesetzesnormen des AFBG näher zu bringen. Die Teilnehmer werden mit den Grundlagen und der Systematik des AFBG vertraut gemacht, sowie an die Fallbearbeitung herangeführt. Dadurch soll die Sicherheit im Vollzug des Gesetzes gestärkt werden. Der zweite Teil des Seminars (Code ABA040-2) baut auf dem Grundseminar bzw. Grundlagenwissen im Bereich des AFBG auf. Das Seminar vertieft und erweitert die bereits erworbenen Kenntnisse und soll die Sicherheit im Umgang mit dem Gesetz stärken, so dass der Vollzug des Gesetzes und die Antragsbearbeitung im Arbeitsalltag erleichtert werden. Das Konzept sieht vor, dass das Seminar als Ganzes oder einzelne Tage belegt werden können.

Schwerpunkte:

Tag 1: Grundlagen des AFBG

Code: ABA040-1 *

- Entwicklung und Zweck des Gesetzes
- Anforderungen an Maßnahmen
- Förderfähige Fortbildungen: Minstdauer; Maximaler Zeiträumen; Fortbildungsdichte
- Umfang und Art der Förderung
- Förderungsdauer
- Grundzüge der Einkommens- und Vermögensanrechnung
- Verfahren: Antrag; örtliche Zuständigkeit etc.; Nebenbestimmungen (Vorbehalte) im AFBG
- Darlehensbedingungen und Rückzahlungspflicht

Tag 2: Vertiefende Kenntnisse des AFBG und Fallübungen

Code: ABA040-2 *

- Vertiefung der Grundlagen
- Einkommensanrechnung
- Vermögensberechnung und Besonderheit der Vermögensanrechnung im AFBG
- Rückforderungsbestimmungen
- Verfahrensfragen
- Fallgestaltung zur Übung und Workshop

Anmeldung im Internet unter

<https://www.kbw.de/-ABA040>

Zielgruppe: Mitarbeiter der Ämter für Ausbildungsförderung, der Industrie- und Handwerkskammern sowie der Investitions- und Förderbanken; Interessenten aus anderen Bereichen. Für den 1. Teil des Seminars werden keine speziellen Kenntnisse vorausgesetzt. Für den 2. Teil werden der Besuch des Kurses ABA040-1 oder vergleichbare Kenntnisse vorausgesetzt.

Mitzubringende Arbeitsmittel: AFBG, BAföG, BAföGVwV, EinkommensVO

Von 20.04.2020 Bis 21.04.2020

Seminarort Frankfurt am Main

Preis 455,00 €

Referent/in Herr Hermann Jansen

Themenbereich Ausbildungsförderung

Typische Fallkonstellationen bei der Umsetzung des Ausbildungsförderungsgesetzes (AFBG)- ein Workshop für Praktiker

ABA041

Im Rahmen dieses Workshops zum AFBG Aufstiegs-BAföG werden mit erfahrenen Praktikern spezielle Themen, wie z. B. der Umgang mit der Berechnung zu „Fortbildungsdichte und Fehlzeiten“ sowie die Unterbrechung oder der Abbruch einer Fortbildung erörtert. Außerdem bietet der Workshop eine gute Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch.

Schwerpunkte:

- Zeitrahmen der Fortbildung
- Fortbildungsdichte und Unterrichtszeiten
- Teilnahmenachweis
- Fehlzeiten
- Unterbrechung und Abbruch der Fortbildung
- Unbestimmter Rechtsbegriff: wichtiger Grund
- Rückforderungsbestimmungen

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-ABA041>

Zielgruppe: erfahrene Mitarbeiter der Ämter für Ausbildungsförderung, der Industrie- und Handwerkskammern sowie der Investitions- und Förderbanken; Interessenten aus anderen Bereichen

Mitzubringende Arbeitsmittel: AFBG, BAföG, BAföGVwV, EinkommensVO

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
02.12.2019	02.12.2019	Frankfurt am Main	265,00 €	Herr Hermann Jansen

In interaktiver Zusammenarbeit mit den Teilnehmenden werden die Schwierigkeiten in der behördlichen Kommunikation mit ausländischen Bürgern thematisiert, Wege für eine lösungsorientierte Gesprächsführung vorgestellt und gemeinsam erarbeitet. Dabei werden Methoden zum verbesserten Strukturieren von Bürgergesprächen, zur Vermeidung von Eskalation und Aggressivität sowie für den Umgang mit Bürgern ohne ausreichende Deutschkenntnisse vorgestellt. Ein Schwerpunkt ist die professionelle Durchsetzung von für den ausländischen Bürger negativen Behördenentscheidungen, auch unter dem Gesichtspunkt des Eigenschutzes.

Schwerpunkte:

- Klärung der Rollenverhältnisse in einer behördlichen Kommunikationssituation
- Sprachbarrieren erkennen, darauf reagieren und das Verständnis des Bürgers sicherstellen
- Empathie und Abgrenzung gegenüber den Bürgern
- Aggressivität erkennen und eingrenzen; Deeskalationsstrategien zur Vermeidung von Stress und Aggressivität in emotionalen Bürgergesprächen
- Gesprächsaufbau und -struktur bei Rückführungsgesprächen
- Lösungsorientierte Gesprächsführung bei Beschränkung des Aufenthaltsstatus und Entzugs der Arbeitserlaubnis
- Recht durchsetzen und bei mangelnden Eigenbemühungen Verantwortung an den Bürger zurückgeben

Anmeldung im Internet unter

<https://www.kbw.de/-ORD200>

Zielgruppe: Mitarbeiter von Ausländerbehörden

Von
09.11.2020

Bis
10.11.2020

Seminarort
Frankfurt am Main

Preis
400,00 €

Referent/in
Frau Julia Keddig

Das Ziel des Seminars ist es, Mitarbeiter aus Bauämtern mit den wesentlichen Regelwerken und Normen zur Straßenbautechnik und deren Anwendung vertraut zu machen. Die Grundlagen der Straßenbautechnik zu beherrschen, verbessert das Verständnis für die Planung von Straßenbauprojekten und erleichtert die Erstellung von Ausschreibungsunterlagen sowie die Überwachung der erbrachten Leistung bei der Projektumsetzung.

Schwerpunkte:

- Rechtsgrundlagen
- Baugrund
- Baustoffe
- Bauverfahren
- Entwässerung
- Qualitätskontrolle

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-BAA057>

Zielgruppe: Mitarbeiter von Bauämtern, die Straßenbauprojekte planen und umsetzen möchten

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
16.01.2020	17.01.2020	Frankfurt am Main	400,00 €	Frau Dr. Yvonne Binard-Kühnel
02.09.2020	03.09.2020	Frankfurt am Main	400,00 €	Frau Dr. Yvonne Binard-Kühnel

Mit der BGB-Reform im Baurecht hat der Gesetzgeber auch das Architekten- und Ingenieursrecht novelliert und teilweise erheblich umgestaltet. Die Neuerungen des Gesetzes in den §§ 650p ff. BGB bedingen die Überarbeitung fast aller bisher verwendeter Standardverträge und ein neues Verständnis des privaten Planungsrechts, das sich nun dem Recht des Bauvertrags annähert. Im Seminar wird die neue gesetzliche Systematik des Architektenvertragsrechts erläutert, und es wird in besonderer Weise auf die neuen gesetzlichen Anordnungsrechte des Bauherren sowie die sich daraus ergebenden Abwicklungsprobleme des Auftrags und seiner Abrechnung eingegangen. Ebenfalls werden „Planungs- und Überwachungsziele“ ausführlich dargestellt. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf den Fragen, die sich im Grenzbereich zur HOAI ergeben.

Schwerpunkte:

- Die neue Systematik des Architekten- und Ingenieursrechts
- Planungs- und Überwachungsziele
- Neues gesetzliches Anordnungsrecht gegenüber dem Planer
- Vergütungsfolgen der Auftraggeber-Anordnung
- Sonderkündigungsrechte des Bauherren
- Teilabnahmeanspruch nach LPH 8
- Gesamtschuldnerische Haftung

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-BAD130>

Zielgruppe: Mitarbeiter von Bauverwaltungen, Baudienststellen, Rechtsämtern und -stellen, Architekten- und Ingenieurbüros. Vorkenntnisse im Baurecht sind notwendig.

Mitzubringende Arbeitsmittel: BGB mit Stand ab 01.01.2018

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
03.03.2020	03.03.2020	Frankfurt am Main	285,00 €	Herr Dirk Buhlmann
08.09.2020	08.09.2020	Frankfurt am Main	285,00 €	Herr Dirk Buhlmann

Die Einführung eines gesetzlichen Baurechts in den §§ 650a - 650v BGB bringt umfassende Änderungen mit sich. Hierauf muss sich auch und gerade die öffentliche Hand einstellen, die nicht mehr ohne weiteres Bauverträge auf der Grundlage der VOB/B abschließen kann. Im Seminar werden die Systematik des neuen gesetzlichen Baurechts, sein Verhältnis zur VOB/B und die mit den gesetzlichen Neuerungen einhergehenden wichtigsten Einzelfragen erörtert. Besondere Bedeutung wird auf die Darstellung und Erläuterung des veränderten Nachtragsrechts gelegt. Es wird dargelegt, ob und inwieweit aufgrund der neuen gesetzlichen Regelung mit der Unwirksamkeit bekannter VOB/B-Vorschriften zu rechnen ist.

Schwerpunkte:

- Die neue Systematik des gesetzlichen Baurechts
- Neues gesetzliches Regelungsmodell des Bauvertrags
- Die Vertragsänderung - Neuigkeiten zum Anordnungsrecht des Auftraggebers
- Vergütungsanpassung nach neuem Recht
- Formfragen bei der Kündigung von Bauverträgen

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-BAD178>

Zielgruppe: Mitarbeiter von Bauverwaltungen, Baudienststellen, Rechtsämtern und -stellen, Architekten- und Ingenieurbüros. Vorkenntnisse im Baurecht sind notwendig.

Mitzubringende Arbeitsmittel: BGB mit Stand ab 01.01.2018

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
02.03.2020	02.03.2020	Frankfurt am Main	285,00 €	Herr Dirk Buhlmann
07.09.2020	07.09.2020	Frankfurt am Main	285,00 €	Herr Dirk Buhlmann

Themenbereich Betreuungsrecht

Systematische Einführung in das Betreuungsrecht unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsänderung

BEA040

Ziel des Seminars ist es, die rechtlichen Grundlagen der Betreuung systematisch und praxisbezogen zu vermitteln. Die Teilnehmer sollen im Ergebnis des Seminars mit den Grundlagen des materiellen Betreuungsrechts sowie den Grundzügen des jeweils entsprechenden Verfahrensrechts als Voraussetzung für eine selbstständige Führung von Betreuungen oder für eine erfolgreiche Tätigkeit in der Betreuungsbehörde hinreichend vertraut sein.

Schwerpunkte:

- Überblick über die einschlägigen Gesetze des Betreuungsrechts, insbesondere BGB, FamFG und Rechtspflegergesetz
- Die wichtigsten Rollenträger im Betreuungsverfahren: Betreuer; Betreuer; Betreuungsrichter; Rechtspfleger; Verfahrenspfleger; Gutachter; Betreuungsbehörde
- Materiell-rechtliche und verfahrensrechtliche Voraussetzungen der Betreuerbestellung, insbesondere Auswahl des Betreuers, Aufgabenkreise, Einwilligungsvorbehalt, Bedeutung von Gutachten und Anhörung
- Wirkung und Bedeutung der Betreuerbestellung: der Betreuer als gesetzlicher Vertreter; das Innenverhältnis zwischen Betreuer und Betreutem; Zwangsbefugnisse des Betreuers; Heilbehandlung; Aufenthaltsbestimmung; freiheitsentziehende Unterbringung und freiheitsentziehende Maßnahmen; ärztliche Zwangsmaßnahmen; Vermögenssorge
- Verfahrensabläufe nach der Betreuerbestellung: Verlängerung oder Aufhebung der Betreuung; Erweiterung oder Einschränkung der Aufgabenkreise; Betreuerwechsel; Beschwerde
- Eilverfahren: vorläufige Betreuerbestellung; vorläufige Genehmigung der Unterbringung; Eilmaßnahmen nach § 1846 BGB

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-BEA040>

Zielgruppe: Mitarbeiter von Betreuungsbehörden; Mitarbeiter und Sozialarbeiter von Heimen; Mitarbeiter der Sozialpsychiatrischen Dienste; Mitarbeiter aus Betreuungsvereinen; aktuell tätige oder zukünftige Berufsbetreuer, die sich in das Aufgabengebiet einarbeiten oder die vorhandene Kenntnisse festigen wollen, ehrenamtliche Betreuer

Mitzubringende Arbeitsmittel: BGB, FamFG (Empfehlung: Betreuungsrecht von A - Z, dtv)

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
17.03.2020	19.03.2020	Nürnberg	540,00 €	Herr Uwe Gysin
22.09.2020	24.09.2020	Frankfurt am Main	540,00 €	Herr Uwe Gysin

Themenbereich Betreuungsrecht

Eilfälle in der Betreuung, Unterbringung nach BGB/PsychKG, Gesundheitssorge, Zwangsbehandlung - aktuelle Fragen des Betreuungsrechts

BED040

Ziel des Seminars ist es, zwei in der Praxis der Betreuungstätigkeit wichtige Komplexe in systematischer Weise gründlich zu behandeln. Es wird zugleich die Gelegenheit gegeben, auf aktuelle Entwicklungstendenzen im Betreuungsrecht einzugehen und diese zu diskutieren. Besonderer Wert wird auf die Einbeziehung der aktuellen Rechtsprechung gelegt.

Schwerpunkte:

Eilfälle in der Betreuung

- Gewöhnliche einstweilige Anordnung; Voraussetzungen gem. §§ 300, 301 FamFG
- Eilige einstweilige Anordnungen
- Vorläufige Maßregeln
- Eilfälle bei der ärztlichen Behandlung des Betreuten: Eilfälle, wenn der Patient einwilligungsfähig ist; Eilfälle, wenn der Patient einwilligungsunfähig und der Eingriff nicht gefährlich im Sinne von § 1904 BGB ist; Eilfälle, wenn der Patient einwilligungsunfähig und der Eingriff gefährlich ist

Unterbringung/unterbringungsähnliche Maßnahmen und aktuelle Fragen des Betreuungsrechts

- Unterbringung: Abgrenzung öffentlich-rechtliche Unterbringung - Unterbringung nach BGB; Voraussetzungen für eine Unterbringungsgenehmigung nach BGB; Verfahren
- Unterbringungsähnliche Maßnahmen: Arten; Voraussetzungen für eine Genehmigungserteilung; Verfahren
- Aktuelle Fragen des Betreuungsrechts

Anmeldung im Internet unter

<https://www.kbw.de/-BED040>

Zielgruppe: Mitarbeiter von Betreuungsbehörden, Mitarbeiter und Sozialarbeiter von Heimen, Mitarbeiter der Sozialpsychiatrischen Dienste, Mitarbeiter aus Betreuungsvereinen, Berufsbetreuer. Für dieses Seminar werden Grundkenntnisse des Betreuungsrechts vorausgesetzt.

Mitzubringende Arbeitsmittel: BGB, FamFG

Von 28.11.2019 Bis 28.11.2019

Seminarort
Nürnberg

Preis
240,00 €

Referent/in
Herr Stefan Stroh

Themenbereich Betreuungsrecht

Typische Fehler bei der Führung einer Betreuung und bei ihrer Abwicklung

BEE080

Bestimmte Fehler bei der Betreuung sind offenbar typisch und werden von Rechtspflegern immer wieder moniert. Die jährliche Prüfung von Bericht und Rechnungslegung über die Vermögenswerte der Betreuten bringen diese zu Tage. Sie führen zu vermeidbaren Auseinandersetzungen, die allen Beteiligten viel Zeit kosten. Unachtsamkeit, z. B. bei der Auslegung von Betreutengeld, verursacht leicht Schadensersatzansprüche. Auch die Beachtung der Wünsche der Betreuten kann problembehaftet sein. Praxisbezogen und anhand von Fallbeispielen sollen diese Fehler erkannt und Wege zu ihrer Überwindung aufgezeigt werden.

Schwerpunkte:

- Umfang und Beschränkungen des Vertretungsrechts der Betreuten
- Einordnung der Eigenhandlungen und Wünsche der Betreuten
- Beachtung gesetzlicher Vorgaben bei der Geldanlage (Mündelsicherheit und Sperren)
- Fehler bei der Abwehr von Gläubigern und der Geltendmachung von Ansprüchen der Betreuten
- Taktik im Verfahren zur Erlangung betreuungsrechtlicher Genehmigungen
- Umgang mit bestehenden Vollmachten neben der Betreuung
- Erteilung von Vollmachten während der Betreuung durch den Betreuten und den Betreuer
- Fehlerquellen bei freiheitsentziehenden Maßnahmen und ärztlichen Eingriffen
- Pflichten beim Tod der Betreuten
- Umgang mit Nachlassgericht, Erben und Nachlasspflegern

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-BEE080>

Zielgruppe: Mitarbeiter von Betreuungsbehörden, Mitarbeiter aus Betreuungsvereinen, Berufsbetreuer

Mitzubringende Arbeitsmittel: BGB, FamFG

Von 31.03.2020 Bis 01.04.2020

Seminarort
Nürnberg

Preis
400,00 €

Referent/in
Herr Reinhold Spanl

Themenbereich Betreuungsrecht

Die Nachlasspflegschaft (Gesamtkurs)

BEE100E

Die Nachlasspflegschaft wird nach §§ 1960 ff. BGB angeordnet, wenn die Erben unbekannt sind. Dem Nachlasspfleger obliegt die Sicherung und Erhaltung des Nachlasses. Er ist gesetzlicher Vertreter des endgültigen Erben. Nachlasspfleger werden vom zuständigen Nachlassgericht ausgewählt und bestellt. Der erste Seminarteil ist geeignet für Personen, die beruflich oder ehrenamtlich mit dem Erbrecht befasst werden und sich die Grundlagen aneignen wollen. Der zweite Seminarteil gibt einen Überblick über die Rechtsstellung, die Aufgaben sowie die Verdienstmöglichkeiten der Nachlasspfleger. Der Lehrgang insgesamt ist auch als Grundlagenseminar geeignet für angehende Nachlasspfleger; Berufsbetreuer, die sich ein 2. Standbein verschaffen wollen.

Das Konzept sieht vor, dass das Seminar als Ganzes oder auch nur einer der beiden Tage belegt werden kann. Bei Buchung des gesamten Seminars verwenden Sie bitte den Seminarcode BEE100E, bei der Buchung einzelner Teile den zugehörigen Code BEE100E-1 oder BEE100E-2.

Schwerpunkte:

Teil 1 - Grundlagen des Erbrechts (erster Tag)

- Gewillkürte Erbfolge: notarielles Testament; gemeinschaftliches Testament, Auslegung von Testamenten, Erbvertrag
- Gesetzliche Erbfolge
- Pflichtteilsrecht
- Erbschein
- Testamentsvollstreckung
- Europäische Erbverordnung

Teil 2 - Rechtsstellung und Aufgaben der Nachlasspfleger (zweiter Tag)

- Wesen und Zweck der Nachlasspflegschaft: Rechtsgrundlagen; Arten, Beginn und Ende der Nachlasspflegschaft; Abgrenzung der Nachlasspflegschaft zur Nachlassverwaltung
- Anordnungsverfahren: Voraussetzungen; Zuständigkeiten; Beteiligte; Auswahlkriterien; Anordnung und Bestellung
- Rechtsstellung des Nachlasspflegers: Person des Nachlasspflegers; Aufgabenkreise; Genehmigungen; Aufgaben; Rechnungslegung; Herausgabe des Nachlasses; Haftung
- Beendigung: Entlassung des Nachlasspflegers; Aufhebung der Pflegschaft
- Vergütung des Nachlasspflegers; Auslagenerstattung
- Aufgaben des Nachlassgerichts und dessen Verhältnis zum Nachlasspfleger: Beaufsichtigung; Prüfungspflicht des Nachlassgerichts; Vergütungsabrechnung; Genehmigungsverfahren; Entziehung der Vertretungsmacht; Entlassung des Nachlasspflegers; Kosten

Anmeldung im Internet unter

<https://www.kbw.de/-BEE100E>

Zielgruppe: Mitarbeiter aus Betreuungsvereinen, Wohlfahrtsverbänden sowie Banken, Gerichten und Behörden; Berufsbetreuer; angehende Nachlasspfleger. Das Seminar ist auch geeignet für Rechtsanwälte, Rechtspfleger und Steuerberater, die sich in diese Materie neu einarbeiten möchten. Bitte beachten Sie, dass die Anmeldungen für den Gesamtkurs vorrangig berücksichtigt werden.

Mitzubringende Arbeitsmittel: BGB, FamFG

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
03.12.2019	04.12.2019	Nürnberg	370,00 €	Frau Claudia Capitano
09.11.2020	10.11.2020	Nürnberg	400,00 €	Frau Claudia Capitano

Themenbereich Betreuungsrecht

Umgang mit Grundstücken und Grundstücksrechten in der Betreuung

BEE181

Im Seminar wird ein Einblick in den Aufbau des Grundbuchs vermittelt und das Grundbucheintragungsverfahren im Überblick dargestellt. Wie kommt eine Eintragung in das Grundbuch zustande? Welche Rechte des Betreuten an Grundstücken können für den Betreuer wichtig sein, z. B. Grundschulden und Hypotheken, Dienstbarkeiten, Nießbrauch und Wohnungsrecht. Welche betreuungsgerichtlichen Genehmigungen sind erforderlich, wenn ein Recht bestellt oder entfernt werden muss? Auch der Umgang mit Mietrechten kann für den Betreuer von Bedeutung sein und wird im Seminar behandelt.

Schwerpunkte:

- Wie ist das Grundbuch aufgebaut und wie liest man die Eintragungen?
- Wie gestaltet sich das Eigentum an Grundstücken (auch am Wohnungseigentum)?
- Welche Bedeutung hat ein Grundstücksrecht für den Betreuten?
- Wie gestaltet sich die Begründung eines Rechts und wie erfolgt die Eintragung?
- Kann der Betreuer Rechte des Betreuten an Grundstücken aufgeben?
- Wie berechnet man den Wert eines Grundstücks oder -rechts?
- Mit welcher Taktik kann man betreuungsgerichtliche Genehmigungen erlangen?
- Besonderheiten des Grundstücks im Erbrecht
- Begründung und Beendigung eines Mietrechts, Eintritt kraft Gesetzes

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-BEE181>

Zielgruppe: Ehrenamtliche Betreuer, Berufsbetreuer, Verfahrenspfleger sowie Mitarbeiter bei Betreuungsvereinen und Betreuungsbehörden; weitere Interessenten

Mitzubringende Arbeitsmittel: BGB, GBO

Von
21.10.2020

Bis
21.10.2020

Seminarort
Nürnberg

Preis
255,00 €

Referent/in
Herr Uwe Gysin

Für Mitarbeitende von Beratungsstellen ist das Jobcenter ein wichtiger und manchmal nicht ganz einfacher Partner. Die Regelungen des SGB II erscheinen oftmals kompliziert und sind häufigen Änderungen unterworfen. Um die Klienten bestmöglich beraten zu können, ist es hilfreich, die Arbeitsweise der Jobcenter, ihr Leistungsspektrum und die wichtigsten Bestimmungen des SGB II zu kennen. Die Teilnehmer des Seminars erhalten einen Überblick über die Struktur des SGB II und werden so befähigt, ihre Klienten bei der Durchsetzung von Ansprüchen rechtssicher zu unterstützen.

Schwerpunkte:

- Organisationsformen und Auftrag des Jobcenters
- Anspruchsberechtigte Personen
- Vorrangige und konkurrierende Leistungen
- Regel- und Mehrbedarfe
- Kosten der Unterkunft
- Anrechnung von Einkommen
- Rechte und Pflichten von Kunden
- Fortbestehen und Wegfall des Versicherungsschutzes

Anmeldung im Internet unter

<https://www.kbw.de/-FUA101>

Zielgruppe: Mitarbeitende von Sozialberatungsstellen, gesetzliche Betreuer, Mitarbeiterinnen von Frauenhäusern, sozialpädagogische Familienhilfen, Sozialarbeiter, Streetworker, Integrationsmanager. Vorkenntnisse sind nicht erforderlich.

Mitzubringende Arbeitsmittel: SGB II

Von
05.10.2020

Bis
05.10.2020

Seminarort
Nürnberg

Preis
255,00 €

Referent/in
Herr Martin Goldberg

Die dynamische Entwicklung des Vergaberechts durch Rechtsänderungen oder Weiterentwicklung der Rechtsprechung stellt immer höhere Anforderungen an die Verantwortlichen in den Vergabestellen. Selbst kleine Verfahrensfehler können zu schwerwiegenden Konsequenzen führen. Das Ziel des Seminars besteht darin, grundlegende Kenntnisse des nationalen Vergaberechts auf Basis der Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) zu vermitteln. Hierzu werden die rechtlichen Rahmenbedingungen systematisch dargestellt und durch praxisbezogene Fallbeispiele und Übungen vertieft. Es besteht die Möglichkeit, Problemstellungen des eigenen Arbeitsgebietes in das Seminar einzubringen. Auf die Besonderheiten des EU-Vergaberechts (GWB und VgV) wird nur am Rande eingegangen. Inhalte zum EU-Vergaberecht werden weiterführend im Teil 2 „Systematische Einführung in das Vergaberecht: EU-Recht“ Code: BFA201 vermittelt. Nicht behandelt werden die Vergaben von Bauleistungen und Konzessionen sowie die Vergaben der Sektorenauftraggeber.

Schwerpunkte:

- Rechtsgrundlagen des öffentlichen Beschaffungswesens; Vergabegrundsätze
- Wahl der richtigen Vergabeart
- Schätzung der Auftragswerte; Erstellung der Leistungsbeschreibung; Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten
- Eignungs- und Wertungskriterien
- Durchführung des Vergabeverfahrens
- Prüfung und Wertung der Angebote, Beendigung des Vergabeverfahrens
- Auftragsänderungen
- Rechtsschutz im Vergabeverfahren, Haftung bei Vergabefehlern
- Vermeidung von Korruption bei der Auftragsvergabe
- Vergabe von sozialen und anderen besonderen Dienstleistungen sowie von freiberuflichen Leistungen
- E-Vergabe

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-BFA200>

Zielgruppe: Mitarbeiter öffentlicher Verwaltungen, die Auftragsvergaben durchführen und die notwendigen Fachkenntnisse erwerben wollen. Interessenten mit Vorkenntnissen werden auf das Seminar „Praktische Probleme bei der Anwendung der Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen“ (Code: BFA070) verwiesen.

Mitzubringende Arbeitsmittel: UVgO, VgV, GWB (4. Teil)

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
07.01.2020	09.01.2020	Nürnberg	595,00 €	Herr Horst Zimmermann
11.05.2020	13.05.2020	Frankfurt am Main	595,00 €	Herr Ralf Sand
08.07.2020	10.07.2020	Nürnberg	595,00 €	Herr Ralf Sand
11.11.2020	13.11.2020	Frankfurt am Main	595,00 €	Herr Horst Zimmermann

Das Vergabeverfahren wird immer komplexer und verlangt sowohl den öffentlichen Auftraggebern als auch den an einem öffentlichen Auftrag interessierten Unternehmen einiges ab. In diesem Seminar werden die wesentlichen Elemente eines Vergabeverfahrens - vornehmlich zur Beschaffung von Bau- und Planungsleistungen (VOB/A und VgV) - von der Vorbereitung bis zum Zuschlag unter Zugrundelegung des Vergaberechts behandelt. Zudem wird das Gelernte anhand von Praxisfällen vertieft.

Schwerpunkte:

- Interne Vorbereitung und Zusammenarbeit mit Dritten
- Fristen und Termine
- Losweise Vergabe
- Nützliche Tipps für die Bekanntmachung
- Zusammenstellung von Vergabeunterlagen
- Produktneutrale Leistungsbeschreibung versus Leitfabrikate
- Richtiger Umgang mit Musterformularen
- Bietergemeinschaften/Nachunternehmer
- Nebenangebote sowie Bedarfs- und Wahlpositionen
- Eignungs- und Zuschlagskriterien
- Nachfordern von Erklärungen und Nachweisen
- Prüfung und Wertung der Angebote

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-BFA260>

Zielgruppe: Mitarbeiter der Vergabestellen, Rechnungsprüfungsämter, Planungs-, und Wirtschaftsförderungsämter, Berater der öffentlichen Auftraggeber (Ingenieure und Architekten), die unterhalb oder oberhalb der Schwellenwerte ausschreiben

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
19.11.2019	19.11.2019	München	240,00 €	Herr Tobias Osseforth
18.03.2020	18.03.2020	München	255,00 €	Herr Tobias Osseforth
08.10.2020	08.10.2020	München	255,00 €	Herr Tobias Osseforth

Eignung, Leistungsbeschreibung und Wertungskriterien sind wichtige Eckpunkte der Vergabe und bilden die Grundlage für die Auswahl der Bewerber/Bieter und den Vertragsvollzug. In dem Seminar wird die Verbindung dieser Komponenten im Vergabeverfahren und den vergaberechtlichen Vorgaben hierzu hergestellt. Die Teilnehmer werden mit den Grundsätzen der Erstellung der Leistungsbeschreibung (einschließlich des formellen Aufbaus) sowie der Festlegung vertretbarer Wertungs- und Eignungskriterien vertraut gemacht. Die Folgen bei Nichtbeachtung dieser Vorgaben durch die Bewerber oder Bieter werden ebenfalls aufgezeigt.

Schwerpunkte:

- Rechtliche Vorgaben
- Eignung: Zeitpunkt der Prüfung; Vordrucke für die „Eigenerklärung zur Eignung“; Festlegung der Ausschlussgründe
- Leistungsbeschreibung mit Leistungsverzeichnis: Regeln; Vordrucke
- Wertungskriterien: Zulässigkeit; Verhältnismäßigkeit; wirtschaftliche Vertretbarkeit
- Form der Annahme eines Angebots: Zuschlag; möglichst keine „Vertragsurkunden“
- Vertragsvollzug im Hinblick auf Leistungsbeschreibung und Wertungskriterien: Abnahme; Gewährleistung; Obhutspflichten; Änderung der Leistung
- Interne Zuständigkeiten

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-BFA270>

Zielgruppe: Erfahrene Mitarbeiter von Vergabestellen wie auch von Zuwendungsempfängern

Mitzubringende Arbeitsmittel: LHO/BHO (§§ 7, 55), GWB, VgV, UVgO, VOL/B

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
15.06.2020	16.06.2020	Nürnberg	540,00 €	Referententeam
04.11.2020	05.11.2020	München	540,00 €	Referententeam

Systematischer Überblick über das Vergaberecht

BFA300

Das Seminar wendet sich an Teilnehmer ohne rechtliches Hintergrundwissen, die sich einen Überblick über die Vergaben und die dafür maßgebenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften der öffentlichen Hand verschaffen wollen. Der Schwerpunkt des Seminars liegt bei nationalen Vergaben mit Hinweisen auf das aktuelle EU-Vergaberecht. Die Seminare Code: BFA060B , Code: BFA070 , Code: BFA075 und Code: BFA078 stellen eine sinnvolle Ergänzung zu diesem Seminar dar.

Schwerpunkte:

- Grundsätzliche Unterschiede von privaten zu öffentlichen Beschaffungen
- Bereiche des öffentlichen Auftragswesens: Bauleistungen; Dienst- und Lieferleistungen; freiberufliche Leistungen; Sonstiges („Konzessionen“); ausgenommene Bereiche
- Gesetzliche Grundlagen - Haushaltsrecht - Kartellrecht (GWB, VgV)
- Allgemeiner Teil der Vergabe- und Vertragsordnungen (Teil A)
- Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) - ehemals VOL/A
- Besonderer Teil der Vergabe- und Vertragsordnungen (Teil B)
- Bewerbungsbedingungen, Vertragsbedingungen
- Formelle Abwicklung

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-BFA300>

Zielgruppe: Mitarbeiter ohne Vorkenntnisse, Quereinsteiger ohne Erfahrungshintergrund, Wiedereinsteiger nach langem Aussetzen.

Mitzubringende Arbeitsmittel: VgV, GWB (4. Teil), UVgO (ehemals VOL/A)

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
03.03.2020	04.03.2020	München	400,00 €	Referententeam
06.07.2020	07.07.2020	München	400,00 €	Referententeam
16.11.2020	17.11.2020	Nürnberg	400,00 €	Referententeam

Das neue Vergaberecht 2019 rechtssicher anwenden

BFA311

Das neue Vergaberecht ist bei europaweiten Vergabeverfahren seit April 2016 zwingend anzuwenden. Dies stellt die öffentlichen Auftraggeber und Unternehmen wie Architekten und Ingenieure sowie Bewerber und Bieter seither vor eine große Herausforderung. Die Seminarteilnehmer erhalten einen systematischen Überblick über den Umgang mit dem neuen Vergaberecht und haben dabei Gelegenheit, über Probleme aus der täglichen Vergabepaxis zu diskutieren. Zudem wird das Gelernte anhand von Beispielen vertieft.

Schwerpunkte:

- Öffentlich-öffentliche Zusammenarbeit
- Losweise Vergabe
- Bekanntmachungspflichten
- Dokumentationspflichten
- Produktneutrale Ausschreibung vs. Leitfabrikate
- Eignung
- Einheitliche Europäische Eigenerklärung
- Zuschlagskriterien und deren Gewichtung
- Ausführungsbedingungen
- Auftragsänderungen während der Vertragslaufzeit

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-BFA311>

Zielgruppe: Mitarbeiter der Vergabestellen, Rechnungsprüfungsämter, Planungs- und Wirtschaftsförderungsämter; Berater der öffentlichen Auftraggeber (Ingenieure und Architekten), die oberhalb der EU-Schwellenwerte ausschreiben; Bewerber und Bieter

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
18.11.2019	18.11.2019	München	240,00 €	Herr Tobias Osseforth
13.05.2020	13.05.2020	München	255,00 €	Herr Tobias Osseforth

Bietergemeinschaften und Unterauftragnehmer - eine Möglichkeit für kleine und mittlere Unternehmen im VgV/ VOL (UVgO)-Vergabeverfahren

BFA330

Beim Zusammenschluss von mehreren Unternehmen zu einer Bewerber- oder Bietergemeinschaft haben auch kleine und mittlere Unternehmen die Möglichkeit, sich um Aufträge zu bewerben. Im Fall der Auftragserteilung entsteht eine gemeinschaftliche Vertragspartnerschaft mit dem Auftraggeber. Bei der Unterauftragsvergabe wird der gesamte oder ein Teil des Auftrags auf andere Unternehmen übertragen. Problematisch ist bei den aufgezeigten Möglichkeiten u. a. die Haftung gegenüber dem öffentlichen Auftraggeber, die Einschränkung des Wettbewerbs, die Feststellung der Eignung und das „Selbstaussführungsgebot“. Beide Arten der Ausführung öffentlicher Aufträge werden einschließlich der maßgebenden Vordrucke und der notwendigen Bewerbungsbedingungen im Seminar ausführlich behandelt.

Schwerpunkte:

- Verbot der Einschränkung des Wettbewerbs durch Bietergemeinschaften
- Rechtsform - Gleichbehandlungsgebot - Eignungsprüfung
- Veränderungen in der Bewerber- oder Bietergemeinschaft
- Mehrfachauftritte, Doppelbeteiligungen, Parallelbewerbungen
- Nennung der Nachunternehmer
- Haftung - Regeln für die Auftragsausführung
- Überprüfung der Nachunternehmer

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-BFA330>

Zielgruppe: Erfahrene Mitarbeiter von Beschaffungs- und Vergabestellen.

Mitzubringende Arbeitsmittel: UVgO, GWB, VgV

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
27.01.2020	27.01.2020	München	255,00 €	Referententeam
22.07.2020	22.07.2020	Nürnberg	255,00 €	Referententeam
16.12.2020	16.12.2020	Nürnberg	255,00 €	Referententeam

Vergabeverfahren - die richtige Taktik bei der Auswahl und im Umgang mit Bietern

BFA335

Im Seminar wird erläutert, wie Vergabeverfahren sinnvoll und vergaberechtssicher durchgeführt werden können, um Bieter und vor allem den gewünschten Bieterkreis zu erreichen. Schritt für Schritt wird dies für jede Stufe des Vergabeverfahrens dargestellt. Die Teilnehmer erfahren, welchen Gestaltungsspielraum sie im Umgang mit Bietern haben, wie sie ihn nutzen können und wie die richtige Taktik auch zur Erweiterung des Bieterkreises führen kann. Es werden auch Empfehlungen gegeben, wie der Verfahrensablauf im Umgang mit Bieterfragen, Rügen und der Vorabinformation sinnvoll zu gestalten ist.

Schwerpunkte:

- Richtige Vorauswahl der Bieterkreises
- Umgang mit der Projektantenstellung
- Möglichkeiten der Direktvergabe
- Wahl der passenden Verfahrensart
- Angemessener Umfang von Vergabeunterlagen
- Ergebnisorientierte und sinnvolle Wertungsmatrizen
- Richtiger Umgang mit Bieterfragen und Rügen
- Transparenter Ablauf der Vorabinformation
- Möglichkeiten der Evaluation

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-BFA335>

Zielgruppe: Mitarbeiter der Vergabestellen, Einkaufsabteilungen; Berater von öffentlichen Auftraggebern; sonstige Interessenten

vergabe taktik strategie

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
16.12.2019	16.12.2019	Nürnberg	255,00 €	Frau Monika Prell
22.06.2020	22.06.2020	Nürnberg	255,00 €	Frau Monika Prell
14.12.2020	14.12.2020	Nürnberg	255,00 €	Frau Monika Prell

Vergaberecht für Bieter: Liefer- und Dienstleistungsaufträge der öffentlichen Hand

BFA340

In dem Seminar erhalten Mitarbeiter von Unternehmen, die für die öffentliche Hand Lieferungen und Dienstleistungen erbringen wollen, einen Überblick über die geltenden besonderen Regeln, insbesondere der maßgebenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften. Die Teilnehmer erlernen, Angebote rechtssicher abzugeben und Fehler zu vermeiden, die zum Ausschluss am Verfahren führen (wie z. B. eigene Zahlungsbedingungen).

Schwerpunkte:

- Grundsätzliche Unterschiede von privaten zu öffentlichen Beschaffungen
- Vorgaben des Bundes und der Länder
- Vergabe- und Vertragsordnungen, Bewerbungsbedingungen, Vertragsbedingungen
- Hinweise zum Vertragsvollzug
- Formelle Abwicklung, Ausschlussstatbestände
- Publikation und zentrale Recherche nach Ausschreibungen

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-BFA340>

Zielgruppe: Dienstleister, vom Reinigungsunternehmen bis zum Bewachungsgewerbe; Lieferanten, vom Büromöbelhersteller bis zum Lebensmittelhändler

Von 17.06.2020 Bis 17.06.2020

Seminarort
Nürnberg

Preis
255,00 €

Referent/in
Referententeam

Vergaberecht - flexible Beschaffung durch Rahmenvereinbarungen

BFA385

Die strengen Vorschriften des nationalen und des EU-Vergaberechts zwingen den öffentlichen Auftraggeber zu teilweise sehr arbeitsintensiven und zeitaufwändigen Ausschreibungen und Vergabeverfahren. Gleichzeitig ermöglicht das Vergaberecht durch den Einsatz von Rahmenverträgen und Rahmenvereinbarungen, den zeitlichen und personellen Aufwand erheblich zu reduzieren und die Anzahl der durchzuführenden Ausschreibungen spürbar zu senken. Dadurch wird eine Flexibilität bei der Beschaffung erreicht, die sowohl der Auftraggeber- als auch der Auftragnehmerseite erhebliche Vorteile verschafft sowie zeitnahe und variable Beschaffungen ermöglicht.

Schwerpunkte:

- Vorteile von Rahmenvereinbarungen für die Beschaffungspraxis
- Alternativen zu Rahmenvereinbarungen
- Vergaberechtliche Rahmenbedingungen
- Vorbereitung des Ausschreibungsverfahrens
- Erstellung von Vergabeunterlagen
- Bieterauswahl und Angebotswertung
- Abruf aus Rahmenvereinbarungen

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-BFA385>

Zielgruppe: Erfahrene Mitarbeiter von Beschaffungs- und Vergabestellen

Mitzubringende Arbeitsmittel: UVgO bzw. VOL/A, VgV, GWB (4. Teil)

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
02.03.2020	02.03.2020	Nürnberg	400,00 €	Referententeam
18.05.2020	18.05.2020	München	400,00 €	Referententeam
11.11.2020	11.11.2020	München	400,00 €	Referententeam
19.11.2020	19.11.2020	Nürnberg	400,00 €	Referententeam

Vergaberecht für Führungskräfte in Fachbereichen

FKA080

Führungskräfte tragen im Vergabebereich eine große Verantwortung - und dies oft, ohne jeden Vergabe- bzw. Beschaffungsvorgang im Einzelnen überprüfen zu können bzw. auch, ohne vorher fundierte langjährige Erfahrungen im Vergaberecht gesammelt zu haben. In diesem Seminar erwerben Führungskräfte das Handwerkszeug für eine erfolgreiche Leitung dieses anspruchsvollen Bereichs und/oder können vorhandenes Wissen auffrischen und vertiefen. Es wird genügend Raum für die Diskussion eigener mitgebrachter Fragestellungen gegeben.

Schwerpunkte:

- Notwendige Kenntnisse der Rechtsmaterie
- Notwendige Kenntnisse für das Treffen von strategischen Entscheidungen
- Verschiedene Möglichkeiten der Organisation des eigenen Bereichs
- Entscheidungsmöglichkeiten und -pflichten in einem Vergabeverfahren
- Zusammenhang von Korruptionsprävention und Vergabeverfahren
- Dokumentationspflichten

Anmeldung im Internet unter

<https://www.kbw.de/-FKA080>

Zielgruppe: Führungskräfte aller Ebenen, die sich im Rahmen ihrer Tätigkeit mit dem Thema Vergaberecht befassen (z.B. Innenrevision, Rechnungsprüfung) und einen Überblick über das Vergaberecht erhalten möchten. Das Seminar wendet sich an Führungskräfte, die wenig oder keine Fachkenntnisse auf dem Gebiet des Vergaberechts besitzen.

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
18.12.2019	18.12.2019	Nürnberg	290,00 €	Frau Annette Wahlfels
05.05.2020	05.05.2020	München	305,00 €	Frau Annette Wahlfels
01.12.2020	01.12.2020	Nürnberg	305,00 €	Frau Annette Wahlfels

Verhandlungsvergaben (Freihändige Vergaben) - wettbewerbliche Verfahren nach dem Haushaltsrecht und der UVgO/VOL/A

BFA023

In diesem Seminar wird sich schwerpunktmäßig mit den zahlenmäßig häufig vorkommenden Beschaffungen, die vom Wert her zu keiner Ausschreibung führen müssen, befasst. Neben einer kurzen Einführung in das nationale Vergaberecht werden vor allem die für Freihändige Vergaben/Verhandlungsvergaben relevanten Bestimmungen des Haushaltsrechts und der UVgO (ehemals VOL/A) behandelt. Die Teilnehmer haben die Möglichkeit, Probleme des eigenen Arbeitsgebietes in das Seminar einfließen zu lassen.

Schwerpunkte:

- Einführung in das nationale Vergaberecht
- Haushaltsrechtliche Grundlagen
- Bestimmungen der UVgO/VOL/A
- Freiberufliche Leistungen

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-BFA023>

Zielgruppe: Mitarbeiter von Beschaffungsstellen öffentlicher Auftraggeber. Kenntnisse des Vergaberechts sind erforderlich.

Von 25.03.2020 Bis 25.03.2020

Seminarort
Nürnberg

Preis
255,00 €

Referent/in
Referententeam

Kern dieses Spezialseminars ist eine Hinführung zu den Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) mit Behandlung von speziellen Fragestellungen. Außerdem wird der wichtige Bezug zur VgV/UVgO hergestellt. Abgerundet wird das Seminar durch die Besprechung der Vordrucke zum Vergabeverfahren. Diese werden den Teilnehmer auch online zur Verfügung gestellt. Die Seminare Code: BFA070, Code: BFA075 und Code: BFA300 stellen eine sinnvolle Ergänzung zu diesem Spezialseminar dar.

Schwerpunkte:

- Vereinbarung Allgemeiner Vertragsbedingungen
- Bewerberbedingungen
- Rechtliches Schicksal der Bewerbung mit eigenen Vertragsbedingungen der Bieter
- Zusätzliche, ergänzende, besondere und technische Vertragsbedingungen
- Katalog besonderer Vereinbarungen
- Schuldnerverzug bei öffentlichen Aufträgen
- Vertragsstrafen
- Abnahme, Gefahrenübergang
- Gewährleistung, Verjährung
- Prüfbare Abrechnung
- Sicherheitsleistungen

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-BFA060B>

Zielgruppe: Mitarbeiter, die im öffentlichen Bereich mit der Bearbeitung, Abrechnung und Prüfung von Beschaffungsvorgängen betraut sind

Mitzubringende Arbeitsmittel: UVgO, VOL/B, GWB, VgV

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
21.01.2020	21.01.2020	München	255,00 €	Referententeam
16.03.2020	16.03.2020	Nürnberg	255,00 €	Referententeam
09.12.2020	09.12.2020	München	255,00 €	Referententeam

Die Anwendung des Vergaberechts (Liefer- und Dienstleistungen) im Zuwendungsbereich - von der Bewilligung bis zur Verwendungsnachweisprüfung

BFA065

Die fehlerhafte Anwendung des Vergaberechts führt nicht selten zu erheblichen finanziellen Folgen beim Zuwendungsgeber. In dem Seminar wird deutlich gemacht, dass Mängel im Vergabewesen oft zwingend zu erheblichen finanziellen Nachteilen für den Zuwendungsempfänger (vollständige oder teilweise Rückforderung der Zuwendung) führen.

Schwerpunkte:

- Verpflichtung im Zuwendungsbescheid, das Vergaberecht anzuwenden
- Hinweis- und Informationspflicht des Zuwendungsgebers
- Vergaberechtliche Schritte beim Zuwendungsempfänger
- Hinweis auf Wertgrenzen
- Vorstellung wichtiger Vordrucke
- Übersicht über das anzuwendende Vergaberecht - Schwerpunkt Liefer- und Dienstleistungen mit Hinweisen auf die Bereiche „Bau“ und „freiberufliche Leistungen“
- Checklisten für den Zuwendungsnachweisprüfer für vergaberechtlich erforderliche Nachweise
- Rechtsfolgen bei Vergabemängeln

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-BFA065>

Zielgruppe: Mitarbeiter von Zuwendungsempfängern und von Bewilligungsstellen, einschließlich Verwendungsnachweisprüfer. Grundkenntnisse werden vorausgesetzt.

Mitzubringende Arbeitsmittel: §§ 23, 44 BHO/LHO mit VV und ANBest, UVgO (ehemals VOL/A), VOB/A, GWB, VgV, Verwaltungsverfahrensgesetz

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
28.01.2020	29.01.2020	München	400,00 €	Referententeam
12.05.2020	13.05.2020	Nürnberg	400,00 €	Referententeam

Praktische Probleme bei der Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen - Praxisfälle

BFA069

Aufbauend auf die rechtlichen Grundlagen werden Praxisfälle, die auch aus dem Bereich der Teilnehmer kommen können, gemeinsam bearbeitet. Die Praxisfälle beziehen sich auf Problemfelder bei der Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen (national und EU-Bereich) sowie auf freiberufliche Leistungen im unterschwelligen Bereich. Die Teilnehmer können dem Kommunalen Bildungswerk e. V. bis 14 Tage vor Beginn des Workshops Themen und Fragen aus ihrem Arbeitsfeld zuleiten. Die Schwerpunkte sind als Angebot zu verstehen.

Schwerpunkte:

- Ermittlung des Auftragswerts/Schwellenwerts
- Vorgabe von Bewerbungsbedingungen und deren Folgen in Bezug auf die Wertung von Angeboten
- Rechtswirksame Vereinbarung der VOL/B und besondere zusätzliche Vertragsbedingungen
- Mängel im Leistungsverzeichnis
- Wettbewerbsgerechte Vergabe freiberuflicher Leistungen im unterschwelligen Bereich
- Ablauf der Beschaffung
- Zuschlag (Vermeidung zusätzlicher „Verträge“)
- Vertragsvollzug
- Checkliste typischer Verfahrensfehler

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-BFA069>

Zielgruppe: Mitarbeiter staatlicher und kommunaler Verwaltungen und von Zuwendungsempfängern/-gebern. Der Workshop ist nur für erfahrene Mitarbeiter geeignet. Der vorherige Besuch der Seminare Code: BFA070 oder Code: BFA071 ist empfehlenswert.

Mitzubringende Arbeitsmittel: UVgO, GWB, VgV, BHO, LHO und kommunale Haushaltsordnung

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
13.11.2019	14.11.2019	Nürnberg	370,00 €	Referententeam
19.03.2020	20.03.2020	Nürnberg	400,00 €	Referententeam
10.12.2020	11.12.2020	München	400,00 €	Referententeam

Praktische Probleme bei der Anwendung der Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen - Schwerpunkt: nationales Recht - typische Verfahrensfehler

BFA070

Die Vergabevorschriften werden durch die Rechtsprechung und die Anpassung an das EU-Recht immer komplexer. Sie stellen stetig steigende Anforderungen an die Mitarbeiter der Vergabestellen. In dem Spezialseminar werden die Kompetenzen der Teilnehmer zur Planung und zum Ablauf eines Vergabeverfahrens gefestigt und erweitert. Neben einer Einführung in die rechtlichen Grundlagen und der Behandlung praxisnaher Themen werden die Teilnehmer mit den nationalen und EU-Vergabebestimmungen vertraut gemacht. Es besteht die Möglichkeit, Probleme des eigenen Arbeitsgebietes in das Konzept einfließen zu lassen.

Schwerpunkte:

- Rechtliche Grundlagen des öffentlichen Auftragswesens
- Anwendung des EU-Vergaberechts - Berechnung der Schwellenwerte
- Rechtsschutz in Vergabeverfahren
- Vergabevorschriften im nationalen Bereich
- Abgrenzungsprobleme (Bauleistungen - Dienstleistungen - Lieferleistungen)
- Ablauf der Beschaffung
- Wahl der zutreffenden Vergabeart, Wertgrenzen für die verschiedenen nationalen Vergabearten
- Gleichbehandlung und Chancengleichheit der Bewerber
- Fristen
- Regeln für Verhandlungen mit Bietern
- Dokumentation des Vergabeverfahrens
- Besprechung von Vordrucken
- Maßnahmen zur Verhinderung von Manipulationen im öffentlichen Auftragswesen
- Checkliste typischer Verfahrensfehler

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-BFA070>

Zielgruppe: Mitarbeiter öffentlicher Verwaltungen, die Auftragsvergaben durchführen und ihre Kenntnisse vertiefen wollen; sonstige Interessenten, z. B. Rechnungsprüfer

Mitzubringende Arbeitsmittel: UVgO (ehemals VOL/A), GWB, VgV

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
09.12.2019	10.12.2019	Nürnberg	370,00 €	Referententeam
26.03.2020	27.03.2020	Nürnberg	400,00 €	Referententeam
28.04.2020	29.04.2020	München	400,00 €	Referententeam
14.12.2020	15.12.2020	Nürnberg	400,00 €	Referententeam

In diesem Seminar werden erfahrene Mitarbeiter von Beschaffungsstellen öffentlicher Auftraggeber für das aktuelle Vergaberecht sensibilisiert und erweitern ihre Kompetenzen auf diesem Gebiet. Neben einer Einführung in die rechtlichen Grundlagen mit dem Schwerpunkt der EU-Vergabebestimmungen (GWB, VgV) wird auch auf Grundzüge des nationalen Vergaberechts (UVgO/ehemals VOL/A) eingegangen. Die Teilnehmer können Probleme des eigenen Arbeitsgebiets in den Seminarverlauf einbringen.

Schwerpunkte:

- Anwendung des EU-Vergaberechts
- Überblick zu den Regelungen des GWB und der VgV: u. a. Ermittlung der Schwellenwerte; Wertgrenzen; Prüfung der zutreffenden Vergabeart; Ausschreibungs- und Beschaffungsreife; Dokumentation des Vergabeverfahrens; Melde- und Informationspflichten; Fristen; Grundzüge des Primärrechtswegs

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-BFA071>

Zielgruppe: Erfahrene Mitarbeiter von Beschaffungsstellen öffentlicher Auftraggeber im Sinne des § 98 GWB (Bund, Länder, Kommunen, Einrichtungen von Körperschaften, einschließlich Justizvollzugsanstalten)

Mitzubringende Arbeitsmittel: GWB, VgV, UVgO

Von
09.07.2020

Bis
10.07.2020

Seminarort
München

Preis
400,00 €

Referent/in
Referententeam

Für Kitas und Schulen im Ganztagsbetrieb muss ein Essensangebot organisiert werden. Auch für die Vergabe von Verpflegungsleistungen ist das Vergaberecht anzuwenden. Dabei ergeben sich viele Fragen zur richtigen Anwendung der vergaberechtlichen Vorschriften - gerade wenn es darum geht, qualitative Anforderungen an die Kita- und Schulverpflegung in der Leistungsbeschreibung einzufordern. Im Seminar wird sehr praxisnah aufgezeigt, wie eine Ausschreibung sicher und erfolgreich durchgeführt werden kann. Dabei werden alle Phasen einer Ausschreibung und die wichtigsten Aspekte, die zu beachten sind, beschrieben. Die Teilnehmer erlernen, den Umfang einer anstehenden Ausschreibung und sich ergebende Aufgaben und Entscheidungen besser einzuschätzen.

Schwerpunkte:

- Planungs- und Analysephase: Strategie und Ziele; Ist-Analyse; Zeitplanung; Verantwortungsbereiche; Einbindung der Gremien
- Vergaberechtliche Aspekte: Vergaberecht/ab 2020 für alle die E-Vergabe; Eignungskriterien
- Ausarbeitung der Ausschreibungsunterlagen: Leistungsverzeichnis; Wertungskriterien; Allgemeine Vertragsbestimmungen
- Ablauf Vergabeverfahren: Fristen; Formaler Umgang mit Angeboten; Auswertung; Testessen; Gemeinderatssitzung/Fachausschuss

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-BFA074>

Zielgruppe: Kita- und Schulträger, Sachbearbeiter sowie Sachgebietsleiter der Kita- und Schulverwaltung, Vergabestellen

Von
23.01.2020

Bis
23.01.2020

Seminarort
München

Preis
400,00 €

Referent/in
Frau Sabine Chilla

Das Vergabeverfahren für Liefer- und Dienstleistungen - von der Verhandlungsvergabe/freihändigen Vergabe bis zur öffentlichen Ausschreibung, die Wahl der richtigen Vergabeart und typische Fehler im Vergabeverfahren

BFA075

Neben einer kurzen Einführung in die Rechtsgrundlagen des Vergaberechts und einem Überblick über die VOL/A bzw. UVgO greift dieses Spezialseminar ausgewählte und in der Praxis immer wiederkehrende Probleme des Vergabeverfahrens auf. Es gibt Hinweise auf die verschiedenen Vergabebereiche und zur Abgrenzung der Anwendungsbereiche „Lieferungen und Leistungen“, „freiberufliche Leistungen“ sowie „Bauleistungen“. Erörtert wird der Ablauf einer Beschaffungsmaßnahme bis zur Dokumentation des Vergabeverfahrens. Zudem werden Maßnahmen zur Verhinderung von Manipulationen im Vergabewesen sowie aktuelle Aspekte zum Vergaberecht bei der Umsetzung des EU-Rechts in nationales Recht behandelt. Die Teilnehmer haben die Gelegenheit, ihre fachspezifischen Probleme in die Diskussion einzubringen.

Schwerpunkte:

- Die Grundsätze des nationalen und des EU-Vergaberechts
- Die Wahl der richtigen Vergabeart (nationale Vergabe)
- Die Teilnehmer (Bewerber/Bieter) am Wettbewerb
- Die Ausschreibungs- und Beschaffungsreife
- „Projektanten Problematik“, „vorbefasste Bieter“
- Aufklärung von Zweifeln - keine Verhandlungen mit den Bietern im förmlichen Vergabeverfahren
- Die Dokumentation des Vergabeverfahrens
- Häufige Fehler im Vergabeverfahren
- Besprechung von Vordrucken
- Aktuelle Rechtsprechung

Anmeldung im Internet unter

<https://www.kbw.de/-BFA075>

Zielgruppe: Mitarbeiter öffentlicher Verwaltungen, einschließlich Justizvollzugsanstalten, die Auftragsvergaben durchführen und notwendige Fachkenntnisse erwerben wollen. Grundkenntnisse sind erforderlich.

Mitzubringende Arbeitsmittel: UVgO (ehemals VOL/A), GWB, VgV

Von		Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
11.12.2019	12.12.2019		Nürnberg	370,00 €	Referententeam
20.07.2020	21.07.2020		Nürnberg	400,00 €	Referententeam

Die Formstrenge im nationalen und EU-weiten Vergabeverfahren für Liefer- und Dienstleistungen - praxisgerechte Verwendung der Vordrucke des Vergabehandbuchs Bayern

BFA078Z

Vergabeverfahren sind streng formalisiert. Abgesehen von den zwingend anzuwendenden Vordrucken der EU für Bekanntmachungen, können auch die übrigen Verfahrensschritte (Kontaktaufnahme mit den Bietern, Bewerbungsbedingungen, Eigenerklärungen usw.) wesentlich einfacher und vor allem rechtssicher durchgeführt werden, wenn sie nach einheitlichen Regeln und Vordrucken erfolgen. Bund und Länder, so auch Bayern, haben deshalb für die Vergabe und Durchführung von Liefer- und Leistungsverfahren nach VgV, UVgO Vergabehandbücher eingeführt. Diese Vergabehandbücher enthalten für die tägliche Vergabepraxis bei Ausschreibung, Vergabe und Vertragsabwicklung zu beachtende Regelungen, Vordrucke, Erläuterungen und Verfahrenshilfen. Die notwendigen Vordrucke sind mit wenigen Abweichungen bundesweit verwendbar. Die Seminare Code: BFA060B, Code: BFA070 und Code: BFA075 stellen eine sinnvolle Ergänzung zu diesem Seminar dar.

Schwerpunkte:

- Vorstellung und Besprechung der wichtigsten nationalen und EU-Vordrucke, Bewerbungsbedingungen usw.
- Verknüpfung der Vordrucke mit den jeweiligen Rechtsvorschriften (z. B. Vordruck „Eigenerklärung zur Eignung“ mit § 35 UVgO, § 48 VgV, §§ 122 bis 124 GWB)
- Folgen der Formabweichung

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-BFA078Z>

Zielgruppe: Mitarbeiter, die im öffentlichen Bereich mit dem Vergabewesen betraut sind

Mitzubringende Arbeitsmittel: Laptop, UVgO, VOL/B, GWB, VgV, elektronisch: Vergabehandbuch Leistungen Bayern (VHL Bayern) mit beschreibbaren Vordrucken (kann auch im Seminar heruntergeladen werden).

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
11.11.2019	12.11.2019	Nürnberg	370,00 €	Referententeam
23.01.2020	24.01.2020	München	400,00 €	Referententeam
14.05.2020	15.05.2020	Nürnberg	400,00 €	Referententeam
07.12.2020	08.12.2020	München	400,00 €	Referententeam

Die Einführung der elektronischen Vergabe (eVergabe) und Einrichtung einer Zentralen Vergabestelle - Erfahrungen aus der Praxis

BFA113P

Seit April 2016 gelten die Neuregelungen zur Vergabe öffentlicher Aufträge nach dem Vergabemodernisierungsgesetz. Danach musste die eVergabe bis zum 18. April 2016 europaweit verpflichtend eingeführt werden. Die Teilnehmer erhalten einen Überblick über die gesetzlichen Anforderungen und Tipps zur Einführung der eVergabe. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor ist eine zentrale Beschaffungsorganisation. Im Seminar werden daher auch Hinweise zur Implementierung einer Zentralen Vergabestelle gegeben. Darüber hinaus wird aufgezeigt, warum sich die Rechtssicherheit der Vergaben durch die Zentrale Vergabestelle und die eVergabe erhöht und dass bei ganzheitlicher Umsetzung der eVergabe wesentliche Optimierungen im Vergabeprozess erzielt werden können.

Schwerpunkte:

- Rechtliche Grundlagen für die eVergabe
- Anforderungskriterien an eVergabesysteme
- Überblick über die verschiedenen eVergabelösungen
- Erfolgsfaktoren für die Einführung der eVergabe
- Praxistipps zur Einführung einer Zentralen Vergabestelle
- Einführungsstrategien für die eVergabe
- Interkommunale Kooperationen im Bereich eVergabe und Zentrale Vergabestelle
- Optimierung des Vergabeprozesses durch den Einsatz der eVergabe
- Vorteile der eVergabe für Kommunen und Bieter

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-BFA113P>

Zielgruppe: Mitarbeiter, die Ausschreibungen durchführen; Mitarbeiter, die für die Einführung der eVergabe verantwortlich sind

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
17.12.2019	17.12.2019	Nürnberg	240,00 €	Frau Annette Wahlfels
04.05.2020	04.05.2020	München	255,00 €	Frau Annette Wahlfels
30.11.2020	30.11.2020	Nürnberg	255,00 €	Frau Annette Wahlfels

Durch das GWB (§ 120 Abs. 4) und die VgV (§ 4) können nunmehr neben der Bildung zentraler Einheiten in der eigenen Behördenstruktur auch eigene Einheiten für unterschiedliche Körperschaften für die gemeinsame Vergabe öffentlicher Aufträge geschaffen werden. In der Praxis bieten sich hier in erster Linie Zusammenschlüsse auf kommunaler Ebene an. Wobei sowohl eine gleichgeordnete als auch eine übergeordnete Kommune als „Zentralstelle“ fungieren kann. Im Seminar werden sowohl die „klassische“ Zentrale Beschaffung, als auch die "besondere" Zentrale Beschaffung nach § 120 Abs. 4 GWB, § 4 VgV einschließlich der Abgrenzungsprobleme dargestellt. Den Teilnehmern wird die Möglichkeit geboten, Fragen aus dem eigenen Aufgabenbereich in das Seminar einfließen zu lassen.

Schwerpunkte:

- Zentrale Beschaffungs-/Vergabestellen: Einrichtung; Aufbau; Aufgabengebiete
- Abgrenzung von Zuständigkeiten und Schnittstellen zu den Bedarfsträgern
- Dienstanweisungen
- Probleme der Personalbemessung: „Effizienz“

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-BFA114>

Zielgruppe: Leiter und Mitarbeiter von (künftigen) Zentralen Beschaffungs- und Vergabestellen, einschließlich Justizvollzugsanstalten

Mitzubringende Arbeitsmittel: UVgO, GWB, VgV

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
18.11.2019	18.11.2019	Nürnberg	370,00 €	Referententeam
23.03.2020	23.03.2020	Nürnberg	400,00 €	Referententeam
03.11.2020	03.11.2020	München	400,00 €	Referententeam

Preisrecht bei öffentlichen Aufträgen - Preiskalkulation nach PR Nr. 30/53 und den Leitsätzen für die Preisermittlung aufgrund von Selbstkosten (LSP) sowie Kostenabrechnung von Fördervorhaben nach NKBF und LSP

BFA116

Im Seminar wird ein Überblick über die juristischen Grundlagen und die betriebswirtschaftliche Umsetzung des öffentlichen Preisrechts gegeben. Die Teilnehmer lernen, welcher Preistyp Anwendung findet, verstehen die wesentlichen Elemente einer Kalkulation von Selbstkostenpreisen und können diese sachgerecht anwenden. Somit sind sie besser auf eine anstehende Preisprüfung vorbereitet. Darüber hinaus werden Einblicke in aktuelle Entwicklungen zum Preisrecht und zur Anerkennung einzelner Kostenpositionen geboten.

Schwerpunkte:

- Grundlagen der PreisVO
- Preisrechtliche Grundprinzipien
- Der Marktpreis und seine Voraussetzungen
- Zusammenspiel Preisrecht und Vergaberecht
- Leitsätze für die Ermittlung von Selbstkostenpreisen (LSP)
- Grundsätze der Selbstkostenpreisermittlung
- Kalkulationsvorschriften
- Fragen der Kostenverrechnung
- Kostenabrechnung von Fördervorhaben nach NKBF und LSP
- Pauschalierte Kostenabrechnung von Fördervorhaben
- Beispiele aus der Praxis
- Die Preisprüfung

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-BFA116>

Zielgruppe: Mitarbeiter von Auftragnehmern und Auftraggebern (Landes- und Kommunale Vergabestellen) sowie Preisprüfbehörden

Von		Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
26.11.2019	27.11.2019		Frankfurt am Main	495,00 €	Herr Hans-Peter Müller
17.08.2020	18.08.2020		Frankfurt am Main	540,00 €	Herr Hans-Peter Müller

Themenbereich Datenschutz

Datenschutz in der Öffentlichkeitsarbeit - unter Berücksichtigung der neuen EU-Datenschutzgrundverordnung

DSA015

Wenn sich Behörden, Firmen, Vereine oder Verbände in der Öffentlichkeit präsentieren, gibt es datenschutzrechtlich einiges zu beachten. Das Seminar vermittelt, welche Daten (Bilder, Namen, Erreichbarkeiten) veröffentlicht werden dürfen. Es erklärt auch, was mit den Daten der Nutzer passiert, die die Online-Kommunikationsangebote (soziale Netzwerke, Web 2.0, Kontaktformulare) der Organisation in Anspruch nehmen. Darüber hinaus erfahren die Teilnehmer, was sich an den Angeboten (neues Impressum, neue Datenschutzerklärung, Informationspflichten) durch die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) ändert und wie sie ihre Öffentlichkeitsarbeit auch nach dem 25. Mai 2018 rechtskonform gestalten können.

Schwerpunkte:

- Grundlagen Datenschutz
- Veröffentlichung personenbezogener Daten
- Recht am eigenen Bild
- Datenschutzerklärung nach DSGVO für Webseiten
- Impressumspflicht
- Umgang mit Nutzerdaten
- Umgang mit Mailchimp, Hosting, Google Analytics
- Daten bei ausländischen Servern

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-DSA015>

Zielgruppe: Führungskräfte und Mitarbeiter im Bereich Öffentlichkeitsarbeit, behördliche Datenschutzbeauftragte

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
30.07.2020	30.07.2020	Frankfurt am Main	255,00 €	Herr Rui Manuel Faria Dinis

Themenbereich Datenschutz

EU-Datenschutzgrundverordnung für bayerische öffentliche Stellen - aktuelle Entwicklungen und Probleme

DSA029

Die Teilnehmer wiederholen und vertiefen zunächst die Grundlagen der EU-Datenschutzgrundverordnung und des Bayerischen Datenschutzgesetzes. Anhand aktueller Problemfälle wird das nötige Wissen vermittelt, damit künftig Datenschutzprobleme vor Ort erkannt und kompetent gelöst werden können. Besprochen werden sodann wichtige aktuelle Entwicklungen im Datenschutzrecht - insbesondere unter Einbeziehung von gerichtlichen Entscheidungen und Verlautbarungen des Bayer. Landesbeauftragten für den Datenschutz.

Schwerpunkte:

- Rechtliche Grundlagen: Inhalte der Datenschutzgrundverordnung und des Bayerischen Datenschutzgesetzes
- Möglichkeiten und Grenzen der behördlichen Datenverarbeitung anhand aktueller Beispielfälle: u.a. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit; Videoüberwachung durch Gemeinden; Datenübermittlungen an den Personalrat; Übermittlung von Meldedaten an andere öffentliche Stellen zu Werbezwecken und Gratulationen
- Einwilligung als Rechtsgrundlage - Voraussetzungen und Grenzen
- Informationspflichten nach der DSGVO: u.a. bei Videoüberwachung, Ortsterminen, Bewerbungen und Telefonaten
- Meldepflicht bei Datenpannen - Anforderungen des Bayerischen Landesbeauftragten: Was ist eine Datenpanne?; Wann, wen und wie muss ich darüber informieren?
- Haftungsfragen: Haftung bei Datenschutzverstößen; mögliche Sanktionen für Behörden und ihre Beschäftigten

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-DSA029>

Zielgruppe: Behördliche Datenschutzbeauftragte sowie Amts-, Abteilungs- und Sachgebietsleiter und sonstige Führungskräfte bayerischer öffentlicher Stellen (insbesondere von Gemeinden, Landratsämtern und Landkreisen)

Mitzubringende Arbeitsmittel: Datenschutzgrundverordnung, Bayerisches Datenschutzgesetz

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
30.03.2020	30.03.2020	München	280,00 €	Herr Dr. Thomas Schwabenbauer
07.12.2020	07.12.2020	München	280,00 €	Herr Dr. Thomas Schwabenbauer

Themenbereich Datenschutz

Datenschutz in bayerischen öffentlichen Schulen

DSA031

Die datenschutzrechtlichen Anforderungen an Schulen - sowohl für den Bereich der Verwaltung als auch für die Unterrichtsgestaltung - werden immer größer. Das Seminar vermittelt die diesbezüglichen Grundlagen für bayerische öffentliche Schulen. Die Einflüsse der EU-Datenschutzgrundverordnung auf die Schulfamilie werden ebenso thematisiert wie die Datenschutzregelungen im Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetz, die Vorgaben des Bayerischen Datenschutzgesetzes und die einschlägigen Verlautbarungen des Ministeriums. Anhand von Fallbeispielen wird das nötige Wissen vermittelt, damit künftig Datenschutzprobleme vor Ort rechtzeitig erkannt und kompetent gelöst werden können.

Schwerpunkte:

- Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung in der Schule
- Personenbezogene Daten und praktische Relevanz des Datenschutzes im Schulalltag: u. a. Außendarstellung durch Schulhomepage und Social-Media-Auftritte; Notenverwaltung; Umgang mit Schülerunterlagen; Datenverarbeitung zur Unterrichtsgestaltung; Kontakte mit Eltern
- Datenschutzrechtliche Verantwortung der Schulfamilie: Rektoren; Lehrer; behördliche Datenschutzbeauftragte; Eltern; Schüler; Elternbeirat
- Organisatorische Folgen einer Datenverarbeitung: Informationspflichten; Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten; Auftragsverarbeitung
- Basisinformationen zum technisch-organisatorischen Datenschutz

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-DSA031>

Zielgruppe: Rektoren, Lehrer, Datenschutzbeauftragte an Schulen

Von		Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
20.11.2019		20.11.2019	München	245,00 €	Herr Dr. Thomas Schwabenbauer
18.11.2020		18.11.2020	München	255,00 €	Herr Dr. Thomas Schwabenbauer

Themenbereich Datenschutz

Datenschutz-Audit nach EU-DSGVO und ISO/IEC 27001/BSI

DSA032

Für jedes Unternehmen und jede Behörde, das / die personenbezogene Daten verarbeitet, ist ein Datenschutzmanagementsystem bedeutsam, auch mit Blick auf die seit dem 25. Mai 2018 umzusetzende EU-Datenschutz-Grundverordnung. Im Seminar lernen die Teilnehmenden das BSI IT-Grundschutz-Kompendium kennen, welches ein geeignetes Verfahren bietet, nach dem Stand der Technik entsprechende Maßnahmen (TOM) zur Informations- und Datensicherheit umzusetzen. Dazu gehört auch, ein Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten aufzustellen und ggf. eine Risikoanalyse und Datenschutz-Folgenabschätzung durchzuführen. Auf der Grundlage des BSI IT-Grundschutz-Kompendiums lernen die Teilnehmenden, ein Audit zur systematischen Verbesserung des Datenschutzes einzusetzen. Nach dem Seminar werden sie in der Lage sein, Schwachstellen innerhalb ihres Unternehmens/ihrer Behörde zu erkennen, kontinuierliche Verbesserungen zu erzielen und eine Gesamtbewertung über die Datenschutzorganisation abzugeben.

Schwerpunkte:

- BSI IT-Grundschutz-Kompendium: Baueinstruktur und -inhalte (System und Prozessbausteine: z. B.: Datenschutz, Datensicherheit und Datenschutzmanagement)
- Datenschutz-Audit: Durchführung, Planung und Anforderungen, Methoden, Fragetechniken und Checklisten

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-DSA032>

Zielgruppe: Datenschutzbeauftragte sowie IT-Verantwortliche und Informationssicherheitsbeauftragte, IT-Führungskräfte, Managementbeauftragte sowie Projektleiter

datenschutz audit dsgvo iso iec

Von
27.01.2020

Bis
27.01.2020

Seminarort
Nürnberg

Preis
255,00 €

Referent/in
Herr Kai Reichardt

Wie hält man einen Vortrag so, dass es Spaß macht zuzuhören und die Zuhörer möglichst viel verstehen und behalten? Welche Vorbereitung ist ausreichend und effektiv? Welche Tricks gibt es, im Unterricht langweilige Themen interessant zu machen? Wie überwindet man eigene Ängste? Wie sollten Hilfsmittel eingesetzt werden? Wie ist das Publikum am besten zu erreichen und zu begeistern? Antworten auf diese Fragen werden in der Gruppe erarbeitet. Im Seminar werden wesentliche Fähigkeiten vermittelt, um einen freien Vortrag halten zu können und dabei auch mit den Zuhörern ins Gespräch zu kommen. Die Teilnehmer erhalten Gelegenheit, sich auszuprobieren und Ängste abzubauen. Es erfolgt eine videogestützte Analyse der Beiträge. Theoretische Grundlagen werden an praktischen Beispielen vermittelt. Ziel ist es insbesondere, die individuellen Stärken der Teilnehmer herauszufinden und zu nutzen sowie die vorhandenen Fähigkeiten zu steigern und entsprechendes Wissen zu vertiefen.

Schwerpunkte:

- Einführung in die Grundlagen der Lernpsychologie
- Vorbereitung der Inhalte
- Besonderheiten bei Vortrag, Präsentation und Unterricht
- Einsatz von Körpersprache und Rhetorik
- Tipps zum Lehrmitteleinsatz (Tafel, Overhead, Flipchart, MS PowerPoint)
- Planspiele mit den Teilnehmern - Kennenlernen der eigenen Stärken
- Umgang mit Lampenfieber und Nervosität
- Videoanalyse

Anmeldung im Internet unter

<https://www.kbw.de/-FUA032>

Zielgruppe: Personen, die im beruflichen Umfeld Wissen, Inhalte und Fähigkeiten an Gruppen vermitteln müssen.

Von
25.06.2020

Bis
26.06.2020

Seminarort
Nürnberg

Preis
455,00 €

Referent/in
Frau Ina von der Wense

Während im Seminar „Vortrag, Präsentation und Unterricht - Inhalte und Wissen kompetent vermitteln, Code: FUA032“ Grundlagen erarbeitet werden, geht es in diesem Workshop um das Schärfen des eigenen Profils. Gewohnte Pfade verlassen, Neues ausprobieren und sich einfach auf Situationen einlassen, ist im beruflichen Alltag kaum möglich. In dem geschützten Raum des Seminars sollen daher von der Schauspieltechnik inspirierte Improvisations-, Partner- und Gruppenübungen die eigene Präsenz, die Ausdrucksfähigkeit und das Durchsetzungsvermögen stärken. Der Workshopcharakter gibt Raum, auch Individuelles wie Ängste, Nervosität, Schüchternheit sowie Blockaden und Hemmungen gezielt, aber auch spielerisch zu thematisieren.

Schwerpunkte:

- Eigene Präsenz steigern
- Freies Sprechen trainieren
- Durchsetzungsvermögen und Prägnanz entwickeln
- Improvisation mit bekannten Themen
- Visualisierung mit Sprache

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-FUA032W>

Zielgruppe: Teilnehmer, die das Seminars FUA032 besucht haben oder gleichwertige Kenntnisse mitbringen; interessierte Personen, die ihre Fähigkeiten rund um Vortrag, Unterricht und Präsentation weiterentwickeln möchten

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
19.12.2019	20.12.2019	Nürnberg	410,00 €	Frau Ina von der Wense
22.07.2020	23.07.2020	Nürnberg	455,00 €	Frau Ina von der Wense

Themenbereich Führung und Steuerung

Controlling für Führungskräfte: Praxiswissen, Erfolgspotenziale, Umsetzungstipps

FKB056B

Controlling gewinnt aufgrund zunehmender Entscheidungskomplexität im öffentlichen Bereich weiter an Bedeutung - Führungskräfte profitieren von zentralem und dezentralem Einsatz von Controlling. Im Workshop wird aktuelles Grundlagenwissen aus der Praxis für die Praxis vermittelt und hierbei speziell auf den Entscheidungs- und Unterstützungsbedarf der Führungsebenen und der Politik eingegangen. Was soll Controlling für die Führung leisten? Wie ist Controlling am Besten zu organisieren? Welche Zuständigkeiten benötigt Controlling? Unter welchen Rahmenbedingungen stellen sich schnelle Erfolge und Nutzensvorteile ein? Wie erhalten die Ämter und Fachbereiche bestmögliche Controlling-Unterstützung? Welche Erfahrungen liegen in anderen Verwaltungen vor (Best Practices)? Wie ermöglicht Controlling über Ziele und Kennzahlen die Steuerung von Leistungen und Finanzen? Was beinhaltet ein aussagekräftiges, effektives Berichtswesen? Der Workshop richtet sich exklusiv an alle interessierten Führungskräfte, die Controlling weiterentwickeln wollen und hierfür Praxiswissen benötigen. Er bietet Gelegenheit, mit anderen Führungskräften Controlling-Erfahrungen zu diskutieren und neue Erkenntnisse zu gewinnen.

Schwerpunkte:

- Ziele, Formen und Aufbau von Controlling
- Vom Finanzcontrolling zur ganzheitlichen Steuerungsunterstützung
- Strategieentwicklung und wirkungsorientierte Steuerung mit Controlling
- Ausgewählte Controlling-Instrumente im Überblick
- Den neuen Haushalt produktbezogen planen und steuern: wesentliche Controllingaufgaben
- Führung und Controlling als Dreamteam: Erfolgsfaktoren für die Zusammenarbeit
- Optionen und Gestaltungstipps für ein individuelles Berichtswesen
- Ziele, Kennzahlen und KLR als Controllingaufgaben
- Führungs- und Controllingsoftware: Einsatzmöglichkeiten und -voraussetzungen
- Diskussionen/Lösungsansätze für individuelle Controlling-Fragestellungen

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-FKB056B>

Zielgruppe: Bürgermeister, Landräte, Dezernenten, Amtsleiter oder Referenten. Der Workshop richtet sich ausschließlich an diese Führungsebenen.

Von
13.02.2020

Bis
14.02.2020

Seminarort
Frankfurt am Main

Preis
455,00 €

Referent/in
Herr Ralf Günther

Themenbereich Führung und Steuerung

Die Führungskraft als Coach? - Personalentwicklung mit Methoden des Coachings

FKB112

Eine wesentliche Aufgabe von Führungskräften ist es, Mitarbeiter zu entwickeln und bei der Erreichung ihrer Ziele zu unterstützen. Das dient nicht zuletzt der eigenen Entlastung. Im Seminar wird erörtert, inwieweit eine Führungskraft ihre Mitarbeiter "coachen" kann, ohne notwendigerweise selbst ausgebildeter Coach zu sein. Die teilnehmenden Führungskräfte trainieren im Seminar den effektiven und präzisen Einsatz geeigneter Methoden und Gesprächsführungstechniken aus dem Coaching für die Entwicklung von Mitarbeitern. Ziel für die Teilnehmenden ist es zu lernen, u. a. anhand motivierender und lösungsorientierter Interventionen souverän auf Mitarbeiter einzugehen und sie in schwierigen Situationen adäquat beraten, unterstützen, fördern und somit entwickeln zu können.

Schwerpunkte:

- Die Rolle der Führungskraft als Coach - was bedeutet das konkret?: Abgrenzung; ressourcenorientierte Haltung; Feedback; Entwicklungsziele und Potenziale wahrnehmen
- Abgrenzung: Was kann die Führungskraft in ihrer Rolle aus dem klassischen Coaching anwenden?
- Was kann durch eine ressourcenorientierte Haltung erreicht werden?: Förderung der Eigenverantwortlichkeit; Motivations- und Effizienzsteigerung; Abbau von Unsicherheit
- Auftragsklärung: vom Problem zum Ziel
- Methoden und Techniken: motivierende Gesprächsführung und systemische Fragetechniken

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-FKB112>

Zielgruppe: Erfahrene Führungskräfte aller Bereiche, die anhand von Coachingelementen ihr Führungsverhalten optimieren möchten

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
01.04.2020	02.04.2020	Frankfurt am Main	425,00 €	Frau Felicia Vollkammer

Erst wenn es einer Führungskraft gelingt, Mitarbeiter auf dem Weg zur Veränderung „mitzunehmen“, kann die geplante Veränderung zu einem echten Erfolg werden. In diesem Seminar lernen die Teilnehmer, einfach zu handhabende Methoden und Vorgehensweisen anzuwenden, die ihnen dabei helfen, den Veränderungsprozess erfolgreich zu gestalten. Es wird aufgezeigt, wie man ein Team motivieren und überzeugen kann und wie konstruktiv mit Widerstand umgegangen werden kann. Am Ende sind die Teilnehmer in der Lage, effizienter zu führen, indem sie die Kräfte im Team für ihr Anliegen nutzen.

Schwerpunkte:

- Wie werden Ziele und deren Einflussfaktoren dargestellt?
- Wie können Angst und Unsicherheit von Anfang an reduziert werden?
- Wie wird Betroffenheit durch Individualisierung erzeugt?
- Wie werden Visionen entwickelt?
- Wie kann verdeckter Widerstand wahrgenommen werden?
- Wie können Mitarbeiter durch Coaching-Fragen unterstützt werden?
- Wie kann die Autoritätsstruktur im Team für das eigene Anliegen genutzt werden?
- Wie können Mitarbeiter vor negativen Beeinflussungen geschützt werden?
- Wie können Personen außerhalb des Teams mithilfe der Kraftfeldanalyse genutzt werden?

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-FKB128Z>

Zielgruppe: Führungskräfte aus öffentlichen Verwaltungen und kommunalen Betrieben, die ihre Mitarbeiter auf dem Weg der Veränderung mitnehmen wollen

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
02.12.2019	03.12.2019	Frankfurt am Main	445,00 €	Frau Susanne Kaludra
08.06.2020	09.06.2020	Frankfurt am Main	475,00 €	Frau Susanne Kaludra
01.12.2020	02.12.2020	Frankfurt am Main	475,00 €	Frau Susanne Kaludra

Themenbereich Führung und Steuerung

Erfolgreich Führungskräfte führen

FKB165

Führungskräfte sind Entscheider, Anweiser, Multiplikatoren und Motivatoren. Das macht sie besonders wichtig für den Unternehmenserfolg. Wer selbst Führungskräfte führt, sollte sich der besonderen Bedeutung dieser Aufgabe bewusst sein, denn das Führen von Führungskräften bietet besondere Chancen und bringt zugleich vielfältige Herausforderungen mit sich. Zu den Chancen gehört die Möglichkeit, Führungskräfte zu hoher Verantwortungsbereitschaft, zu ausgeprägtem Engagement und unternehmerischem Denken und Handeln bringen zu können. Zu den Herausforderungen zählen die Anforderungen der geführten Führungskräfte an eine ausgefeilte Führungstechnik ihnen gegenüber, da sie sich selbst oft in einer Sandwich-Position befinden und die Schwierigkeiten dieses Beziehungsgeflechts im Umgang berücksichtigt wissen wollen. In diesem Workshop erweitern die Teilnehmer ihr Repertoire an Führungs- und Kommunikationstechniken und lernen, sie erfolgreich anzuwenden.

Schwerpunkte:

- Analyse des eigenen Führungsstils mit Blick auf nachrangige Führungskräfte
- Vom Coachen, Delegieren und Reinregieren
- Nicht einfach: die Sandwich-Position der Führungskräfte
- Die Denk- und Entscheidungsmuster von Führungskräften
- Bedeutung und Einsatz der weichen Faktoren in der Mitarbeiterführung
- Das unternehmerische Denken und Handeln der Führungskräfte entwickeln
- Behandeln von schwierigen Sandwich-Situationen der Führungskräfte
- Ganzheitliches Denken
- Aufbau einer Vertrauenskultur und Gestaltung von Beziehungen
- Entwicklung von leistungsstarken, zuverlässigen Führungskräften: Aufbau einer leistungsorientierten Firmenkultur

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-FKB165>

Zielgruppe: Geschäftsführer und Vorgesetzte von Führungskräften

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
09.03.2020	09.03.2020	Frankfurt am Main	455,00 €	Herr Dr. Peter Hasbach
21.09.2020	21.09.2020	Frankfurt am Main	455,00 €	Herr Dr. Peter Hasbach

Themenbereich Führung und Steuerung

Psychologisches Basiswissen für Führungskräfte in der öffentlichen Verwaltung

FKB166

Die unabdingbare Voraussetzung, als Führungskraft nicht nur seine eigenen Mitarbeiter erfolgreich motivieren und konstruktiv kritisieren zu können, sondern im Gegenzug auch mit Kritik an der eigenen Person reflektiert umgehen zu können, stellt eine zentrale Herausforderung im Führungsalltag dar. In diesem Seminar erfahren die Teilnehmenden, was es heißt, im Sinne psychologischer Grundbedürfnisse effizient zu führen. Der Inhalt zielt auf die Vermittlung praktisch anwendbarer und theoretisch fundierter Verhaltensempfehlungen im Mitarbeiterführungskontext ab. Die Teilnehmenden lernen und trainieren anhand von Fallbeispielen, wie sie mit psychologischem Sachverstand klug und selbstsicher agieren können. Die Bereitschaft Feedback zu geben und aufzunehmen, ist ein wichtiger Bestandteil dieses Seminars.

Schwerpunkte:

- Psychologische Grundbedürfnisse als Grundlage effizienter Führung
- Motivation von Mitarbeitern verstehen
- Die eigene Menschenkenntnis stärken
- Schaffen einer Atmosphäre der Offenheit für Feedback und Kritik
- Umgang mit Kritik an der eigenen Person

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-FKB166>

Zielgruppe: Führungskräfte und Personalverantwortliche aus der öffentlichen Verwaltung

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
03.02.2020	05.02.2020	Frankfurt am Main	595,00 €	Frau Felicia Vollkammer

Themenbereich Führung und Steuerung

Rhetorik für politische Mandatsträger und Verbandsvertreter

FKB184

Ob bei Konferenzen, Besprechungen, Meetings oder öffentlichen Auftritten: Für Präsentationen, freie Reden, Vorträge oder Pressestatements sind eine optimale Rhetorik und eine angemessene Körpersprache unabdingbare Erfolgsfaktoren. In diesem Workshop trainieren die Teilnehmer, ihre Gedanken gut strukturiert, rhetorisch klar und überzeugend darzulegen. Sie lernen, wie es ihnen gelingt, glaubwürdig zu bleiben, in angespannten Situationen die richtigen Worte zu finden, bei Meinungsverschiedenheiten verständnisvoll, aber zielgerichtet zu formulieren und mit den Herausforderungen eines öffentlichen Auftritts souverän umgehen zu können. Anhand verschiedener Techniken arbeiten die Teilnehmer daran, Sicherheit für unterschiedliche Redesituationen zu gewinnen und ihren persönlichen Auftritt ganzheitlich zu optimieren.

Schwerpunkte:

- Erfolgsfaktoren der Kommunikation
- Wirkungsmechanismen in der Kommunikation
- Argumentationstechniken - logische und psychologische Strategien
- Kurzstatements wirkungsvoll präsentieren
- Umgang mit Nervosität
- Kritik, Einwände und Widerstände gekonnt überwinden

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-FKB184>

Zielgruppe: Politische Mandatsträger und Verbandsvertreter, Führungskräfte

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
17.03.2020	19.03.2020	Frankfurt am Main	595,00 €	Herr Christian Mankel
15.09.2020	17.09.2020	Frankfurt am Main	595,00 €	Herr Christian Mankel

Themenbereich Fachübergreifende Seminare

Fortbildung zum innerbetrieblichen/innerbehördlichen Konfliktlotsen

FUE050

Innerbetriebliche Konfliktlotsen sind ausgebildete Ansprechpartner in Verwaltungen und Unternehmen, die Konfliktsituationen frühzeitig erkennen und den Konfliktparteien dabei helfen, diese aus einer möglichst neutralen Position heraus konstruktiv zu bearbeiten. Sie sind geschäftstechnisch versiert, beherrschen eine vorbildliche Feedback-Kultur und setzen in ihrer Funktion gezielte Problemlösungstechniken ein. Ihr Ziel ist es, eine Eskalation von Konflikten sowie damit verbundene Demotivation und negative Ressourcenbindung zu vermeiden. In diesem Fachseminar werden den Teilnehmern anhand praktischer Übungen die notwendigen Kompetenzen vermittelt, um Konflikte erkennen, einordnen und vermittelnd lösen zu können. Hierauf aufbauend dient das Spezialseminar (Code: FUE051) dazu, bearbeitete Praxisfälle zu besprechen, gemeinsam zu reflektieren und mit supervisorischem Ansatz nachzubearbeiten.

Schwerpunkte:

- Rollenklärung und Aufgaben von innerbetrieblichen Konfliktlotsen
- Frühzeitiges Erkennen und Einordnen von Konflikten - Konflikt-Eskalationsstufen
- Erarbeiten einer lösungsorientierten Verhandlungshaltung anhand des Harvard-Konzepts
- Reflexion unterschiedlicher Konfliktstile
- Gesprächs- und Konfliktmanagementtechniken (u. a. gewaltfreie Kommunikation, Krisenintervention)
- Mobbing erkennen und vermeiden
- Grenzen einer Konfliktlösung über Lotsen - möglicher weiterer Verfahrensablauf

Anmeldung im Internet unter

<https://www.kbw.de/-FUE050>

Zielgruppe: Personalrat- und Betriebsratsmitglieder, Jugend- und Ausbildungsvertreter, Gleichstellungsbeauftragte, Vertrauenspersonen, Mitarbeiter und sonstig Interessierte

Von
26.11.2019

Bis
27.11.2019

Seminarort
Frankfurt am Main

Preis
455,00 €

Referent/in
Herr Tilman Schulze

Themenbereich Fachübergreifende Seminare

Innerbetriebliche/innerbehördliche Konfliktlotsen - Reflexion von Praxisfragen und Problemstellungen, Erarbeiten von Lösungsansätzen

FUE051

In Verwaltungen und Unternehmen tätige Konfliktlotsen haben in diesem Spezialseminar die Möglichkeit, individuelle Fälle aus der Praxis zu reflektieren. Mittels Fallbesprechungen und Simulationen werden konkrete Konfliktsituationen intensiv bearbeitet, unterschiedliche Lösungsansätze durchgespielt und das Ergebnis visualisiert. Hierbei werden die Erfahrungen der einzelnen Teilnehmer als wertvolle Ressource intensiv eingebunden, mit dem Ziel, die erlernten Kompetenzen noch sicherer einsetzen zu können. Ergänzend wird im Seminar reflektiert, in welchen Fällen die Grenzen des Konfliktlotsen-Systems erreicht sind und vorgestellt, wie weiterführende Konfliktlösungsverfahren aussehen bzw. welche Anlaufstellen es hierfür gibt. Die Teilnehmer werden gebeten, ihre Praxisfälle bis 14 Tage vor der Veranstaltung beim KBW e. V. einzureichen.

Schwerpunkte:

- Reflexion und Fachaustausch zu relevanten Praxiserfahrungen von Konfliktlotsen
- Individuelle Fallbesprechung konkret bearbeiteter Konfliktfälle
- Simulation von Gesprächssituationen mit Analyse/Feedback zu Gesprächsführung und Körpersprache
- Reflexion alternativer Herangehensweisen und Ansätze
- Thematisierung von Glaubenssätzen und festgefahrenen Verhaltensmustern
- Visualisierungsmöglichkeiten
- Alternativen zum Konfliktlotsen-System - Verfahren und Anlaufstellen

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-FUE051>

Zielgruppe: Personen, die als Konfliktlotsen in Verwaltungen tätig sind und/oder das Fachseminar Code: FUE050 besucht haben

Von
11.05.2020

Bis
11.05.2020

Seminarort
Frankfurt am Main

Preis
280,00 €

Referent/in
Herr Tilman Schulze

Mind Mapping beschreibt eine Visualisierungstechnik, die primär zum Strukturieren von Ideensammlungen und zum Entwickeln von Themengebieten genutzt wird. Große Themenbereiche können mithilfe von Mind Mapping visuell einprägsam in überschaubare Einzelbereiche gegliedert werden. Hierdurch werden immanente Zusammenhänge schneller sichtbar, ihr Verstehen sowie das hierauf gründende Weiterentwickeln und umfassende Erschließen eines gesamten Themenfelds erleichtert. Die Kreativmethode eignet sich somit als ideales Tool in der Projektentwicklung, im Innovationsmanagement, für Besprechungen oder in der Weiterbildung. Im Workshop lernen die Teilnehmer die Methode und ihre wichtigsten Regeln kennen und erarbeiten anhand praktischer Übungen eigene Mind Maps auf Papier sowie digital.

Schwerpunkte:

- Einführung in die Methode des Mind Mappings
- Einsatzmöglichkeiten
- Brainstorming
- Besprechungs- und Vortragsvorbereitung
- Visualisieren von (komplexen) Informationen
- Planen und Organisieren
- Erstellen von Mind Maps auf Papier (analog) und digital
- Übersicht über Mind-Map-Programme

Anmeldung im Internet unter

<https://www.kbw.de/-FUE248>

Zielgruppe: Führungskräfte und Mitarbeiter, die Projekte managen, Besprechungen leiten, Ideensammlungen strukturieren, Innovationen einführen, (Gesetzes-)Texte analysieren; sonstig Interessierte

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
21.11.2019	21.11.2019	Nürnberg	280,00 €	Herr Thomas Pfister
02.07.2020	02.07.2020	Nürnberg	280,00 €	Herr Thomas Pfister
12.11.2020	12.11.2020	Nürnberg	280,00 €	Herr Thomas Pfister

Themenbereich Fachübergreifende Seminare

Einführung in die deutsche Rechtsordnung und das Sozialstaatsprinzip - ein Seminar für Berater im sozialen Bereich

SOA057

Das Seminar gibt einen allgemeinen Überblick über die Rechtsordnung in der Bundesrepublik. Es werden die Grundlagen für die Rechtsanwendung vermittelt. Die Unterscheidung zwischen dem Privat-(Zivil-) Recht und dem öffentlichen Recht, das Über- und Unterordnungsverhältnis (Subordination), der "Verwaltungsakt", Rechtsbehelfe (Widerspruch) und der Rechtsweg werden ausführlich erläutert. Da sich das Seminar insbesondere an Mitarbeiter der sozialen Bereiche richtet, die eine beratende Tätigkeit ausüben, wird ein besonderer Schwerpunkt auf das Sozialstaatsprinzip gelegt und sozialrechtliches Basiswissen (Ansprüche, Antragsverfahren, Verwaltungsakt und Rechtsbehelfe) vermittelt.

Schwerpunkte:

- Die deutsche Rechtsordnung
- Die Gewaltenteilung
- Das Sozialstaatsprinzip
- Objektives - subjektives Recht
- Privat- und öffentliches Recht
- Der "Verwaltungsakt" und der "Widerspruch"
- Deutsches Recht / Europäisches Recht
- Die Rechtsanwendung
- Die Sozialgesetzbücher (SGB I bis SGB XII) - Übersicht, Aufbau, Leistungsarten
- Rechtsgrundlagen für öffentliche Beratungsstellen
- Umfang und Grenzen der Beratung

Anmeldung im Internet unter

<https://www.kbw.de/-SOA057>

Zielgruppe: Mitarbeiter in Beratungsstellen, Verwaltungen, Vereinen und Einrichtungen, die über keine juristische Ausbildung verfügen, zur erfolgreichen Ausübung ihrer Tätigkeit aber sichere Kenntnisse der Rechtsordnung der BRD benötigen; sonstige Interessenten

deutsche rechtsordnung sozialstaatsprinzip

Von 18.11.2019 Bis 19.11.2019

Seminarort
Nürnberg

Preis
370,00 €

Referent/in
Herr Peter Breit

In diesem Seminar wird das Instrument der Nachhaltigkeitssatzung dargestellt und deren Wirkungspotenzial anhand von Beispielen aufgezeigt. Gegenstand ist u. a. der Generationenbeitrag als Anreizmechanismus der doppischen kommunalen Schuldenbremse sowie die Bürgerdividende. Neben den Stärken werden auch die Schwächen einer zur Herstellung finanzieller Nachhaltigkeit beschlossenen Nachhaltigkeitssatzung vorgestellt. Zudem erhalten die Teilnehmenden eine Arbeitshilfe, mit der beispielsweise in Haushaltsverhandlungen die Auswirkungen von angenommenen oder verweigerten Konsolidierungsvorschlägen transparent gemacht werden können.

Schwerpunkte:

- Allgemeines und Hintergründe
- Bedeutung der finanziellen Nachhaltigkeit
- Nachhaltigkeitssatzung im Haushaltsrecht
- Aufbau, Funktionen sowie Umsetzung einer Nachhaltigkeitssatzung
- Eckpunkte einer Nachhaltigkeitssatzung
- Erstellungsprozess
- Stärken und Schwächen einer Nachhaltigkeitssatzung
- Arbeitshilfe für Haushaltsverhandlungen

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-HKA125>

Zielgruppe: Fach- und Führungskräfte, die mit der Haushaltskonsolidierung beauftragt werden und die in den Haushaltsaufstellungsprozess involviert sind; politische Akteure

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
09.09.2020	09.09.2020	Frankfurt am Main	255,00 €	Herr Stephan Schneider

Nicht nur in Deutschland, sondern europaweit kommt die elektronische Rechnung zur Umsetzung. Die Voraussetzungen hat die Bundesregierung mit der E-Rechnungs-Verordnung für das öffentliche Auftragswesen des Bundes geschaffen. Danach müssen Rechnungsempfänger wie auch Rechnungssteller die elektronische Rechnungsstellung anwenden. Die Regelungen treten in mehreren Stufen in Kraft. Seit November 2018 findet sie bei allen Bundesministerien und Verfassungsorganen Anwendung. Es folgen weitere subzentrale öffentliche Auftraggeber. Ab dem 27. November 2020 werden dann keine papiergestützten Rechnungen mehr akzeptiert. In diesem Seminar werden der aktuelle Stand der Entwicklung und ein Fahrplan zur Umsetzung aufgezeigt. Es wird genügend Raum für die Diskussion eigener mitgebrachter Fragestellungen gegeben.

Schwerpunkte:

- Rechtliche Grundlagen
- Elektronische Rechnungsstempel
- Checklisten
- Scannen von Rechnungen
- Duplikate/Kopien bei elektronischen Rechnungen
- Rechnungsformate
- Archivierung
- Anforderungen an Aussteller und Empfänger
- Vor- und Nachteile der elektronischen Rechnung
- Überblick zu Datenschutz und Datensicherheit bei elektronischen Rechnungen

Anmeldung im Internet unter

<https://www.kbw.de/-HKB025>

Zielgruppe: Mitarbeiter des Bundes im öffentlichen Auftragswesen von Bundesministerien, Verfassungsorganen, subzentralen öffentlichen Auftraggebern, Sektorenauftraggebern, Konzessionsgebern; Rechnungssteller

Von 14.11.2019 Bis 14.11.2019

Seminarort
Nürnberg

Preis
240,00 €

Referent/in
Frau Beate Behnke-Hahne

Mit der Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens verändern sich die Rahmenbedingungen und Planungsgrundlagen des Haushalts in mehrfacher Hinsicht. Der neue produktorientierte Kommunalhaushalt nach den Regelungen der Gemeindehaushaltsverordnung Doppik (GemHVO-Doppik) erfordert die Integration verschiedenster Verfahren und Reforminstrumente, um erfolgreich mit diesen zu steuern. Hierzu zählen neue strategische Formen der Haushaltsberatung, der Aufbau eines ganzheitlichen Zielsystems, das Produktmanagement, das Controlling und die Budgetierung, um nur einige Beispiele zu nennen. Vor allem der Planungsprozess des Haushalts benötigt heute in vielen Kommunen eine neue Ausrichtung und Gestaltung, um mit dem doppelischen Produkthaushalt tatsächlich ergebnisorientierte Haushaltsplanung anstatt reiner Fortschreibungsplanung zu erreichen und damit politische Zielsetzungen umzusetzen. Diese Integration unterschiedlichster Instrumente der Haushaltsplanung und -steuerung stellt die Verwaltungsspitze, das Finanzmanagement und jede Führungskraft der Verwaltung mit Budget- und Produktverantwortung vor neue Herausforderungen. Im Fachseminar wird in einer Praxisübung Gelegenheit geboten, Optimierungsansätze für die eigene Verwaltung zu erarbeiten.

Schwerpunkte:

- Inhalte der Haushaltsplanung und -steuerung
- Grundzüge einer integrierten Haushaltsplanung in der Doppik
- Gestaltung der strategischen und operativen Haushaltsplanung in der Praxis
- Weiterentwicklung des Budgetierungssystems
- Produkte effektiv planen und steuern
- Die Kosten- und Leistungsrechnung zur Planung zielgerichtet einsetzen
- Führungs- und Controllingaufgaben
- Praxisübung: den eigenen Haushalt effektiver planen und steuern

Anmeldung im Internet unter

<https://www.kbw.de/-HKB055>

Zielgruppe: Bürgermeister, Dezernenten, Kämmerer, Fachbereichsleiter und Führungskräfte aller Funktionsebenen mit Budget- oder Produktverantwortung; Controller aller Fachebenen, Projektleiter und Projektmitarbeiter mit Budgetverantwortung, die Interesse haben, sich grundlegende Kenntnisse der neuen Haushaltsplanung und -steuerung anzueignen oder diese zu vertiefen

Von
26.03.2020

Bis
27.03.2020

Seminarort
Frankfurt am Main

Preis
400,00 €

Referent/in
Herr Ralf Günther

Themenbereich Buchführung und Bilanz / Kosten- und Leistungsrechnung

Betriebswirtschaftliche Auswertungen (BWA), Bilanzen, GuV, EÜR richtig lesen und interpretieren

BWA119

Die Teilnehmer werden befähigt, Betriebswirtschaftliche Auswertungen (BWA), Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen (GuV) sowie Einnahmen-Überschuss-Rechnungen (EÜR) zu lesen und richtig zu interpretieren. Positionen in den Regelwerken, ihre Bezüge und Unterschiede werden erläutert.

Schwerpunkte:

- Buchführungspflicht
- Unterschiede zwischen Bilanz, einer GuV und EÜR
- Ableitung von Summen- und Saldenlisten
- Struktur und Inhalte der betriebswirtschaftlichen Auswertungen
- Kennzahlen
- Liquidität
- Betriebsausgaben und -einnahmen
- Geldwerte Vorteile
- Umsatzsteuer

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-BWA119>

Zielgruppe: Mitarbeiter aus allen öffentlichen Verwaltungen, die betriebswirtschaftliche Auswertungen lesen, interpretieren und beurteilen können müssen, z. B. Mitarbeiter in SGB-Behörden, Ausländerbehörden, Wohngeldstellen, Ämtern für Ausbildungsförderung

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
09.12.2019	10.12.2019	Frankfurt am Main	370,00 €	Frau Annegret Wieck
07.12.2020	08.12.2020	Frankfurt am Main	400,00 €	Frau Annegret Wieck

Die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage einer Kommune auf der Basis des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens

HKA140N

Die Reform des kommunalen Finanzwesens hat erheblichen Einfluss auf das Instrumentarium und die Kriterien zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Kommune. Das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen stellt neben einer Vielzahl neuer Begriffe, zahlreiche Instrumente zur Verfügung, die verstanden und angewendet werden müssen. Ausgangspunkt für die Lagebeurteilung der Kommune ist der kommunale Jahresabschluss. Daneben sind die wirtschaftlichen Aktivitäten der Kommunen und ihrer ausgelagerten Bereiche in einem Gesamtabschluss darzustellen. Im Lichte dieser Entwicklungen werden in dem Spezialseminar die Bedeutung, Instrumente und Methoden einer zeitgemäßen Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Städte, Gemeinden und Kreise vorgestellt und mit den Teilnehmern lösungsorientiert erörtert.

Schwerpunkte:

- Die "dauernde Leistungsfähigkeit" und ihre Bedeutung für die Kommune
- Instrumente und Funktionsweisen des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens (produktorientierter Haushaltsplan und Jahresabschluss, Gesamtabchluss, Beteiligungsbericht)
- Beurteilung der wirtschaftlichen Lage auf Grundlage geeigneter Bilanzkennzahlen im Jahresabschluss der Kommune, der kommunalen Unternehmen und des Gesamtabchlusses (Jahresabschlussanalyse)
- Ansätze für Aufgabenkritik/Haushaltskonsolidierung
- Aufbau von Ziel- und Kennzahlensystemen zur kommunalen Haushalts- und Konzernsteuerung
- Verbesserung der Aussagekraft von Haushaltsplan, Jahresabschluss und Beteiligungsbericht und weitere Nutzung der Analyseergebnisse

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-HKA140N>

Zielgruppe: Mitarbeiter der Kämmereien, der Aufsichtsbehörden und von Rechnungsprüfungsämtern sowie am Seminarinhalt interessierte Mandatsträger. Zwingende Voraussetzung für die Teilnahme sind Grundkenntnisse über das Neue Haushalts- und Rechnungswesen der Kommunen.

Mitzubringende Arbeitsmittel: Gemeindeordnung und Gemeindehaushaltsverordnung des jeweiligen Bundeslandes, Taschenrechner

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
10.12.2019	11.12.2019	Frankfurt am Main	370,00 €	Frau Carmen Möller
15.06.2020	16.06.2020	Frankfurt am Main	400,00 €	Frau Carmen Möller
14.12.2020	15.12.2020	Frankfurt am Main	400,00 €	Frau Carmen Möller

Nur wenn Controlling als wesentliches Steuerungsunterstützungssystem der Politik und Verwaltungsführung etabliert ist und mit dieser kooperativ Entscheidungen vorbereiten und zielbezogen in Berichten abbilden kann, wird die neue Form ergebnisorientierter Haushaltssteuerung wirklich dauerhaft gelingen. Bis dahin ist es ein Weg, der nur gemeinsam von allen Verantwortungsträgern beschritten werden kann und der auch neues Denken erfordert. Im Seminar besteht die Möglichkeit, von erfolgreichen kommunalen Praxisbeispielen für Controlling zu lernen und in einem offenen Dialog eigene Erfahrungen zu reflektieren. Gemeinsam sollen Hinderungsgründe identifiziert und Erfolgsfaktoren bestimmt werden. Wesentlicher Bestandteil ist eine Arbeitsphase, in der Gelegenheit besteht, Optimierungsansätze und weitere Grundlagen für das Controllingsystem und Berichtswesen in der eigenen Verwaltung zu erarbeiten.

Schwerpunkte:

- Controlling als unverzichtbarer Baustein für ein erfolgreiches Verwaltungsmanagement
- Vom Finanzcontrolling zur ganzheitlichen Steuerungsunterstützung in 5 Schritten
- Den neuen Haushalt produktbezogen planen und steuern: wesentliche Controllingaufgaben
- Controller als Informationsmanager: Ziele, Kennzahlen, Analysen und Berichte effektiv einsetzen
- Führung und Controlling als Dreamteam: Erfolgsfaktoren für die Zusammenarbeit
- Anforderungen und Optionen für ein individuelles Berichtswesen
- Praxisübung: Entwicklung eines individuellen Controllingsystems mit Berichtswesen

Anmeldung im Internet unter

<https://www.kbw.de/-HKA270>

Zielgruppe: Bürgermeister, Dezernenten, Kämmerer, Fachbereichsleiter, Amtsleiter, Abteilungsleiter und Führungskräfte mit Budget- oder Produktverantwortung, Controller aller Fachebenen. Der Workshop richtet sich an alle Verwaltungen und Entscheidungsträger, die sich mit der Einführung von Controlling und Berichtswesen befassen und dieses vor Ort weiterentwickeln möchten.

Von 08.10.2020 Bis 09.10.2020

Seminarort Frankfurt am Main

Preis 455,00 €

Referent/in Herr Ralf Günther

Aufgrund vielfältiger Finanzströme mit unterschiedlichsten Zahlungseingangs- und -ausgangszeitpunkten ist eine sorgfältige, detaillierte Planung und Steuerung der Liquidität unerlässlich. Dafür müssen Zahlungsströme ermittelt und strukturiert, die Liquiditätsentwicklung überwacht und in die Folgeplanung einbezogen werden. Mit der Finanz- bzw. Liquiditätsplanung können Simulationen sowie aussagefähige, detaillierte Analysen durchgeführt und in ein effektives Frühwarnsystem integriert werden. Eine mittelfristige Finanz- bzw. Liquiditätsplanung dient der Beurteilung von Investitionsvorhaben und hilft Finanzierungsbedarfe sowie -kosten frühzeitig zu erkennen und ggf. zu priorisieren.

Schwerpunkte:

- Haushaltsrechtliche Vorgaben zur Liquiditätsplanung
- Definition des Liquiditätsbegriffs
- Ziele und Aufgaben der Liquiditätsplanung
- Strategische vs. operative Liquiditätsplanung
- Grundschemata der kurzfristigen Liquiditätsplanung
- Rollierende Liquiditätsplanung
- Fehlerquellen und Risiken in der Liquiditätsplanung
- Ergebnishaushalt versus Finanzhaushalt
- Forderungsmanagement
- Liquidität und Investitionen
- Liquiditätsplanung als Instrument eines Frühwarnsystems

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-HKB082>

Zielgruppe: Fach- und Führungskräfte aus der öffentlichen Verwaltung, die mit der Liquiditätsplanung und -steuerung bzw. in Controllingaufgaben eingebunden sind; Mitglieder politischer Gremien

Von		Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
16.12.2019	16.12.2019		Frankfurt am Main	255,00 €	Herr Stephan Schneider
24.06.2020	24.06.2020		Frankfurt am Main	255,00 €	Herr Stephan Schneider

Auf die rund 97 Prozent der bayerischen kreisangehörigen Städte und Gemeinden, die 2018 Haushalt und Jahresrechnung noch nach kameralen Vorschriften vorlegten, wird ein erheblicher Handlungsbedarf zukommen. Das Haushalts- und Rechnungswesen soll ab 2025 auf europäischer Ebene harmonisiert werden, ein erstes EPSAS-Rahmenkonzept als Grundlage für eine EU-Verordnung EPSAS wurde im Mai 2018 von der EPSAS Working-Group vorgelegt. Da die EPSAS auf doppelter Buchführung basieren, wird ein Umstieg von der Kameralistik auf die Doppik zwangsläufig notwendig sein. Das Fachseminar bietet eine umfassende Einführung in das Neue Kommunale Finanzwesen und vermittelt einen Überblick in die Handlungsfelder der Umstellung von der Kameralistik auf die kommunale Doppik.

Schwerpunkte:

- Notwendigkeit des Übergangs von der Kameralistik zur kommunalen Doppik und der künftige EU-Standard für das kommunale Rechnungswesen (EPSAS/IPSAS)
- Grundbegriffe der kommunalen Doppik: Vermögen/Schulden sowie Ertrag/Aufwand
- Die Technik der kommunalen Doppik
- Produkt- und Kontenrahmen
- Der produktorientierte Ergebnis- bzw. Finanzhaushalt bzw. die produktorientierte Ergebnis-, Finanz- und Vermögensrechnung
- Erfassung und Bewertung des Anlagevermögens
- Erfassung und Bewertung des Umlaufvermögens
- Erfassung und Bewertung von Sonderposten, Rückstellungen und Verbindlichkeiten
- Der Umstellungsprozess von der Kameralistik auf die Doppik

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-HKY001>

Zielgruppe: Kämmerer, Kassenverwalter, Mitarbeiter der Kämmererei in bayerischen Kommunen

Mitzubringende Arbeitsmittel: GO, KommHV-Doppik, ZuVoKommKR (Stand 16.03.2017/31.08.2017), ZuVoKommPrR (Stand 24.08.2016), BewertR

Von
21.04.2020

Bis
22.04.2020

Seminarort
Nürnberg

Preis
400,00 €

Referent/in
Herr Dr. Franz Diring

Auf die rund 97 Prozent der bayerischen kreisangehörigen Städte und Gemeinden, die 2018 Haushalt und Jahresrechnung noch nach kameralen Vorschriften vorlegten, wird ein erheblicher Handlungsbedarf zukommen. Das Haushalts- und Rechnungswesen soll ab 2025 auf europäischer Ebene harmonisiert werden. Ein erstes EPSAS-Rahmenkonzept als Grundlage für eine EU-Verordnung EPSAS wurde im Mai 2018 von der EPSAS Working-Group vorgelegt. Da die EPSAS auf doppelter Buchführung basieren, wird ein Umstieg von der Kameralistik auf die Doppik zwangsläufig notwendig sein. Der Workshop gibt den Verantwortlichen in Politik und Verwaltung einen Überblick über die bei der Umstellung von der Kameralistik auf die kommunale Doppik anstehenden Aufgaben sowie über mögliche Probleme und bietet Gelegenheit für Fragen und Diskussion.

Schwerpunkte:

- Das Neue Kommunale Finanzwesen als Teil des Neuen Steuerungsmodells
- Der produktorientierte Ergebnis- bzw. Finanzhaushalt
- Die produktorientierte Ergebnis-, Finanz- und Vermögensrechnung
- Unterschiede zwischen Kameralistik und Doppik
- Erfassung und Bewertung des Vermögens und der Schulden
- Der künftige EU-Standard für das kommunale Rechnungswesen: EPSAS
- Der Umstellungsprozess von der Kameralistik auf die Doppik

Anmeldung im Internet unter

<https://www.kbw.de/-HKY002>

Zielgruppe: Bürgermeister, Geschäftsstellenleiter, Kämmerer, Leiter der Bauverwaltung, Mitglieder von Ausschüssen und Räten in bayerischen Kommunen

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
04.12.2019	04.12.2019	München	265,00 €	Herr Dr. Franz Diring
13.05.2020	13.05.2020	Nürnberg	280,00 €	Herr Dr. Franz Diring

In Deutschland ist wenig darüber bekannt, dass die Tätigkeit der Arbeitsgruppe zur Entwicklung Europäischer Rechnungslegungsstandards für den öffentlichen Sektor (European Public Sector Accounting Standards oder kurz EPSAS) bereits sehr weit fortgeschritten ist und empfohlen wird, ab 2020 freiwillig einen Haushaltsabschluss gem. IPSAS (International Public Sector Accounting Standards) vorzulegen, bevor dann voraussichtlich ab 2025 die Anwendung der EPSAS verpflichtend wird. Das Fachseminar bietet eine umfassende Einführung in das Thema IPSAS/EPSAS und vermittelt einen Überblick in die Handlungsfelder bei der Anwendung der IPSAS/EPSAS, sowohl bei einem kameralem als auch bei einem doppischen Haushalts- und Rechnungswesen.

Schwerpunkte:

- EPSAS und deren zehnjährige Geschichte!
- Grundzüge der IPSAS/EPSAS
- Ausgewählte Standards zur Bilanzierung und Bewertung
- Komponenten und Darstellung des Einzelabschlusses: Bilanz, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Anhang
- Ist die Anwendung der IPSAS/EPSAS auch bei kameralem Haushalts- und Rechnungswesen möglich?
- Anwendung der IPSAS/EPSAS bei doppischem Haushalts- und Rechnungswesen
- Der Anpassungs- bzw. Umstellungsprozess

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-HKY003>

Zielgruppe: Bürgermeister, Geschäftsstellenleiter, Kämmerer, Kassenverwalter, Leitung des Bauamtes, Mitarbeiter der Kämmererei, Mitglieder von Ausschüssen und Räten, insbesondere bayerischer Kommunen

Von		Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
27.11.2019	28.11.2019		München	370,00 €	Herr Dr. Franz Diring
02.07.2020	03.07.2020		Nürnberg	400,00 €	Herr Dr. Franz Diring

Themenbereich Unterhaltsvorschuss

Systematische Einführung in das Unterhaltsvorschussgesetz - ein Seminar für neue Sachbearbeiter im UVG

JUC020N

Die Ausweitung des Unterhaltsvorschusses ab 01.07.2017 erfordert eine erhebliche Aufstockung von Sachbearbeitern in den Unterhaltsvorschussstellen, die sich aufgrund der zu erwartenden Antragsflut ganz schnell in das Fachgebiet einarbeiten müssen. Diesen neuen Sachbearbeitern werden im Seminar die notwendigen Kernelemente des UVG vermittelt. Sie erhalten darüber hinaus das praktische Handwerkszeug, um die anfallenden Arbeiten selbstständig bewältigen zu können. Zur Kenntnisvertiefung und zu Spezialfragen zum Thema Schnittstellen zwischen UVG und SGB II wird auf das Seminar Code: JUC015 verwiesen.

Schwerpunkte:

- Zielsetzung des Unterhaltsvorschussgesetzes
- Differenzierte Anspruchsvoraussetzungen bei den Leistungsberechtigten von Geburt bis zum 11. Lebensjahr und (erweiterte) Anspruchsberechtigte vom 12. bis zum 18. Lebensjahr
- Das Bewilligungsverfahren
- Wichtige erste Bausteine zur Prüfung und Durchsetzung des übergegangenen Anspruchs des leistungsberechtigten Kindes gem. § 7 UVG

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-JUC020N>

Zielgruppe: Neue Sachbearbeiter der Unterhaltsvorschussstellen, die sich Fachkenntnisse auf dem Gebiet des UVG aneignen wollen

Mitzubringende Arbeitsmittel: UVG-Richtlinien, BGB, Taschenrechner

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
16.03.2020	17.03.2020	Frankfurt am Main	400,00 €	Herr Lars Gottschlich

Themenbereich Unterhaltsvorschuss

Heranziehung nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (§ 7 UVG)

JUC040

Die Einziehung von Forderungen der übergegangenen Unterhaltsansprüche nach dem UVG ist aufgrund der angespannten Lage in den öffentlichen Kassen immer noch von Bedeutung. Seit der Ausweitung des UVG in 2017 kommen Befürchtungen auf, dass der Staat eine Dauerleistung für Kinder erbringt und Unterhaltsschuldner sich gänzlich aus der Pflicht verabschieden. Ziel des Seminars ist es, die Teilnehmer zu befähigen, bereits unmittelbar nach Bewilligung von Unterhaltsvorschussleistungen mit einer effizienten Kosteneinziehung zu beginnen, da bereits in dieser Arbeitsphase die Weichen für den Erfolg gestellt werden.

Schwerpunkte:

- Voraussetzungen für den Übergang der Unterhaltsansprüche nach § 7 UVG
- Zusammenarbeit und Absprachen mit den Anspruchsberechtigten, Rechtsanwälten oder Beiständen
- Strategien zur zügigen Heranziehung aus übergegangenem Recht („der beste Fall ist der Kurzfall“)
- Grundzüge des Unterhaltsrechts
- Verjährung und Verwirkung von Ansprüchen
- Titelschaffung zur Wahrung und Durchsetzung von Ansprüchen
- Aufrechnung von Ansprüchen
- Schnittstellen zum SGB II
- FamFG in Bezug auf UVG

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-JUC040>

Zielgruppe: Sachbearbeiter von Unterhaltsvorschussstellen, die gute Kenntnisse im Bewilligungsverfahren haben

Mitzubringende Arbeitsmittel: BGB, Richtlinien zum UVG (aktueller Stand)

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
27.08.2020	28.08.2020	Frankfurt am Main	400,00 €	Herr Ulrich Lammers

Themenbereich Unterhaltsvorschuss

Unterhaltsvorschuss in der Praxis - aktuelle Entwicklungen, relevante Fallkonstellationen und Lösungen. Ein Seminar für erfahrene Praktiker

JUC060R

Dieses Seminar richtet sich an Sachbearbeiter und Vorgesetzte bzw. Leiter der Unterhaltsvorschussstellen, welche spezielle, vertiefende Fragestellungen diskutieren bzw. durch den Austausch mit anderen Mitarbeitern von Unterhaltsvorschussstellen Lösungsansätze entwickeln möchten. Fragen und Problemstellungen der Teilnehmer können bis 2 Wochen vor Seminarbeginn beim Kommunalen Bildungswerk e. V. eingereicht werden. Im Seminar wird der aktuelle Wissensstand zur Ausweitung des UVG vermittelt, die zum 01.07.2017 in Kraft getreten ist.

Schwerpunkte:

- Erfahrungsauswertung zur Ausweitung des UVG in 2017
- Gibt es noch Altfälle? Was bleibt zu tun? Möglichkeiten des Haushaltsrechts
- Strategische Überlegungen zur Heranziehung gem. § 7 UVG
- Auswertung der aktuellen Rechtsprechung zum Unterhaltsrecht
- Systematische Einarbeitung (Handlungsvorgaben) für neue Mitarbeiter zur Entlastung von erfahrenen Sachbearbeitern und Vorgesetzten

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-JUC060R>

Zielgruppe: Erfahrene Mitarbeiter und Leiter/Vorgesetzte der Unterhaltsvorschussstellen

Mitzubringende Arbeitsmittel: Richtlinien zum UVG

Von
11.05.2020

Bis
12.05.2020

Seminarort
Nürnberg

Preis
400,00 €

Referent/in
Referententeam

Seit seiner Einführung im Jahr 2007 hat das Elterngeld einige Änderungen erfahren. Konfliktfelder zwischen Nichterwerbstätigen (Basiselterngeld), nichtselbstständig Erwerbstätigen und selbstständig Erwerbstätigen erschweren die Bearbeitung. Daran hat auch das Gesetz zur Vereinfachung des Elterngeldvollzugs vom 10.09.2012 nichts geändert. Stattdessen hat das Anliegen nach möglichst flexibler partnerschaftlicher Kinderbetreuung durch das Elterngeld Plus weitere Intransparenz erzeugt. Das Elterngeld, das die ca. 8 Mio. Mütter und Väter inzwischen im Gesamumfang von mehr als 40 Mrd. Euro bezogen haben, ist nicht zuletzt deshalb Gegenstand zahlreicher Rechtsstreitigkeiten und maßgeblich geprägt durch Rechtsanwendung und -fortbildung des BSG. Ziel des Seminars ist es, die Teilnehmer mit der höchstrichterlichen Rechtsprechung zu diesen Themenkreisen vertraut zu machen.

Schwerpunkte:

- Grundvoraussetzungen (§ 1 BEEG)
- Einbeziehung von Ausländern
- Minderung der Erwerbstätigkeit
- Einkommensgrenzen
- Dauer des Anspruchs (§ 4 BEEG)
- Partnermonate
- Höhe des Elterngeldes (§§ 2, 2a-f)
- Bemessung (Zeitraum, Einkommen)
- Einkommen in den Bezugsmonaten
- Anrechenbarkeit anderer Leistungen (§ 3 BEEG)
- Anrechnung auf andere Leistungen (§ 10 BEEG)
- Verfahren einschließlich Rückabwicklung (§§ 7 ff, § 26 BEEG)

Anmeldung im Internet unter

<https://www.kbw.de/-JUD005>

Zielgruppe: Mitarbeiter aus Elterngeldstellen, Personalverwaltungen, Mitglieder der Personalvertretungen und Gleichstellungsbeauftragte; Mitarbeiter in den zuständigen Landesministerien

Mitzubringende Arbeitsmittel: BEEG, SGB I, SGB III, SGB X

Von		Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
20.11.2019	20.11.2019		Frankfurt am Main	310,00 €	Frau Dr. Elke Roos
19.11.2020	19.11.2020		Frankfurt am Main	325,00 €	Frau Dr. Elke Roos

Die Adoption ist eine besondere Form der Vormundschaft. Neben der rechtlichen Begründung eines Eltern-Kind-Verhältnisses zwischen dem Adoptierenden und dem Kind - ohne Rücksicht auf dessen biologische Abstammung - muss ein Vormund für die Zeit der Adoptiopflege alle rechtlichen Belange des Mündels regeln. Das Seminar vermittelt die materiell- und verfahrensrechtlichen Grundlagen für das Führen der Vormundschaft im Rahmen der Adoption.

Schwerpunkte:

- Adoptionsvoraussetzung und rechtliche Grundlagen
- Arten von Adoption
- Aufgaben des Vormundes bei einer Adoption
- Familienrechtliches Verfahren
- Exkurs Auslandsadoption
- Kooperation zw. Amtsvormündern und Adoptionsvermittlungsstelle

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-JUB013>

Zielgruppe: Einzel-, Berufs-, Vereins- und Amtsvormünder sowie Mitarbeiter der Adoptionsvermittlungsstelle

Mitzubringende Arbeitsmittel: FamFG, BGB

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
18.05.2020	18.05.2020	Frankfurt am Main	255,00 €	Herr Nico Barthold

Themenbereich Jugendhilfe

Vormundschaften und Jugendstrafrecht

JUB019

Jugendkriminalität steht in regelmäßigen Abständen im Fokus der Öffentlichkeit. Dabei wird oft die Frage erhoben, welche Möglichkeiten der Einflussnahme die zuständigen Betreuer der Jugendlichen haben. Dieses Seminar vermittelt den Vormündern das notwendige Fachwissen zum Jugendstrafrecht und die Handlungsfähigkeit in dieser schwierigen Situation.

Schwerpunkte:

- Grundlagen des Jugendstrafrechts
- Verfahrensbeteiligung durch den Vormund
- Das Jugendstrafverfahren
- Jugendstrafrechtliche Sanktionen
- Vollstreckung und Vollzug von Jugendstrafen
- Exkurs OWiG

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-JUB019>

Zielgruppe: Einzel-, Berufs-, Vereins- und Amtsvormünder

Mitzubringende Arbeitsmittel: StGB, JGG, StPO, OWiG

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
19.05.2020	19.05.2020	Frankfurt am Main	255,00 €	Herr Nico Barthold

Themenbereich Jugendhilfe

Beistandschaftswesen (§ 1712 BGB) - kompakt

JUB030

Das Ziel dieses Kurses besteht in der systematischen Vermittlung von grundlegenden Kenntnissen der gesamten Tätigkeiten, die dem Beistandschaftsrecht zuzuordnen sind. Der Kurs setzt sich aus Bausteinen zusammen, die aufeinander abgestimmt sind, sich aber thematisch voneinander abgrenzen. Somit besteht die Möglichkeit, in diesem Bereich umfassend angeleitet zu werden (z. B. für neue Mitarbeiter) oder einzelne Teile zu belegen (z. B. für Mitarbeiter, die ihre Kenntnisse auffrischen wollen). Das Konzept sieht vor, dass der Kurs als Ganzes oder auch nur einer der drei Teile gebucht werden kann.

Schwerpunkte:

Teil 1 - Beratung, Unterstützung, Beistandschaft im Hinblick auf die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen - Tage 1 und 2:
www.kbw.de/-jub030-1

- Rechtliche Grundlagen des Unterhaltsrechts
- Umgang mit Tabellen und Leitlinien; Berechnung des Unterhaltsanspruchs und Mangelfallberechnung
- Das Vereinfachte Verfahren
- Leistungsklage, Zusatzklage, Abänderungsklage
- Vertretung im gerichtlichen Verfahren
- Zwangsvollstreckung; Herabsetzung/Zwangsvollstreckungsverzicht; Verjährung/Verwirkung

Teil 2 - Beratung, Unterstützung, Beistandschaften im Hinblick auf die Feststellung der Vaterschaft (Abstammungsrecht) - Tag 3:
www.kbw.de/-jub020-2

- Rechtliche Grundlagen
- Klärung und Anerkennung der Vaterschaft; Anfechtung der Vaterschaft
- Ergänzungspflegschaft
- Abstammungsrecht und -gutachten
- Elterliche Sorge; Umgangsrecht; Namensrecht

Teil 3 - Qualitätsstandards: Drei-Stufen-Hilfe. Beratung und Unterstützung nach § 18 und § 52a KJHG (SGB VIII). Führung von Beistandschaften nach §§ 1712 ff. BGB - Tage 4 und 5: www.kbw.de/-jub030-3

- Aufgaben des Beistandes; Rechtliche Grundlagen
- Beratung und Unterstützung nach §§ 18 und 52a SGB VIII
- Führung von Beistandschaften nach §§ 1712 ff. BGB
- Zusammenarbeit mit dem alleinerziehenden/sorgeberechtigten Elternteil
- Kooperation und Schnittstellen zu anderen Fachdiensten

Anmeldung im Internet unter

<https://www.kbw.de/-JUB030>

Zielgruppe: Fachkräfte der Beistandschaft und Vormundschaft sowie Urkundspersonen, die sich ein umfassendes Wissen im Abstammungs- und Unterhaltsrecht aneignen wollen. Bitte beachten Sie, dass die Anmeldungen für den Gesamtkurs vorrangig berücksichtigt werden.

Mitzubringende Arbeitsmittel: BGB, ZPO, SGB VIII, FamFG, Düsseldorfer Tabelle mit Anmerkungen, Leitlinien des jeweiligen Oberlandesgerichts, Taschenrechner

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
23.03.2020	27.03.2020	Frankfurt am Main	865,00 €	Frau Angelika Haak-Dohmen

Themenbereich Jugendhilfe

Erbrecht und Vormundschaft - Aufgaben des Vormundes nach dem Tod der Personensorgeberechtigten

JUB043

Nach dem Tod eines oder beider Elternteile steht häufig die Frage: Was passiert mit dem Erbe? Dieses Seminar soll dem Vormund im Rahmen seiner Vermögenssorge das nötige Wissen vermitteln, um eine Erbschaft fachlich einschätzen und dann die weiteren rechtlichen Schritte einleiten zu können.

Schwerpunkte:

- Basiswissen Erbschaftsrecht
- Erbschaftsannahme und rechtliche Konsequenzen
- Erbausschlagung und familienrechtliche Genehmigung
- Vermögenspflegschaften
- Unterschied zwischen Bestattungspflicht und Erbschaft

Anmeldung im Internet unter

<https://www.kbw.de/-JUB043>

Zielgruppe: Vormünder

Von 07.05.2020 Bis 08.05.2020

Seminarort
Nürnberg

Preis
400,00 €

Referent/in
Herr Nico Barthold

Wenn Mütter bei ihrem Antrag auf Unterhaltsvorschuss angeben, den Vater des Kindes bzw. der Kinder nicht zu kennen, dann muss die Unterhaltsvorschussstelle heute noch genauer als bisher die vorliegenden Angaben prüfen. Wenn nunmehr 18 Jahre lang Unterhaltsvorschussleistungen bewilligt werden können, handelt es sich um eine enorme Ausfallleistung. Die fehlenden Angaben bei der Feststellung der Vaterschaft sind bei der Entscheidungsfindung von besonderer Bedeutung. Es bedarf daher zur Vermeidung von möglichen Missbräuchen einer Glaubhaftmachung des Sachverhaltes, wie es zu dem geringen Kenntnisstand über den Vater gekommen ist. In diesem Workshop wird praxisnah vermittelt, wie Erkenntnisse aus dem Gespräch mit einer Antragstellerin gewonnen werden können, nicht nur bei den Fällen unbekannter Väter, sondern auch zu weiteren Sachverhalten, deren Erklärungen auf Glaubhaftigkeit zu prüfen sind. Die Teilnehmer werden angeleitet, die gewonnenen Ergebnisse in einen aussagekräftigen Bescheid umzusetzen und ggfs. einen Widerspruch zum Antrag zu erarbeiten.

Schwerpunkte:

- Die Gesprächsführung mit der Antragstellerin
- Die Feststellung der Glaubhaftigkeit der konkreten Aussage zum Sachverhalt
- Die möglichen Gründe, warum eine Mutter den Vater ihres Kindes nicht benennt
- Anforderungen an die Mitwirkung bei der Feststellung der Vaterschaft im Rahmen des Ausschlusstatbestandes des § 1 Abs. 3 UVG
- Die Konfliktlage
- Aufklärung des Sachverhalts: Der inhaltliche Ansatz - die Qualität der Aussage; vertiefende Fragen; Verwendung eines Fragenkatalogs?
- Wahrheits- und Lügensignale
- Entscheidungsfindung nach der Prüfung der Sach- und Rechtslage
- Umsetzung in einen aussagekräftigen Bescheid, der einer gerichtlichen Überprüfung standhalten kann
- Entscheidung über einen Widerspruch treffen und einen Widerspruchsbescheid erlassen

Anmeldung im Internet unter

<https://www.kbw.de/-JUC016>

Zielgruppe: Mitarbeiter, die für die Entscheidung über die Leistungsgewährung beim Unterhaltsvorschussgesetz zuständig sind

Mitzubringende Arbeitsmittel: Den Teilnehmenden werden im Skript Muster-Bescheide zur Verfügung gestellt.

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
25.03.2020	25.03.2020	Frankfurt am Main	280,00 €	Frau Evelyn Runge
14.09.2020	14.09.2020	Frankfurt am Main	280,00 €	Frau Evelyn Runge

Themenbereich Jugendhilfe

Inobhutnahme unbegleiteter minderjähriger Ausländer (UMA) - ein wichtiges Arbeitsfeld für die Wirtschaftliche Jugendhilfe

JUE004N

Die Arbeit mit unbegleiteten minderjährigen und volljährig gewordenen Ausländern (soweit diese noch Hilfen nach § 41 SGB VIII erhalten) ist auch weiterhin ein eigenständiges und bedeutsames Arbeitsfeld der Jugendämter. In diesem Seminar werden die rechtlichen Grundlagen für diese Arbeit und die Voraussetzungen für die Erstattung der hierfür aufgewendeten Kosten besprochen.

Schwerpunkte:

- Die Regelungen der örtlichen Zuständigkeit nach § 88a SGB VIII
- Die Abgrenzung zu den weiterhin geltenden und zunehmend bedeutsamer werdenden Regelungen des § 86 SGB VIII
- Das Kostenerstattungsverfahren nach § 89d SGB VIII - insbesondere: die Voraussetzungen der Kostenerstattung bei Inobhutnahmen; die korrekte Durchführung der Altersbestimmung; die zusätzlichen Voraussetzungen des § 41 SGB VIII für die Weitergewährung von Hilfen an mittlerweile volljährig gewordene Ausländer; die Abgrenzung zu weiteren Kostenerstattungsregelungen (insbesondere § 89 ff SGB VIII)
- Die Abgrenzung zu weiteren Kostenerstattungsregelungen (insb. § 89 ff. SGB VIII)
- Die Inanspruchnahme von anderen sozialen Leistungen für unbegleitete minderjährige und volljährig gewordene Ausländer
- Weitere, für die wirtschaftliche Jugendhilfe bedeutsame Entscheidungen der letzten Jahre hinsichtlich der örtlichen Zuständigkeit und Kostenerstattung für UMA

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-JUE004N>

Zielgruppe: Fachkräfte der Wirtschaftlichen Jugendhilfe in den Jugendämtern, die mit den Hilfen für unbegleitete Minderjährige befasst sind und alle Fachkräfte, die ihre Rechtskenntnisse in diesem, für die Tätigkeit in den Jugendämtern derzeit sehr bedeutsamen Arbeitsfeld aktualisieren und erweitern wollen

Mitzubringende Arbeitsmittel: SGB VIII, SGB X

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
09.12.2019	09.12.2019	Frankfurt am Main	240,00 €	Herr Wilfried Ziegler
16.12.2020	16.12.2020	Frankfurt am Main	255,00 €	Herr Wilfried Ziegler

Themenbereich Jugendhilfe

Systematische Einführung in die Arbeit der Wirtschaftlichen Jugendhilfe (§§ 27 ff., 41 SGB VIII)

JUE010

Im Seminar erhalten die Teilnehmer eine systematische Einführung in die jeweiligen Hilfearten. Neben den Grundzügen der Bestimmung der sachlichen und örtlichen Zuständigkeit wird auch ein Überblick über die wesentlichen Jugendhilfeleistungen gegeben. Die Hilfen zur Erziehung nach den §§ 27 ff. SGB VIII und die Hilfen für junge Volljährige gem. § 41 SGB VIII werden besprochen. Im Seminar werden die für den Besuch der Spezialseminare erforderlichen Fachkenntnisse vermittelt.

Schwerpunkte:

- Effektive Aktenführung
- Zusammenarbeit mit dem Sozialen Dienst
- Leistungsgewährung sicherstellen, insbesondere: Pflegegeldgewährung nach § 39 SGB VIII; finanzielle Abwicklungen mit den Einrichtungen; Krankenhilfe und Pflegeversicherung
- Prüfung der örtlichen Zuständigkeit (§ 86 SGB VIII)
- Abgabe und Übernahme von Jugendhilfefällen
- Kostenerstattung (§§ 89 ff. SGB VIII)
- Grundlagen der Kostenbeitragsberechnung nach §§ 91 ff. SGB VIII

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-JUE010>

Zielgruppe: Neue Mitarbeiter der Wirtschaftlichen Jugendhilfe, die sich grundlegende Fachkenntnisse aneignen wollen

Mitzubringende Arbeitsmittel: SGB VIII, Kostenbeitragsverordnung

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
31.08.2020	01.09.2020	Frankfurt am Main	465,00 €	Herr Andreas Jung

Themenbereich Jugendhilfe

Wirtschaftliche Jugendhilfe: örtliche Zuständigkeit und Kostenerstattung - Grundlagen

JUE020

Fundierte Kenntnisse der gesetzlichen Bestimmungen über die örtliche Zuständigkeit und Kostenerstattung sind das wesentliche Rüstzeug für Mitarbeiter der Wirtschaftlichen Jugendhilfe. Fehlerhafte Subsumierung des Sachverhalts führt bei Unterbringungen zur Übernahme von Kosten, die bei richtiger Gesetzesanwendung ein anderer Jugendhilfeträger zu übernehmen hätte. Werden Kostenerstattungsansprüche gegen andere Träger nicht erkannt, entstehen erhebliche finanzielle Verluste. In diesem Seminar werden die Bestimmungen des SGB VIII über die örtliche Zuständigkeit und die Kostenerstattung ausführlich behandelt. Die möglichen Fallkonstellationen werden durch zahlreiche Beispiele veranschaulicht.

Schwerpunkte:

Örtliche Zuständigkeit (§§ 86 - 86d, 87 und 88 SGB VIII)

- Zuständigkeit bei Betreuung Minderjähriger und junger Volljähriger
- Zuständigkeit bei Betreuung in Mutter/Vater-Kind-Einrichtungen
- Verpflichtung zur Fortführung der Leistung bei Zuständigkeitswechsel
- Vorläufige Zuständigkeit, wenn die örtliche Zuständigkeit noch nicht feststeht oder der örtlich zuständige Träger nicht tätig wird
- Zuständigkeit bei Inobhutnahme
- Zuständigkeit bei Leistungen im Ausland

Kostenerstattung (§§ 89 - 89h SGB VIII)

- Erstattungsanspruch bei fehlendem GA
- Erstattungsanspruch bei Zuständigkeit nach § 86 Abs. 6 SGB VIII
- Erstattungsanspruch bei Inobhutnahme
- Erstattungsanspruch bei fortdauernder und vorläufiger Leistungsverpflichtung
- Erstattungsanspruch bei Hilfestellung innerhalb eines Monats nach Einreise aus dem Ausland
- Schutz des Einrichtungsortes
- Umfang der Kostenerstattung

Anmeldung im Internet unter

<https://www.kbw.de/-JUE020>

Zielgruppe: Mitarbeiter aus Jugendämtern, die sich systematisch Kenntnisse der Wirtschaftlichen Jugendhilfe aneignen oder diese auffrischen möchten

Mitzubringende Arbeitsmittel: SGB VIII

Von 14.09.2020 Bis 15.09.2020

Seminarort Frankfurt am Main

Preis 400,00 €

Referent/in Herr Wilfried Ziegler

Themenbereich Jugendhilfe

Erstattungsansprüche in der Jugendhilfe: die Anwendung der §§ 102 - 114 SGB X in der Praxis

JUE030

Jugendhilfeträger sind häufig verpflichtet, vorläufige Leistungen zu erbringen, weil die sachliche oder örtliche Zuständigkeit nicht feststeht oder weil vorrangige Ansprüche gegen andere Sozialleistungsträger noch nicht realisiert werden können. Die §§ 102 ff. SGB X regeln die sich daraus ergebenden Erstattungsansprüche zwischen den Leistungsträgern. In diesem Seminar werden diese Erstattungsansprüche gründlich erläutert. Besonders ausführlich wird auf die Rangfolge bei mehreren gleichzeitigen Ansprüchen, die Ausschlussfrist, die Verjährung und Durchsetzung der Ansprüche sowie auf die damit verbundenen Handlungserfordernisse eingegangen.

Schwerpunkte:

- Anspruch des vorläufig leistenden Trägers (§ 102)
- Anspruch des Leistungsträgers, dessen Leistungspflicht nachträglich entfallen ist (§ 103)
- Anspruch des nachrangig verpflichteten Trägers (§ 104)
- Anspruch des unzuständigen Trägers (§ 105)
- Rangfolge der Erstattungsansprüche (§ 106)
- Verwaltungskosten (§ 109)
- Ausschlussfrist (§ 111)
- Rückerstattung (§ 112)
- Verjährung (§ 113)
- Rechtsweg (§ 114)

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-JUE030>

Zielgruppe: Mitarbeiter aus Jugendämtern, die bereits über Grundkenntnisse und praktische Erfahrungen im Jugendhilferecht verfügen

Mitzubringende Arbeitsmittel: SGB VIII, SGB X

Von		Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
02.12.2019	02.12.2019		Frankfurt am Main	240,00 €	Frau Anna Sitner
07.12.2020	07.12.2020		Frankfurt am Main	255,00 €	Frau Anna Sitner

Themenbereich Jugendhilfe

Kostenbeteiligung in der Wirtschaftlichen Jugendhilfe - Berechnung von Kostenbeiträgen bei Gewährung Wirtschaftlicher Jugendhilfe für teil- und vollstationäre Leistungen sowie vorläufige Maßnahmen (§§ 91 - 97a SGB VIII)

JUE040N

Im Seminar werden Gesetzesgrundlagen auf dem Stand des KJVVG vermittelt und aktuelle Rechtsprechungen ausgewertet. Anhand von praktischen Übungen vertiefen die Teilnehmer ihre Fähigkeit, Berechnungen von Kostenbeteiligungen vorzunehmen.

Schwerpunkte:

- Kostenbeiträge für stationäre und teilstationäre Leistungen sowie vorläufige Maßnahmen (§§ 91 ff. SGB VIII)
- Kostenbeitragspflichtige Personen (§ 92 Abs. 1 SGB VIII)
- Heranziehung aus Vermögen der jungen Volljährigen (§ 92 Abs. 1a SGB VIII)
- Erlass/Änderung/Aufhebung eines Kostenbeitragsbescheids (§ 92 Abs. 2 SGB VIII)
- Beginn der Beitragspflicht, Mitteilung über die Kostenbeitragspflicht (§ 92 Abs. 3 SGB VIII)
- Heranziehungsverbot/Härtefallprüfungen (§ 92 Abs. 4 und 5 SGB VIII)
- Definition und Berechnung des Einkommens sowie Umgang mit zweckgleichen Leistungen (§ 93 SGB VIII)
- Berechnung des Kostenbeitrags anhand der Kostenbeitragsabelle und der KostenbeitragsVO; Berücksichtigung weiterer Unterhaltspflichten
- Einsatz des Kindergeldes (§ 94 Abs. 3 SGB VIII)
- Auskunftspflicht (§ 97a SGB VIII)

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-JUE040N>

Zielgruppe: Mitarbeiter aus Jugendämtern, die bereits über Grundkenntnisse im Jugendhilferecht verfügen und ihre Kenntnisse auf dem Gebiet der Wirtschaftlichen Jugendhilfe im Rahmen der Heranziehung und Kostenbeteiligung gezielt vervollkommen möchten

Mitzubringende Arbeitsmittel: SGB VIII mit KJVVG, Kostenbeitragsverordnung, Taschenrechner

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
06.05.2020	07.05.2020	Frankfurt am Main	400,00 €	Frau Diana Eschelbach

Themenbereich Jugendhilfe

Wirtschaftliche Jugendhilfe aktuell - Update

JUE085

Aufbauend auf vorhandenes Fachwissen werden in diesem Update die gesetzlichen Neuregelungen, die aktuelle Rechtsprechung und fachspezifische Veröffentlichungen der letzten zwölf Monate erläutert. Die daraus resultierenden Änderungen bei der Gewährung von Leistungen und der Wahrnehmung von anderen Aufgaben der Jugendhilfe sowie deren Umsetzung in der täglichen Arbeit werden im Teilnehmerkreis diskutiert.

Schwerpunkte:

- Leistungen und andere Aufgaben der Jugendhilfe
- Örtliche Zuständigkeit
- Kostenerstattung
- Abgrenzung zu anderen (Sozial-)Leistungen
- Heranziehung zu den Kosten

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-JUE085>

Zielgruppe: Mitarbeiter aus Jugendämtern, die ihre vorhandenen Kenntnisse aktualisieren wollen

Mitzubringende Arbeitsmittel: Textausgabe SGB VIII

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
21.04.2020	21.04.2020	Frankfurt am Main	255,00 €	Herr Wilfried Ziegler

Themenbereich Jugendhilfe

Eingliederungshilfe nach dem SGB VIII und dem BTHG: Änderungen aus den Jahren 2018 sowie 2020 und deren Auswirkungen auf die Jugendhilfe

JUE086

Seit dem 01.01.2018 stehen viele Jugendämter wie alle anderen Reha-Träger noch mehr vor der Herausforderung, die bei ihnen eingehenden Eingliederungshilfeanträge zügig, effektiv und gesetzeskonform zu bearbeiten. Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) trat mit seinem gewichtigen Teil in Kraft: Die allgemeinen Vorschriften des SGB IX u.a. verfahrensrechtliche Neuerungen, die nunmehr auch für die Jugendhilfeträger zwingend werden, bereiten Schwierigkeiten in der Aktenbearbeitung sowohl für die Sozialen Dienste als auch für die Wirtschaftliche Jugendhilfe. Dazu kommen noch Abgrenzungsprobleme im Bereich der sachlichen (aber auch örtlichen) Zuständigkeit und der damit zusammenhängenden Kostenerstattung. Zudem sind auch die weiteren Neuerungen ab dem 01.01.2020 im Teil 2 des SGB IX im Bereich der sozialhilferechtlichen Eingliederungshilfe zu beachten. In diesem zweitägigen Seminar werden die komplexen Regeln in Bezug auf die Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII praxisnah behandelt. Das Seminar befähigt die Fachkräfte der Jugendhilfe, selbstständig in diesem Aufgabenbereich tätig zu werden und begründete Entscheidungen zu treffen.

Schwerpunkte:

- Grundsätzliches zur Eingliederungshilfe
- Jugendhilfe- und sozialhilferechtliche Eingliederungshilfe (im Vergleich): Anspruchsinhaber/Leistungsberechtigte, Anforderungen an die Antragsstellung, materielle Voraussetzungen, Umfang der Leistung/Leistungskatalog, Hilfeplanung/Gesamtplanung, Zuständigkeiten/Zuständigkeitsklärung, Kostenerstattung
- Prüfung im Rahmen des § 10 SGB VIII: Vorrang-Nachrang-Verhältnis
- Vorläufige Sozialleistungen: Regelungen im SGB VIII, SGB I und SGB IX
- BTHG-Struktur und wesentliche Änderungsschritte (Überblick)
- BTHG im Verhältnis zum SGB VIII: Was ändert sich im Jugendhilferecht ab 2018 bzw. 2020?
- SGB IX Teil 1: Verfahrensrecht: Reha-Trägerschaft; Leistungsgruppen, §§ 14 und 15 („Zuständigkeitsklärung“/Leistungsverantwortung), Verfahren (Antrag, (beteiligte) Reha-Träger, Prüfung der Zuständigkeit etc., Fristen und Folgen der Fristverstreichung; Bedarfsermittlung, Gutachten-Beauftragung; Teilhabeplan, Hilfeplan, Gesamtplanung; Teilhabeplankonferenz; Kostenerstattung (§ 16 iVm Vorschriften nach dem SGB X))

Anmeldung im Internet unter

<https://www.kbw.de/-JUE086>

Zielgruppe: Mitarbeiter des Sozialen Dienstes und der Wirtschaftlichen Jugendhilfe sowie Leitungskräfte der Jugendämter

Mitzubringende Arbeitsmittel: SGB VIII und IX (n.F. ab 2020)

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
13.01.2020	14.01.2020	Frankfurt am Main	400,00 €	Herr Christoph Grünenwald

Themenbereich Jugendhilfe

Wirtschaftliche Jugendhilfe: Zuständigkeit und Kostenerstattung - schwierige Fallkonstellationen

JUE090

In der Praxis der Wirtschaftlichen Jugendhilfe treten hinsichtlich der örtlichen und sachlichen Zuständigkeit immer wieder rechtlich komplizierte Fallkonstellationen auf. Kostenerstattungsansprüche sowohl innerhalb der Jugendhilfe als auch gegen andere (Sozial-)Leistungsträger müssen erkannt und gegebenenfalls realisiert werden, um finanzielle Einbußen zu vermeiden. In diesem Workshop besteht die Möglichkeit, komplexe Sachverhalte zur Diskussion zu stellen. Um eine eingehende Beantwortung von Fragestellungen zu ermöglichen, wird gebeten, Fallschilderungen bis zu vier Wochen vor der Veranstaltung schriftlich beim Kommunalen Bildungswerk e. V. einzureichen.

Schwerpunkte:

- Leistungen und andere Aufgaben der Jugendhilfe
- Örtliche Zuständigkeit
- Kostenerstattung
- Abgrenzung zu anderen (Sozial-)Leistungen

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-JUE090>

Zielgruppe: Mitarbeiter aus Jugendämtern, die ihre vorhandenen Kenntnisse gezielt vertiefen wollen

Mitzubringende Arbeitsmittel: Textausgabe SGB VIII

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
30.10.2020	30.10.2020	Frankfurt am Main	255,00 €	Herr Wilfried Ziegler

Themenbereich Jugendhilfe

Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII - Anspruch und Umsetzung in der Praxis

JUE110N

Im Rahmen der Gewährung von Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche nach § 35a SGB VIII kommt es in der Praxis häufig zu Problemen bei der Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen bzw. zu Abgrenzungsproblemen mit anderen Sozialleistungsträgern. Nach dem Grundsatz der Nachrangigkeit von Jugendhilfeleistungen ist daher grundsätzlich zu prüfen, ob beispielsweise die Krankenkassen nach dem Rehabilitationsgesetz (SGB IX) oder die Sozialhilfeträger nach dem SGB XII vorrangig zur Leistungsgewährung verpflichtet sind. Darüber hinaus wird im Seminar vermittelt, unter welchen Voraussetzungen - bezogen auf die Komplexität der verschiedenen Störungsbilder - ein Leistungsanspruch auf Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII besteht. Hierbei wird u. a. auf die Tatbestandsvoraussetzungen des § 35a SGB VIII, auf gesetzliche Neuerungen sowie auf die aktuelle Rechtsprechung eingegangen. Die Teilnehmer haben die Möglichkeit, für sie interessante Fragen dem Kommunalen Bildungswerk e. V. vorab mitzuteilen.

Schwerpunkte:

- Leistungsvoraussetzungen nach § 35a SGB VIII
- Abgrenzung der sachlichen Zuständigkeit zu anderen Sozialleistungsträgern
- Einzelne Hilfearten nach § 35a SGB VIII
- Aktuelle Rechtsprechung
- Änderungen durch das Bundesteilhabegesetz

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-JUE110N>

Zielgruppe: Mitarbeiter der Wirtschaftlichen Jugendhilfe sowie Leitungskräfte der Jugendämter, die am Entscheidungsprozess dieser Hilfeart beteiligt sind. Das Seminar kann auch für sozialpädagogische Fachkräfte von Interesse sein, die an einem Erfahrungsaustausch interessiert sind.

Mitzubringende Arbeitsmittel: SGB VIII, IX, XII

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
18.11.2019	19.11.2019	Nürnberg	370,00 €	Herr Michael Wagner
30.11.2020	01.12.2020	Nürnberg	400,00 €	Herr Michael Wagner

Themenbereich Jugendhilfe

Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen - Praxisprobleme unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung (§ 35a SGB VIII)

JUE111

Aufbauend bzw. ergänzend zum Seminar „Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII - Anspruch und Umsetzung in der Praxis“ (Code: JUE110N) sollen in diesem Workshop das Interesse an und der Umgang mit den praktischen Problemen der täglichen Arbeit vertieft werden. Die Form eines Workshops soll den Teilnehmern die Möglichkeit eröffnen, praxisrelevante Fragen und Fälle in kompetenter Runde und unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung im Erfahrungsaustausch zu erörtern. Für die Teilnehmer besteht in diesem Zusammenhang die Möglichkeit, dem Kommunalen Bildungswerk e. V. Fragen und Problemstellungen vorab mitzuteilen. Die folgenden Themenschwerpunkte werden als Diskussionsgrundlage angeboten.

Schwerpunkte:

- Leistungsvoraussetzungen nach § 35a SGB VIII
- Abgrenzung der sachlichen Zuständigkeit zu anderen Sozialleistungsträgern
- Einzelne Hilfearten nach § 35a SGB VIII
- Aktuelle Rechtsprechung
- Änderungen durch das Bundesteilhabegesetz

Anmeldung im Internet unter

<https://www.kbw.de/-JUE111>

Zielgruppe: Mitarbeiter der Wirtschaftlichen Jugendhilfe sowie Leitungskräfte der Jugendämter, die am Entscheidungsprozess dieser Hilfeart beteiligt sind und ihre Kenntnisse auf diesem Gebiet gezielt vervollständigen möchten. Für einen gewinnbringenden Erfahrungsaustausch ist auch die Teilnahme von sozialpädagogischen Fachkräften erwünscht. Vorkenntnisse werden vorausgesetzt. Der Besuch des Seminars Code: JUE110N ist hilfreich, jedoch nicht zwingend erforderlich.

Mitzubringende Arbeitsmittel: SGB VIII, IX, XII

Von
13.01.2020

Bis
13.01.2020

Seminarort
Nürnberg

Preis
255,00 €

Referent/in
Herr Michael Wagner

Themenbereich Kirchen

Besteuerung kirchlicher Körperschaften

STA009Z

Kirchen haben einen grundgesetzlich abgesicherten Sonderstatus, der sich auch im Steuerrecht fortsetzt. Im Seminar wird das für kirchliche Körperschaften geltende Besteuerungssystem in einem ganzheitlichen Ansatz erklärt. Neben der Systematik bei der Ertrags- und Umsatzbesteuerung werden auch die in der kirchlichen Praxis häufig auftretenden Sachverhalte steuerlich aufgelöst.

Schwerpunkte:

- "Betrieb gewerblicher Art" als zentraler Begriff der Besteuerung kirchlicher Körperschaften
- Abgrenzung "Betrieb gewerblicher Art" vom kirchlichen Bereich
- "Gemeinnützigkeit" in der kirchlichen Körperschaft
- Kirchliche Körperschaften und Umsatzsteuer: Grundlagen, Chancen, Risiken und europäische Einflüsse
- Einordnung von Beistandsleistungen zwischen kirchlichen Körperschaften
- Sonderfragen aus Betrieben in kirchlicher Trägerschaft: u. a. Altenhilfe; Krankenhäuser; Schulen; Fortbildungseinrichtungen; Friedhöfe
- Aktuelle Themen aus Rechtsprechung, Gesetzgebung und Verwaltung

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-STA009Z>

Zielgruppe: Mitarbeiter kirchlicher Verwaltungen aus den Bereichen Steuern und Finanzen, der Rechts-, Wirtschafts- und kirchlichen Rechnungsprüfungsämter

Von
02.04.2020

Bis
03.04.2020

Seminarort
Frankfurt am Main

Preis
400,00 €

Referent/in
Herr Tilo Kurz

Der hessische Weg der Förderung von Kooperationen in der interkommunalen Zusammenarbeit setzt auf Freiwilligkeit, ganz ohne Zwang. Das gibt den Kommunen die Möglichkeit, individuell auszuloten, wie viel kommunale Zusammenarbeit möglich und sinnvoll ist. Gleichzeitig haben die Bürger im Falle von Gemeindeneugründungen das letzte Wort - wie zum 01.01.2018 erfolgreich mit der neuen Stadt Oberzent in Hessen umgesetzt. Als Möglichkeiten für die interkommunale Zusammenarbeit bieten sich abgestuft an: öffentlich-rechtliche Vereinbarung; Gemeindeverwaltungsverband; Gemeindefusion. Das Seminar verschafft einen Einblick in die derzeitige hessische Landschaft der interkommunalen Zusammenarbeit, wobei den Teilnehmern ein Überblick über die gesetzlichen Grundlagen, die Handlungsfelder, die Beweggründe, die Herausforderungen, die möglichen Formen und den Vor- und Nachteilen der verschiedenen Alternativen sowie das sensible Handling beim Einstieg und bei der Umsetzung der interkommunalen Zusammenarbeit vermittelt wird.

Schwerpunkte:

- Überblick über die aktuelle Landschaft der interkommunalen Zusammenarbeit in Hessen
- Gesetzliche Grundlagen und Handlungsfelder
- Beweggründe und Herausforderungen für/bei der Realisierung interkommunaler Zusammenarbeit
- Die Formen und ihre Vor- und Nachteile
- Einsparpotentiale richtig nutzen
- Worauf es bei der Realisierung besonders ankommt
- Finanzielle Fördermöglichkeiten

Anmeldung im Internet unter

<https://www.kbw.de/-KVR050>

Zielgruppe: Mandatsträger in Städten, Gemeinden, Kreisen; Mitarbeiter aus Kämmergeien, dem Finanz- und Rechnungswesen, dem Controlling und Hauptamt

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
03.12.2019	03.12.2019	Frankfurt am Main	240,00 €	Frau Carmen Möller
08.06.2020	08.06.2020	Frankfurt am Main	255,00 €	Frau Carmen Möller
07.12.2020	07.12.2020	Frankfurt am Main	255,00 €	Frau Carmen Möller

Im Seminar werden die Grundlagen des Europäischen Beihilferechts erläutert. Dabei wird ausführlich auf den Beihilfebegriff - nicht zuletzt unter Berücksichtigung aktueller Rechtsprechung und EU-Kommissions-Entscheidungen - näher eingegangen. Ein Überblick über die vielfältigen Rechtfertigungsgründe als Ausnahmen vom grundsätzlichen Beihilfe- bzw. Durchführungsverbot (Freistellungsmöglichkeiten) wird gegeben. Darüber hinaus werden das EU-beihilferechtliche Notifizierungs- und Prüfverfahren bei der EU-Kommission, die möglichen Rechtsfolgen von Beihilfeverstößen (u. a. Haftungsfragen, Jahresabschlussprüfungen) und die Voraussetzungen von Konkurrentenklagen vor den nationalen Gerichten vorgestellt. Am Ende des Seminars erhalten die Teilnehmer die Möglichkeit, ihre Kenntnisse an praktischen Übungsfällen anzuwenden und zu vertiefen.

Schwerpunkte:

- Grundlagen des Europäischen Beihilferechts
- Begriff der staatlichen Beihilfe
- Rechtfertigungsgründe und Freistellungsmöglichkeiten
- Notifizierungs- und Beschwerdeverfahren
- Zuständigkeiten, insb. Rolle von EU-Kommission und Gerichten
- Überprüfung der EU-beihilferechtlichen Risiken im Rahmen der Jahresabschlussprüfungen (IDW PS 700)

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-KWA009E>

Zielgruppe: Mitarbeiter aus öffentlichen Institutionen (Verwaltungen, Förderbanken etc.), die staatliche Gelder an Unternehmen vergeben

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
04.11.2020	04.11.2020	Frankfurt am Main	255,00 €	Herr Dr. Alexander Glock

Die Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 und das Personenbeförderungsgesetz bilden den relevanten Rechtsrahmen für den ÖPNV. Teil 1 des Seminars dient der Einführung in die Rechtsmaterie. Ein Überblick zu deren Struktur und Inhalt wird unter Berücksichtigung aktueller Rechtsentwicklungen vermittelt. Dabei werden die Auswirkungen des Rechtsrahmens für Kommunen und Verkehrsunternehmen sowie Genehmigungsbehörden, einschließlich der bestehenden Handlungsoptionen, analysiert sowie Finanzierungs- und Organisationsfragen im ÖPNV thematisiert. Teil 2 behandelt praxisrelevante Einzelfragen des ÖPNV-Rechts unter Berücksichtigung der hierzu ergangenen Rechtsprechung. Besonders im Fokus stehen die Rolle des Nahverkehrsplans, flexible Bedienformen, die Genehmigung eigenwirtschaftlicher Verkehre sowie die Bestellung von Verkehrsleistungen. Die Ausschreibungsverfahren nach GWB-Vergaberecht sowie nach der VO (EG) Nr. 1370/2007 werden voneinander abgegrenzt und im Detail unter Berücksichtigung sozialer Fragen und von Umweltaspekten beleuchtet. Die Direktvergabe sowie Rechtsschutzaspekte werden ebenso thematisiert. Das Konzept sieht vor, dass der Kurs als Ganzes oder auch nur einer der beiden Teile gebucht werden kann.

Schwerpunkte:

Teil 1: Grundlagen

- Der europäische Rechtsrahmen für den ÖPNV (VO [EG] Nr. 1370/2007): Hintergründe; Öffentliche Dienstleistungsaufträge; Allgemeine Vorschriften; Ausgleichsleistungen
- Das ÖPNV-Recht des Bundes und der Länder (PBefG, Landesnahverkehrsgesetze): Entwicklung; Aufgabenträger; eigenwirtschaftliche und bestellte Verkehre; Instrumente

Teil 2: ÖPNV-Recht in der Praxis

- Der Nahverkehrsplan als strategisches Steuerungsinstrument (Aufstellungsverfahren, Detailtiefe)
- Eigenwirtschaftliche Verkehre (Voraussetzungen der Eigenwirtschaftlichkeit, Genehmigungsverfahren und -folgen, Verhältnis zu beauftragten Verkehren)
- Ausschreibungsverfahren im ÖPNV (Vergaberecht und VO (EG) Nr. 1370/2007)
- Möglichkeiten der Direktvergabe (Inhouse-Geschäft, Mittelstands-, Not- und SPNV-Vergaben)
- Rechtsschutz
- Fördermaßnahmen jenseits der VO (EG) Nr. 1370/2007
- Flexible Bedienformen

Anmeldung im Internet unter

<https://www.kbw.de/-KWA033>

Zielgruppe: Mitarbeiter von kommunalen Planungs-, Tiefbau- und Rechtsämtern, von städtischen Beteiligungsverwaltungen und Kämmereien, von Aufgabenträgerorganisationen und PBefG-Genehmigungsbehörden, von Verkehrsunternehmen, von Rechnungsprüfungsämtern und Rechnungshöfen. Bitte beachten Sie, dass die Anmeldungen für den Gesamtkurs vorrangig berücksichtigt werden.

Mitzubringende Arbeitsmittel: aktuelle Fassungen der VO (EG) Nr. 1370/2007 und des PBefG (möglichst auf Papier) sowie GWB, VgV und SektVO (elektronischer Zugriff genügt)

Von 10.03.2020 Bis 12.03.2020

Seminarort
Nürnberg

Preis
540,00 €

Referent/in
Herr Prof. Dr. Matthias Knauff

Seit langem stehen die ausgegliederten Betriebe der Kommunen, sei es in Form von Eigenbetrieben, Eigengesellschaften oder Beteiligungen, im Spannungsfeld zwischen Kommunal- und Gesellschaftsrecht. Die Interessenlage zwischen Trägergemeinde und den Geschäftsführungen und Vorständen ist dabei oft unterschiedlich. Die Diskussion dazu ist weder ausgetragen noch gefestigt. Daher kommt der Einführung und der Durchführung eines Beteiligungscontrollings ein wichtiger Stellenwert zu. Dies setzt eine organisierte Beteiligungsverwaltung voraus, die noch nicht überall erfolgreich durchgeführt wird. Anhand praktischer Beispiele zur Einführung des Beteiligungscontrollings und unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung wird den Teilnehmern das Instrumentarium aufgezeigt, wie die Kontrolle und Steuerung von öffentlichen Unternehmen erfolgreich wahrgenommen werden kann.

Schwerpunkte:

- Rechtliche und gesellschaftsrechtliche Voraussetzungen für ein Beteiligungscontrolling nach den Gemeindeordnungen und dem Gesellschaftsrecht, insbesondere nach dem GmbH-Gesetz
- Kompetenzen der Organe: Geschäftsführer, Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung; Informationsrechte und Pflichten
- Gesellschafterversammlungen und deren Wahrnehmung in den und durch die Verwaltungen, Rechtsprechung
- Berichterstattung durch wirtschaftliche Unternehmen
- Gestaltungsmöglichkeiten im Gesellschaftsvertrag und in der Gesellschaftssatzung
- Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich
- Entwicklungstendenzen in der deutschen Corporate Governance für öffentliche Unternehmen
- Instrumente für die Einführung eines kommunalen Beteiligungscontrollings
- Notwendigkeit und Ziele des Beteiligungscontrollings
- Instrumente und Methoden der Steuerung kommunaler Beteiligungen
- Rolle der Abschlussprüfer; Informationen aus Prüfungsberichten
- Organisation der Beteiligungsverwaltung
- Beteiligungsberichte

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-KWA100>

Zielgruppe: Bürgermeister, Geschäftsführer, Betriebsleiter, von der Gemeinde entsandte Aufsichtsräte; vor allem Mitarbeiter in Kämmergeien, Hauptämtern und Rechnungsprüfungsämtern, die sich mit der Einführung und Durchführung eines Beteiligungscontrollings beschäftigen

Mitzubringende Arbeitsmittel: GemO des jeweiligen Bundeslandes, HGB, GmbH-Gesetz

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
02.12.2019	03.12.2019	Frankfurt am Main	370,00 €	Herr Prof. Dr. Willi Weiblen
03.12.2020	04.12.2020	Frankfurt am Main	400,00 €	Herr Prof. Dr. Willi Weiblen

Den kommunalen Baubetriebshof richtig und zukunftsweisend managen - Führung und Kommunikation für Bauhofleiter und Vorarbeiter

KWB101

Um die hohen Erwartungen an die Leistungserbringung kommunaler Baubetriebshöfe und ihre Wirtschaftlichkeit zu gewährleisten, benötigen Bauhofleiter und Vorarbeiter ausgeprägte Kompetenzen, ihre Mitarbeiter verantwortungsvoll und im Sinne der Zielerreichungen zu führen. In diesem Seminar werden die Grundlagen für eine erfolgreiche Führung und Kommunikation unter den komplexen Bedingungen des Bauhofbetriebs vermittelt. Die Teilnehmenden haben Gelegenheit, das erlernte Wissen unter Berücksichtigung ihrer praktischen Erfahrungen in der eintägigen "Führungswerkstatt" (Code: KWB102) zu reflektieren und in der Gruppe zu besprechen.

Schwerpunkte:

- Führungsaufgaben und Führungsprinzipien
- Delegation von Aufgaben
- Führungsrolle; die Rolle des Vorarbeiters heute
- Arbeitsvorbereitung und Zeitmanagement
- Wichtige Grundlagen für eine erfolgreiche Kommunikation als Führungskraft
- Verbale und nonverbale Kommunikation
- Kommunikationshürden und Kommunikationshelfer
- Arbeitsanweisungen erfolgreich formulieren
- Vorgehensweisen in der Konfliktbewältigung
- Gespräche mit Auftraggebern
- Präsentationen vor dem Gemeinde-/Stadtrat erfolgreich und sicher meistern

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-KWB101>

Zielgruppe: Bauhofleiter und Vorarbeiter, die in ihre Rolle hineinwachsen oder diese festigen wollen

Von
08.12.2020

Bis
09.12.2020

Seminarort
Frankfurt am Main

Preis
455,00 €

Referent/in
Frau Andrea Vogel

Im Seminar werden den Teilnehmern grundlegende Kenntnisse im Wohnraumrecht unter Berücksichtigung der Mietrechtsreform und der aktuellen Rechtsprechung vermittelt. Der Dozent wird insbesondere auf die Auswirkungen der Neuregelungen bei Vertragsabschluss und auf mögliche Probleme während der Laufzeit und der Beendigung und Abwicklung von Mietverhältnissen eingehen sowie praxisrelevante Informationen geben. Den Teilnehmern werden Arbeitshilfen, wie Verträge, Betriebskostenabrechnungsformulare, Mieterhöhungsschreiben, Abmahnsschreiben und Kündigungen in die Hand gegeben. Die speziellen Fragen der Teilnehmer zu neuen Rechtslagen werden in den Seminarablauf einbezogen.

Schwerpunkte:

- Vertragliche Regelungs- und Gestaltungsmöglichkeiten
- Grundlegende Probleme, die während der Laufzeit von Mietverträgen auftreten (Mieterhöhung, Betriebskosten und Nebenkosten, Mietminderungen, Schäden, Schönheitsreparaturen)
- Beendigung von Mietverhältnissen (ordentliche, außerordentliche Kündigung)
- Auseinandersetzungen zwischen den Vertragsparteien (außergerichtlich und gerichtlich)

Anmeldung im Internet unter

<https://www.kbw.de/-BAC001>

Zielgruppe: Mitarbeiter öffentlicher Verwaltungen und Unternehmen, die mit der Anmietung bzw. Vermietung von Wohn- oder/und Gewerberaum befasst sind oder damit in Berührung kommen und grundlegende Kenntnisse des gesamten Wohnraummietrechts erwerben wollen; Mitarbeiter aus Rechnungsprüfungsämtern, Sozialämtern; Mitarbeiter der SGB II-Behörden; sonstige Interessenten (z. B. Betreuer oder Berater)

Mitzubringende Arbeitsmittel: Text des Mietgesetzes (dtv)

Von
12.03.2020

Bis
13.03.2020

Seminarort
Frankfurt am Main

Preis
400,00 €

Referent/in
Herr Roland Hunsalzer

In diesem Workshop wird grundlegendes Praxiswissen erarbeitet und geübt, um Betriebskosten/Nebenkosten in der Mietverwaltung rechtssicher zu vereinbaren und eine Umlagenabrechnung korrekt zu erstellen. Es werden sowohl die Vorgehensweise Schritt für Schritt und praxisnah vermittelt, als auch zu beachtende gesetzlichen Neuregelungen und Gerichtsurteile vorgestellt. Des Weiteren wird erläutert, wie Forderungen effektiv durchgesetzt werden können. Anhand eines Beispiels aus der Praxis wird von den Teilnehmern eine Betriebskostenabrechnung erstellt.

Schwerpunkte:

- Was zählt alles zu den Betriebskosten?
- Umlegbare Betriebskosten
- Betriebskosten rechtssicher vereinbaren
- Ansprüche des Mieters bei fehlerhafter Abrechnung
- Änderung des Umlageschlüssels
- Fälligkeit von Nachzahlungen
- Heizkostenverordnung
- Erstellung einer prüfungsfesten Betriebskostenabrechnung

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-BAC021>

Zielgruppe: Mietverwalter, Sach- und Mitarbeiter von öffentlich oder genossenschaftlich organisierten Liegenschaften, Sachbearbeiter von Banken und Versicherungen

Mitzubringende Arbeitsmittel: Taschenrechner

Von
12.02.2020

Bis
12.02.2020

Seminarort
Nürnberg

Preis
255,00 €

Referent/in
Frau Ute Missal

Ziel des Seminars ist es, grundlegende Kenntnisse des Gewerberaummietrechts zu vermitteln und darauf aufbauend die in der Verwaltungspraxis auftretenden einschlägigen Probleme anwendungsorientiert zu erörtern. Darüber hinaus wird die Problematik der Nutzungsverträge für kommunale Liegenschaften behandelt. Die maßgebende Rechtsprechung wird einbezogen. Die Teilnehmer haben die Möglichkeit, Probleme aus ihrem Arbeitsgebiet in das Seminar einzubringen.

Schwerpunkte:

- Abgrenzung Gewerbemietrecht/Pachtrecht
- Begründung eines Gewerbemietverhältnisses, vertragliche Regelungs- und Gestaltungsmöglichkeiten
- Probleme während der Vertragsdauer: Mietanpassungsmöglichkeiten; Mietminderung; Betriebs- und Nebenkosten; vertragsgemäßer Gebrauch; Konkurrenzschutz; Reparaturen und Instandsetzungen
- Beendigung von Gewerbemietverhältnissen: ordentliche und fristlose Kündigung; befristete Mietverhältnisse; Verlängerung/Optionen
- Auseinandersetzungen zwischen den Vertragsparteien, prozessuale Behandlung
- Nutzungsverträge für kommunale Liegenschaften (z. B. Sportplätze und Turnhallen, Ausstellungsflächen und Veranstaltungsräume, Flächen der Wasser- und Schifffahrtsverwaltungen, Mobilfunkanlagen auf kommunalen Liegenschaften)

Anmeldung im Internet unter**<https://www.kbw.de/-BAC030>**

Zielgruppe: Mitarbeiter öffentlicher Verwaltungen und Unternehmen, die mit der Anmietung bzw. Vermietung von Gewerberaum und/oder der Erstellung von Nutzungsverträgen befasst sind oder damit in Berührung kommen. Der Seminargegenstand kann auch für Rechnungsprüfer von Interesse sein. Spezielle Vorkenntnisse werden für die Teilnahme nicht vorausgesetzt.

Mitzubringende Arbeitsmittel: Text des Mietgesetzes (dtv)

Von
17.02.2020

Bis
18.02.2020

Seminarort
Frankfurt am Main

Preis
400,00 €

Referent/in
Herr Roland Hunsalzer

Das Ziel des Seminars ist es, Beschäftigten aus Kreisen und Kommunen Einblicke in die wesentlichen Grundzüge des behördlichen Grunderwerbs zu geben. Zu den Grundlagen gehören rechtliche Kenntnisse und das Wissen, welche Unterlagen beim Grunderwerb benötigt werden, wie z. B. auch Grunderwerbsverzeichnisse und Pläne. Des Weiteren ist beim behördlichen Grunderwerb das Entschädigungs- und Haushaltsrechts zu berücksichtigen. Eine wesentliche Rolle spielt die Kommunikation mit den Betroffenen. Eigentümer, Pächter und Mieter erwarten ausführliche Informationen und ein angemessenes Angebot.

Schwerpunkte:

- Bau-, Entschädigungs- und Haushaltsrecht
- Betretungserlaubnis/Bauerlaubnis
- Grunderwerbsverhandlungen
- Wertermittlung
- Kaufverträge
- Kommunikation mit den Betroffenen

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-LIA097>

Zielgruppe: Beschäftigte aus Behörden, die mit Grunderwerb zu tun haben

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
23.01.2020	23.01.2020	Frankfurt am Main	255,00 €	Frau Dr. Yvonne Binard-Kühnel
24.09.2020	24.09.2020	Frankfurt am Main	255,00 €	Frau Dr. Yvonne Binard-Kühnel

In diesem Seminar wird ein Einblick über alle wesentlichen Bereiche der Mietverwaltung, Verwaltung von Mietshäusern und Mietwohnungen (frei finanziierter Wohnraum) gegeben. Neben wichtigen Gepflogenheiten und Rechtsgrundlagen wird im Seminar vermittelt, was bei der Vermietung unbedingt zu beachten ist. Wertvolle Tipps aus der Praxis runden das Seminar ab.

Schwerpunkte:

- Mietrechtliche Grundlagen: Mietvertrag, Hausordnung, Mietpreisgestaltung, Mieterhöhung, rechtssicheres Kündigen von Mietverhältnissen
- Kaufmännische Grundlagen rund um die Mietverwaltung: Heiz- und Betriebskosten, Kostenoptimierung, Verwaltervertrag und Haftungsrisiken, Versicherungen
- Technische Grundlagen: Beauftragung und Steuerung von Handwerkern, Hausmeistern und Reinigungspersonal
- EDV, Geschäftsprozesse: Hausverwaltungs-Software, der Büroarbeitsplatz des Verwalters

Anmeldung im Internet unter

<https://www.kbw.de/-LIB070>

Zielgruppe: Neue Mietverwalter aus öffentlichen Verwaltungen wie privaten Hausverwaltungen, Vermieter, Immobilienmakler, Mitarbeiter von Bauträgern, Banken und Versicherungen

Von 09.11.2020 Bis 09.11.2020

Seminarort Frankfurt am Main

Preis 255,00 €

Referent/in Herr Uwe Effenberger

Neben der Erörterung des Mietrechts unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung und dem neuen Mietanpassungsgesetz wird im Seminar das „Handwerkszeug“ einer modernen Mietverwaltung vermittelt. Die Teilnehmer lernen, unter Bezugnahme auf die aktuelle BGH-Rechtsprechung, die neue Datenschutz-Grundverordnung und weitere neueste Verordnungen, anhand von Fallbeispielen schnell und flexibel alle Probleme der Mietverwaltung zu bearbeiten. So werden z. B. Mieterhöhungen berechnet, Betriebskostenabrechnungen erstellt und rechtssichere Kündigungen verfasst. Durch Tipps und Ratschläge aus der Praxis soll die Betreuung der Mieter erleichtert werden. Fragen der Teilnehmer werden beantwortet, Einzelfälle gelöst. Es werden Mustertexte, Checklisten und Organisationshilfen vorgestellt.

Schwerpunkte:

- Mietanpassungsgesetz seit 2019
- Datenschutz-Grundverordnung: Mietverträge, Selbstauskunftsformulare, Bonitätsüberprüfung etc.
- Mietverträge sicher abschließen und beenden
- Mietzahlungen, Erstellung von Mieterhöhungen (Muster)
- Betriebskostenabrechnung (Muster)
- Bei Mängeln der Mietsache richtig reagieren
- Mietverhältnisse richtig beenden und abwickeln
- Wofür haftet der Mietverwalter? Verkehrssicherungspflicht - was ist zu beachten?
- Instandhaltung und Modernisierung
- Der Umgang mit dem nicht zahlenden/schwierigen Mieter
- Organisation und Kostenminimierung in der Mietverwaltung
- Novellierung des Mietrechts
- Novellierung der Trinkwasserverordnung - Legionellen - was nun?
- Was beim Anbringen von Rauchwarnmeldern zu beachten ist

Anmeldung im Internet unter

<https://www.kbw.de/-LIB290>

Zielgruppe: Führungskräfte, Mitarbeiter in öffentlichen Verwaltungen, insbesondere aus Liegenschaftsämtern, Jobcentern, Rechnungsprüfungsämtern; Mitarbeiter von Mietverwaltungsunternehmen, Immobilienmaklern, Wohnbaugesellschaften, Rechtsämtern sowie Haus- und Wohnungseigentümer

Mitzubringende Arbeitsmittel: Taschenrechner

Von 11.02.2020 Bis 11.02.2020

Seminarort
Nürnberg

Preis
255,00 €

Referent/in
Frau Ute Missal

Themenbereich Öffentlichkeitsarbeit

Kommunikation, Öffentlichkeits- und Medienarbeit für Verwaltungen und Vereine

OEF140

Öffentlichkeitsarbeit und gute Kommunikation sind viel mehr als nur geschickter Umgang mit Journalisten. Zur gelungenen Präsentation der verschiedenen Dienstleistungen der Kommunalverwaltung, des Tagungsangebots der Bildungseinrichtungen oder anderer Organisationen gehört die Definition der passenden Zielgruppen. Die Medien sind nur eine dieser Zielgruppen, die Politiker eine zweite und die Vertreter der Wirtschaft eine dritte. Vor allem aber die Bürger werden ihre Kommune bei professioneller Öffentlichkeitsarbeit als bürgernah und transparent empfinden. Auch im Vergleich der Kommunen untereinander wird in der Zukunft diese Bürgernähe und besondere Transparenz des Verwaltungshandelns eine stärkere Rolle spielen. Im Seminar wird vermittelt, wie sich die Außenwirkung optimieren lässt.

Schwerpunkte:

- Grundlagen der Öffentlichkeitsarbeit
- Instrumente der Kommunikation: Publikationen, Internet, Veranstaltungen
- Lobbyarbeit
- Zusammenwirken von Stadtmarketing und Verwaltungskommunikation
- Transparenz
- Leitlinien
- Zusammenhang von interner und externer Kommunikation
- Besonderer Umgang mit einzelnen Zielgruppen

Anmeldung im Internet unter

<https://www.kbw.de/-OEF140>

Zielgruppe: Führungskräfte von Kommunalverwaltungen, Mitarbeiter der Hauptämter, Mitarbeiter von Tagungs- und Bildungseinrichtungen, Mitarbeiter in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, Medienarbeit, Kommunikation, Stadtmarketing; kommunale Mandatsträger

Mitzubringende Arbeitsmittel: Broschüren, Informationen, Pressemitteilungen, Publikationen aus der täglichen Arbeit der Teilnehmer (soweit vorhanden)

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
27.11.2019	27.11.2019	Frankfurt am Main	240,00 €	Herr Christian Mankel
25.11.2020	25.11.2020	Frankfurt am Main	255,00 €	Herr Christian Mankel

Das Seminar ist an Teilnehmer gerichtet, die sich einen Überblick zum Gewerberecht verschaffen möchten. Hierbei werden - unter Berücksichtigung des EU-Rechts - die Grundsätze zur Thematik vermittelt. Für die Teilnahme werden keine Vorkenntnisse vorausgesetzt.

Schwerpunkte:

- Grundsatz der Gewerbefreiheit
- Meldepflichten im Gewerberecht: Wer bekommt eine Info über eine Gewerbemeldung und wer nicht?
- Juristische Personen und Personenvereinigungen: Wer ist tatsächlicher Gewerbetreibender und muss dies anzeigen?
- Gewerbeausübung durch Ausländer und ausländische Firmen; Ltd, AB, Inc. und Co
- Aktuelles zum EU-Recht
- Erlaubnispflichtige und überwachungsbedürftige Gewerbe, Unterscheidungsmerkmale und Bearbeitungshinweise
- Zuverlässigkeit im gewerberechtlichen Sinn: Wer darf wann ein Gewerbe ausüben oder nicht?
- Gewerbeuntersagung

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-ORB011>

Zielgruppe: Führungskräfte und Mitarbeiter der Ordnungs- und Gewerbebehörden, die sich einen Überblick über das Gewerberecht verschaffen wollen, Mitarbeiter ohne Vorkenntnisse, Quereinsteiger ohne Erfahrungshintergrund, Wiedereinsteiger nach langem Aussetzen

Von
24.06.2020

Bis
24.06.2020

Seminarort
Nürnberg

Preis
255,00 €

Referent/in
Herr Thomas Mischner

Themenbereich Ordnungsrecht

Tierschutzrecht in der Praxis - Probleme bei der Rechtsanwendung und des Vollzugs

ORC070

Im Rahmen des Seminars sollen Fallkonstellationen aus dem Bereich des Tierschutzrechts behandelt werden, die in der behördlichen Praxis zu Problemen bei der Rechtsanwendung und dem Vollzug führen können. Den Teilnehmenden wird die nötige Sicherheit in der Rechtsanwendung und bei der Erstellung von Bescheiden vermittelt. Dem Dozenten können bis zwei Wochen vor dem Seminar über das Kommunale Bildungswerk e. V. spezielle Fragestellungen zugeleitet werden.

Schwerpunkte:

- Abgrenzung der Zuständigkeiten
- Tierschutzrecht (Befugnisse, Handlungsmöglichkeiten, vor allem §§ 16, 16a TierSchG)
- Anordnungen zur Tierhaltung
- Tierhaltungsverbot/Tierwegnahme
- Erlaubnis nach § 11 TierSchG
- Durchsetzung und Bescheiderstellung
- Betretungsrechte

Die Fortbildung ist mit 5 Stunden nach § 10 der ATF-Statuten als Pflichtfortbildung für ATF-Mitglieder anerkannt.

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-ORC070>

Zielgruppe: Mitarbeiter von Veterinärämtern und Ordnungsbehörden sowie Tierärzte, die mit dem Vollzug des Tierschutzgesetzes befasst sind

Mitzubringende Arbeitsmittel: TierSchG, VwV TierSchG

Von
02.12.2019

Bis
02.12.2019

Seminarort
Nürnberg

Preis
240,00 €

Referent/in
Herr Peter Roitzheim

Themenbereich Spezielles Ordnungsrecht / Ordnungswidrigkeiten

Ausgewählte praktische Probleme der Obdachlosigkeit aus ordnungsbehördlicher Sicht

ORA080

Die Unterbringung von Obdachlosen ist eine komplexe Angelegenheit. Zum einen findet sie auf allgemeiner ordnungsrechtlicher Grundlage ohne spezielle gesetzliche Regelungen statt. Zum anderen sind die Ursachen für die Entstehung von Obdachlosigkeit in aller Regel in sozialen und wirtschaftlichen Problemen zu finden, für die eher sozialhilferechtliche Unterstützungsleistungen als die Anwendung des Ordnungsrechts Antworten finden sollten. Zudem erfordert eine rechtmäßige und erfolgreiche Aufgabenerledigung neben den reinen Vorschriften des Polizei- und Ordnungsrechts zusätzliche kommunale Satzungsregelungen - sowohl zur Unterbringung wie auch zur Erhebung von Gebühren. Notwendig ist auch eine sichere Anwendung verfahrensrechtlicher Regelungen. Das Seminar soll helfen, die häufigsten täglichen Probleme auf dem Gebiet der Obdachlosigkeit durch intensive Diskussion, Aufzeigen von Lösungswegen und Einbindung der neueren Rechtsprechung zu bewältigen. Anhand von begrifflichen Definitionen und Beispielen erfolgt eine praxisnahe Behandlung der Thematik.

Schwerpunkte:

- Gefahrenabwehrrechtliche Grundlagen
- Begriff der Obdachlosigkeit, Zuständigkeiten
- Zwangsräumung von Wohnungen (Übersicht)
- Abgrenzung zur Sozialhilfe, Anspruch auf Obdach
- Einweisung des Obdachlosen in kommunaleigene und angemietete Unterkünfte, Beschaffenheit der Unterkunft, Umsetzung des Obdachlosen
- Entgeltanspruch der Kommune
- Zugriff auf privaten Wohnraum (Sicherstellung/Beschlagnahme/Wiedereinweisung)
- Einweisungsdauer
- Räumungs-, Ausgleichs- und Schadensersatzansprüche des Eigentümers
- Anstalts- und Gebührensatzung

Anmeldung im Internet unter

<https://www.kbw.de/-ORA080>

Zielgruppe: Führungskräfte und Mitarbeiter in Kommunalverwaltungen, die Aufgaben der allgemeinen Gefahrenabwehr, insbesondere auf dem Gebiet der Obdachlosigkeit, wahrzunehmen haben und problemorientiert einschlägige Rechts- und Verfahrenkenntnisse erwerben und vertiefen wollen. Praktische Verwaltungserfahrungen werden vorausgesetzt.

Mitzubringende Arbeitsmittel: Ordnungs- bzw. Polizeigesetz des jeweiligen Bundeslandes

Von 18.05.2020
Bis 18.05.2020

Seminarort
Frankfurt am Main

Preis
255,00 €

Referent/in
Herr Christian Böhm

Die Modernisierung des Personalmanagements und die Einführung neuer Arbeitsweisen, wie New-Work und Agilität werden betriebliche Bildungsabteilungen in den nächsten Jahren vor neue Herausforderungen stellen. In diesem Seminar haben die Teilnehmer die Möglichkeit den Standort ihrer Bildungsabteilung zu reflektieren. Sie erfahren welche Elemente zu einer zeitgemäßen Bildungsarbeit gehören und lernen diese anzuwenden. Gemeinsam werden mögliche Herausforderungen der Zukunft erörtert und Lösungsmöglichkeiten erarbeitet. Im Seminar wird auch ein praxisbezogener und pragmatischer Einstieg in die Thematik des Bildungscontrollings geboten, um die Qualität, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit von Qualifizierungsmaßnahmen zu verbessern und transparent zu gestalten

Schwerpunkte:

- Positionierung der Bildungsarbeit im modernen Personalmanagement (New Work)
- Agile Arbeitsweisen und deren Auswirkung auf die betriebliche Bildungsarbeit
- Planung und Steuerung von wirksamen Bildungsmaßnahmen
- Rolle der Führungskraft im modernen Bildungsmanagement
- Moderne Lernformen
- Evaluation von Bildungsmaßnahmen und Bildungscontrolling
- Transfermanagement
- Austausch der Teilnehmenden

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-PEA042>

Zielgruppe: Personalverantwortliche, Bildungsverantwortliche, Mitarbeiter von Bildungsabteilungen, Personalentwickler, Fortbildungsbeauftragte, Führungskräfte

Von 27.04.2020 **Bis** 28.04.2020

Seminarort
Nürnberg

Preis
400,00 €

Referent/in
Frau Diana Heffels

Überblick über das Tarifrecht des öffentlichen Dienstes (TVöD-VKA/TVöD-Bund und TV-L) für Quer- und Neueinsteiger

PEA055

In diesem Seminar erhalten interessierte Quer- und Neueinsteiger, die noch nicht mit den öffentlichen Tarifverträgen TVöD und TV-L gearbeitet haben, einen praxiszentrierten Einstieg in die Besonderheiten des Tarifrechts. Sie lernen zentrale Grundbegriffe kennen und erfahren, was bei der Rechtsanwendung und Arbeitsvertragserstellung zu beachten ist. Neue Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung bekommen einen Überblick über die rechtlichen Rahmenbedingungen der Tarifverträge und das Arbeitsrecht des öffentlichen Dienstes.

Schwerpunkte:

- Grundlagen und Grundbegriffe des Tarifrechts
- Besonderheiten der öffentlichen Tarifverträge (TVöD-VKA, TVöD-Bund, TV-L)
- Arbeitsverträge auf Basis des TVöD und des TV-L erstellen und prüfen
- Das Direktionsrecht des Arbeitgebers im öffentlichen Dienst
- Besonderheiten im Befristungsrecht des TVöD/ TV-L
- Urlaubsrecht

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-PEA055>

Zielgruppe: Neu- und Quereinsteiger, die sich grundlegende Kenntnisse zum Tarifrecht aneignen möchten; neue Mitarbeiter ohne rechtliche Vorkenntnisse im Personalwesen des öffentlichen Dienstes; Personalräte, die sich Basiswissen zum Tarifrecht erarbeiten möchten

Mitzubringende Arbeitsmittel: TVöD bzw. TV-L

Von
04.05.2020

Bis
04.05.2020

Seminarort
Nürnberg

Preis
255,00 €

Referent/in
Herr Rainer Winkler

In diesem Seminar werden der Aufbau und die Systematik des Urlaubsrechts für Tarifbeschäftigte im Bereich des TVöD/TV-L vermittelt. Ausgehend von den Grundprinzipien des § 26 TVöD/TV-L werden die Seminarinhalte anhand von Praxisfällen ausführlich dargestellt, dabei wird auch auf die aktuelle Rechtsprechung eingegangen, so dass die Teilnehmer in der Lage sind, den Erholungsurlaub auch in schwierigen Fällen rechtssicher festzusetzen.

Schwerpunkte:

- Entstehung des Urlaubsanspruchs; Wartezeit
- Dauer des Erholungsurlaubs; Abweichung von der Fünf-Tage-Woche
- Beginn und Ende des Arbeitsverhältnisses während des Kalenderjahres
- Wechsel der Arbeitszeit während des Jahres
- Antritt des Erholungsurlaubs; Urlaubsübertragung
- Verminderung des Urlaubs in Sonderfällen (Sonderurlaub, Elternzeit, Altersteilzeit etc.)
- Vergleichsberechnung Urlaub nach TVöD/TV-L und Bundesurlaubsgesetz
- Urlaubsentgelt, Urlaubsabgeltung
- Aktuelle Rechtsprechung

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-PEA064>

Zielgruppe: Führungskräfte, Personalsachbearbeiter, Personalratsmitglieder; neben erfahrenen Mitarbeitern können auch Beschäftigte teilnehmen, die noch keine bzw. wenig Kenntnisse im Bereich des Urlaubsrechts besitzen

Mitzubringende Arbeitsmittel: TVöD bzw. TV-L, BUrlG

Von
23.09.2020

Bis
23.09.2020

Seminarort
Nürnberg

Preis
255,00 €

Referent/in
Herr Markus Bergauer

Themenbereich Personalwesen

Systematische Einführung in den TVöD (einschließlich Überleitung und Eingruppierungsgrundsätzen)

PEA397

Im Seminar erhalten die Teilnehmer einen Überblick über die wichtigsten Bestimmungen des Tarifrechts und die Besonderheiten beim Bund und in den Kommunen. Auch die Ergebnisse der Tarifeinigung 2016 für den Bereich VKA werden erwähnt. Ferner wird auf das allgemeine Arbeitsrecht zurückgegriffen, soweit der TVöD hierzu keine Regelungen trifft. Anhand von Fallbeispielen und Unterlagen der Tarifparteien sowie der bisherigen Rechtsprechung wird die Thematik eingehend erörtert und praxisorientiert diskutiert.

Schwerpunkte:

- Arbeitsvertrag
- Allgemeine Arbeitsbedingungen
- Arbeitszeit, Sonderformen der Arbeit, Arbeitszeitkonten, Bereitschaftszeiten
- Eingruppierung, Eingruppierungssystematik, Entgeltordnungen (Bund und VKA)
- Entgelt, Leistungsentgelt, Erschwerniszuschläge
- Überleitung und Besitzstand (TVÜ)
- Krankheitsentgelt
- Arbeitsbefreiungen, Urlaub
- Beendigung des Arbeitsverhältnisses
- Befristung von Arbeitsverträgen
- Ausschlussfristen
- Sonderregelungen (BT)

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-PEA397>

Zielgruppe: Neue Dienstkräfte aus dem Personalservice und/oder Büroleitungen und mit Personalangelegenheiten befasste Mitarbeiter anderer Bereiche; Mitglieder der Interessensvertretungen; interessierte Mitarbeiter. Das Seminar ist auch für Beschäftigte des Bundes geeignet. Grundkenntnisse des Arbeitsrechts (Code: PEA391A oder Code: PEA391C) sind erwünscht.

Mitzubringende Arbeitsmittel: TVöD (Allg. Teil), BT-Verwaltung, TVÜ (Bund oder VKA), Teilzeit- und Befristungsgesetz

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
17.08.2020	18.08.2020	Frankfurt am Main	400,00 €	Herr Andreas Gepp

In diesem Workshop werden die wesentlichen Grundlagen für eine rechtssichere Gestaltung des Auswahlprozesses vorgestellt: Die Teilnehmer lernen in diesem Workshop anhand konkreter (anonymisierter) Fälle, den Auswahlprozess vom Eingang der Bewerbungen bis zum Vorstellungsgespräch rechtssicher zu gestalten, um damit Fehlentscheidungen in diesem wichtigen Verfahrensabschnitt zu vermeiden. Wie eine Stellenausschreibung richtig verfasst wird, ist Gegenstand des Seminars "Stellenausschreibung auf den Punkt gebracht" (Code: FKB149).

Schwerpunkte:

- Ausschreibung als Ausgangspunkt
- Erstellen einer Bewerbungsmatrix
- Gewichtung der eingegangenen Bewerbungen
- Festlegung der einzuladenden Bewerber
- Strukturierung der Vorstellungsgespräche
- Dokumentation des Verfahrens

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-PEA438>

Zielgruppe: Führungskräfte und andere Mitarbeiter von Verwaltungen, die für die Personalauswahl verantwortlich sind

Von		Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
12.11.2019	12.11.2019		Frankfurt am Main	265,00 €	Herr Andreas Gepp
18.03.2020	18.03.2020		Frankfurt am Main	280,00 €	Herr Andreas Gepp
11.11.2020	11.11.2020		Frankfurt am Main	280,00 €	Herr Andreas Gepp

Themenbereich Personalvertretungsrecht / Gleichstellungsfragen

Als Gleichstellungsbeauftragte für Frauen und Männer im Bundesdienst sicher und professionell agieren - Grundlagen und Anwendungsprobleme des Gleichstellungsrechts

PGG051

Im Seminar werden die Grundlagen des Gleichstellungsrechts auf der Basis des BGleG aus 2015 aufgezeigt. Die Gleichstellungsbeauftragten werden befähigt, mit sicheren Rechtskenntnissen ihr schwieriges Aufgabenfeld zu meistern. In den Seminaren Code: PGG065 und Code: PGG066 werden kommunikative Fähigkeiten für Gleichstellungsbeauftragte des Bundes und der Länder vermittelt.

Schwerpunkte:

- Ziele des Gleichstellungsrechts in Abgrenzung zum AGG
- Kreis der verpflichteten Personen
- Wann ist ein bestimmtes Geschlecht unabdingbar?
- Arbeitsplatzausschreibung
- Besonderheiten bei den Bewerbungsgesprächen
- Auswahlentscheidung bei Einstellungen, beruflichen Aufstiegen und der Vergabe von Ausbildungsplätzen
- Gleichstellungsgrundsätze bei der Fortbildung
- Erstellung des Gleichstellungsplans - Ziele, Methoden, Einsatzbereiche
- Familiengerechte Arbeitszeiten
- Teilzeitbeschäftigung, Telearbeit und familienbedingte Beurlaubung
- Wahl der Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Vertreter

Anmeldung im Internet unter

<https://www.kbw.de/-PGG051>

Zielgruppe: Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte im Bundesdienst; alle Personalsachbearbeiter, die mit der Problematik der Gleichstellung von Männern und Frauen bei der täglichen Personalarbeit in Berührung kommen oder kommen könnten; Beauftragte, die neu im Amt sind. Das Seminar ist zugleich generell geeignet, die Grundlagen des Gleichstellungsrechts zu vertiefen und kann somit auch für Mitglieder der Personal- und Schwerbehindertenvertretungen von Interesse sein.

Mitzubringende Arbeitsmittel: aktuelle Ausgabe des BGleG und des AGG

Von		Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
20.11.2019	21.11.2019		Frankfurt am Main	370,00 €	Herr Friedrich-Wilhelm Heumann
09.11.2020	10.11.2020		Frankfurt am Main	400,00 €	Herr Friedrich-Wilhelm Heumann

Themenbereich Hochschulspezifische Fortbildung

Wissenschaftszeitvertragsgesetz und befristete Beschäftigung in der Hochschule

PHA022

Aus aktuellem Anlass werden in diesem Seminar den Teilnehmern die wesentlichen Regelungen des 2017 novellierten Wissenschaftszeitvertragsgesetzes sowie die neueste Rechtsprechung zum Befristungsrecht vermittelt. Ziel des Seminars ist es, die Teilnehmer zu befähigen, eine effiziente Beratung des Hochschulpersonals zur Art des Vertrages und möglichen Dauer der Befristung durchzuführen sowie das Wissenschaftszeitvertragsgesetz bei der Abfassung der Arbeitsverträge in den Personalverwaltungen richtig anzuwenden.

Schwerpunkte:

- Neue Regelungen des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes
- Personeller Anwendungsbereich
- Berechnung der Höchstbefristungsdauer
- Befristung und familiäre Komponenten
- Drittmittelbefristung
- Befristung und Vertragsverlängerungen
- Anwendung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes in den Hochschulen

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-PHA022>

Zielgruppe: Beschäftigte in der Verwaltung der Hochschulen oder Forschungseinrichtungen

Von
16.12.2019

Bis
16.12.2019

Seminarort
Nürnberg

Preis
240,00 €

Referent/in
Frau Dr. Ulrike Preißler

Themenbereich Projektmanagement

Komplexes Projektmanagement - Aufbaukurs

VWA094A

Aufbauend auf dem Besuch des Fachseminars Code: VWA094G oder auf adäquaten Kenntnissen des Projektmanagements wird dieses intensive Aufbauseminar angeboten. Ziel ist es, Teilnehmern, die schon etwas an Projekterfahrung mitbringen, weitere Techniken des Projektmanagements zu vermitteln, insbesondere solche, die sich in komplexen Projekten mit vielen Partnern, internationalen Beteiligungen sowie Teammitgliedern, die sich nicht immer sehen (Teilzeitkräfte, Außendienstler, Telearbeitskräfte und Mitarbeiter verschiedener Fachbereiche), bewährt haben. Das Seminar wird aufgelockert durch Übungen, Diskussionen und Planspiele. Dabei werden die Teilnehmer in eine Diskussion untereinander kommen, ihr Wissen austauschen, voneinander lernen und kreative Ideen zu Problemlösungen entwickeln. Methodisch wird abgewechselt zwischen kompaktem umfassendem Theorie-Input, individuellen Gruppenübungen sowie Diskussionen, Fallstudien und Arbeit an vielfältigen Formblättern.

Schwerpunkte:

- Lebenszyklusprobleme komplexer Projekte
- Projektplanung: Komplexes Gantt-Diagramm; Arbeitspaketmatrix
- Vorwärts-, Rückwärtsplanung
- Analyse des kritischen Pfads, Puffer und Lücke
- Führungspersönlichkeiten; Führungsprinzipien
- Kommunikation: Interkulturelles; Widerspruchsmanagement
- Stakeholder Management: Definition; Portfolio; Strategien
- Projektstart und Kickoff Meeting
- Führen in Projektorganisationen: Charakteristisches, Rolle des Koordinators, das PMO
- Dynamik des genauen Schätzens: Top-Down oder Bottom-Up?; Historische Daten; Szenarien
- Logical Framework Approach
- Überwachung und Kontrolle: Meilenstein-Trend-Analyse; Null-Hundert Methode, praktische Anwendungen
- Problemlösungen und Rettungsaktionen
- Projektende: Projektüberschau; Management von Wissen; geistiges Eigentum

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-VWA094A>

Zielgruppe: Führungskräfte (ausschreibende Stellen, Auftraggeber von Projekten, Projektleitung, Projektgruppenleiter) und Mitarbeiter, Sachbearbeiter in Projekten, die schon in Projekten gearbeitet oder das Fachseminar (Code: VWA094G) besucht haben, mehr lernen wollen und offen für die Vernetzung mit anderen Experten sind

Von
12.03.2020

Bis
13.03.2020

Seminarort
München

Preis
425,00 €

Referent/in
Frau Dr. Susanne Rahner

Die Wirksamkeit einer Prüfung hängt nicht allein von deren fachlicher Richtigkeit ab. Das Ergebnis der Arbeit muss vielmehr in Bezug auf den jeweiligen Adressaten auch in Form und Sprache verständlich und überzeugend aufbereitet werden, um bei ihnen Akzeptanz zu erreichen. Zur fachlichen Kompetenz eines Prüfers gehört daher auch die Fähigkeit, nachvollziehbar und zielführend darstellen zu können. Der Prüfungsbericht ist Teil des Prüfungsprozesses und nicht nur das Ergebnis der Prüfung. Das Seminar vermittelt, unter Berücksichtigung der genannten Grundsätze, die verschiedenen Stationen des Prüfungsverfahrens und ihre jeweilige Bedeutung für den zu erstellenden Prüfungsbericht.

Schwerpunkte:

- Planung: Prüfungsuniversum; Prüfungsprogrammplanung; Revisionsgrundlagen; Revisionshandbuch
- Realisation: Prüfungsvorbereitung; Erstellen des Arbeitsprogramms; Prüfungsankündigung; Auftaktgespräch; Prüfungsdurchführung (Prüfungshandlungen, Prüfungsarten, Prüfungsmethoden, Prüfungsverfahren, Dokumentation); Schlussbesprechung; Revisionsbericht (Ziel, Aufbau, Struktur, Fehler, Sprache, Stil); Follow-up; Jahresbericht; Quartalsbericht; mündlicher Bericht (Präsentation vor Entscheidungsgremien)
- Kontrolle: Qualitätsüberwachung; Budgetüberwachung

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-RPA115>

Zielgruppe: Mitarbeiter von Rechnungsprüfungs- bzw. Revisionsämtern, Rechnungshöfen, Innenrevisionen sowie von vergleichbaren Einrichtungen. Grundkenntnisse des Prüfungswesens werden vorausgesetzt.

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
27.11.2019	29.11.2019	Frankfurt am Main	495,00 €	Herr Jürgen Stricker
23.09.2020	25.09.2020	Frankfurt am Main	540,00 €	Herr Jürgen Stricker

Themenbereich Rechnungsprüfung

Die Prüfung des kassenmäßigen Vollzugs des Kommunalhaushalts

RPB080N

Mit dem Spezialseminar wird das Ziel verfolgt, Mitarbeitern von Rechnungsprüfungsämtern, zu deren Arbeitsaufgaben die Prüfung von Gemeinde- und Sonderkassen gehört, fundierte Spezialkenntnisse zu vermitteln, die sie in die Lage versetzen, selbstständig und effektiv Kassenprüfungen durchzuführen. Im Seminar wird die Prüfungssituation unter den Bedingungen des doppelten Haushalts- und Rechnungswesens behandelt. Die Teilnehmer können ihre Erfahrungen und Fragestellungen aus bereits durchgeführten Kassenprüfungen einbringen.

Schwerpunkte:

- Zuständigkeit der Kasse im Verhältnis zu den Fachämtern
- Aufgaben des Kassenverwalters
- Prüfung der Tagesabschlüsse unter Berücksichtigung der Schwebeposten
- Prüfung der Zahlstellen, Handvorschüsse und Gebührenkassen
- Prüfung der Bewirtschaftung der Kassenbestände
- Prüfung des Forderungsmanagements
- Prüfung des Verwahrgelegtes
- Prüfung sämtlicher Jahresabschlussarbeiten in der Kasse
- Prüfung der Stundungen, Niederschlagungen und der erlassenen Forderungen
- Prüfung der eingesetzten Kassenprogramme
- Muster einer Dienstanweisung für die Finanzbuchhaltung
- Prüfung der Belegablage
- Prüfung des Anordnungswesens
- Aufbau eines Berichts über die Kassenprüfung

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-RPB080N>

Zielgruppe: Mitarbeiter von Rechnungsprüfungsämtern, die interessiert sind, sich spezielles und anwendungsbereites Wissen zur Kassenprüfung bzw. dauernden Kassenüberwachung anzueignen

Mitzubringende Arbeitsmittel: Haushalts- und kassenrechtliche Vorschriften des jeweiligen Bundeslandes

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
19.11.2020	20.11.2020	Frankfurt am Main	400,00 €	Herr Franz Neugebauer

Themenbereich Rechnungsprüfung

Eigenbetriebsrecht für Prüfer

RPB140N

Im Seminar werden den mit der Rechnungsprüfung befassten Mitarbeitern der Kommunalverwaltungen und Mitgliedern von Rechnungsprüfungsausschüssen neben den Grundzügen des Eigenbetriebsrechts und seiner systematischen Einordnung die Aufgaben und Methoden der eigenbetrieblichen Prüfung vermittelt. Abgrenzungsfragen zu privatrechtlichen Betriebsformen und handelsrechtliche Themen werden angesprochen. Gegenstand des Seminars sind zudem die Wirtschaftsführung des Eigenbetriebs, Grundzüge des Risikomanagements und die damit im Zusammenhang stehenden wichtigen Prüfungsgegenstände und Prüfungsverfahren. Zur Vermeidung von Doppelprüfungen werden die Gegenstände der Wirtschaftsprüfung (Jahresabschlussprüfung) von denen der kommunalen Prüfung abgegrenzt. Die Frage, inwieweit die Besteuerung des Eigenbetriebs kommunal geprüft werden kann bzw. muss, wird besprochen. Auf einen hohen Praxisbezug wird Wert gelegt.

Schwerpunkte:

- Grundsätzliche Bestimmungen zum Eigenbetrieb
- Wirtschaftsführung des Eigenbetriebs
- Besteuerung des Eigenbetriebs
- Prüfungswesen im Eigenbetrieb
- Praktische Übungen zum Eigenbetriebsrecht und zur eigenbetrieblichen Prüfung

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-RPB140N>

Zielgruppe: Mitarbeiter von Rechnungsprüfungsämtern und Innenrevisionen, Wirtschaftsprüfer, Mitglieder von Rechnungsprüfungsausschüssen kommunaler Vertretungskörperschaften

Mitzubringende Arbeitsmittel: Eigenbetriebsgesetz, Eigenbetriebsverordnung, Kommunale Prüfungsvorschriften des jeweiligen Bundeslandes

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
11.05.2020	12.05.2020	Frankfurt am Main	400,00 €	Herr Uwe Lezius

Themenbereich Rechnungsprüfung

Die Prüfung des UVgO/VOL-Vergabeverfahrens - von den haushaltsrechtlichen Grundlagen bis zur Checkliste typischer Verfahrensfehler

RPB245

Die Prüfung des Vergabewesens nimmt in der Rechnungsprüfung immer breiteren Raum ein. Ziel des Seminars ist es, eine Sensibilisierung der Prüfer zu erreichen sowie deren Kompetenz zu festigen und zu erweitern. Neben einer Einführung in die rechtlichen Grundlagen und der Behandlung praxisnaher Fragestellungen werden die Teilnehmer mit dem neuesten nationalen Recht und dem EU-Vergaberecht vertraut gemacht. Im Spezialseminar wird insbesondere die Problematik des Beschaffungswesens aus der Sicht der Rechnungsprüfung behandelt. Es ist eine Ergänzung zum Seminar Code: ZWR203. Den Teilnehmern wird die Möglichkeit geboten, Fragestellungen aus dem eigenen Arbeitsgebiet in das Seminar einfließen zu lassen.

Schwerpunkte:

- Haushaltsrechtliche Grundlagen und Voraussetzungen für Beschaffungen
- Vergaberechtliche Grundlagen, Anwendung des EG-Vergaberechts, Vergabevorschriften im nationalen Bereich
- Abgrenzungsprobleme (VOB, VgV, UVgO)
- Prüfung der zutreffenden Vergabeart, Wertgrenzen für die verschiedenen nationalen Vergabearten
- Ausschreibungs- und Beschaffungsreife
- Das Ausschreibungsverfahren
- Verhandlungen mit Bietern
- Dokumentation des Vergabeverfahrens
- Maßnahmen zur Verhinderung von Manipulationen im öffentlichen Auftragswesen
- Strafvorschriften
- Checkliste typischer Verfahrensfehler

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-RPB245>

Zielgruppe: Rechnungsprüfer, Prüfer von Verwendungsnachweisen für Zuwendungen.

Mitzubringende Arbeitsmittel: UVgO, GWB, VgV

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
22.01.2020	22.01.2020	München	255,00 €	Referententeam
11.05.2020	11.05.2020	Nürnberg	255,00 €	Referententeam
08.07.2020	08.07.2020	München	255,00 €	Referententeam

Themenbereich Rechnungsprüfung

Die Prüfung von Zuwendungen - ein Seminar für Rechnungsprüfer und Prüfer von Zuwendungsmaßnahmen

RPB309

Die Prüfung von Zuwendungen stellt darauf ab, dass der Zuwendungsgeber seinen Aufgaben bei der Bewilligung und Abwicklung der Zuwendungen, einschließlich der Verwendungsnachweisprüfung gerecht wird und die haushalts- und ggf. die besonderen zuwendungsrechtlichen Vorgaben ordnungsgemäß vollzieht. Besondere Bedeutung kommt dabei den örtlichen Erhebungen bei den Zuwendungsempfängern zu. Erst hier kann letztlich festgestellt werden, ob Zuwendungsantrag, Sachbericht und zahlenmäßiger Nachweis übereinstimmen und ob die Ausgaben genehmigt, wirtschaftlich und ordnungsgemäß dem Wettbewerb unterstellt waren. Hierfür zuständig sind in erster Linie die Rechnungshöfe von Bund und Ländern bzw. die sonstigen Prüfungseinrichtungen, für die von ihren Körperschaften ausgereichten Zuwendungen. Bei der Prüfung der eigenen Körperschaft gilt es, Fehlentwicklungen frühzeitig zu verhindern. Ebenfalls werden die örtlichen Prüfungseinrichtungen regelmäßig als (Vor-)Prüfer des Verwendungsnachweises tätig. Feststellungen wirken sich dann unmittelbar gegen die eigene Körperschaft aus.

Schwerpunkte:

Prüfung der Bewilligung und Abrechnung von Zuwendungen:

- Liegen die grundsätzlichen Voraussetzungen für die Zuwendung vor („Freigabe“ durch die EU)?
- Hat die Bewilligungsbehörde die Bewilligungsvoraussetzungen, einschließlich der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Zuwendungsempfängers, nachvollziehbar geprüft?
- Erfolgte die Bescheiderstellung unter Beachtung der jeweiligen VV zu § 44 der BHO/LHO?
- Wurden die Auflagen/Bedingungen der Bewilligung beachtet (Schwerpunkt Vergaberecht)?
- Wurde die Maßnahme zeitgerecht abgewickelt (Verwendungsnachweisprüfung/ggf. Rückforderung von Zuwendungen)?

Prüfung der ordnungsgemäßen Verwendung von Zuwendungen - Verwendungsnachweis (Vor-)Prüfung:

- Wurden die Auflagen/Bedingungen im Zuwendungsbescheid beachtet?
- Was wurde mit den Zuwendungsmitteln tatsächlich beschafft?
- Stehen die mit Zuwendungsmitteln geleisteten Ausgaben im Einklang mit der Bewilligung?
- Wurde bei Rückforderungen die Schadensersatzpflicht geprüft?

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-RPB309>

Zielgruppe: Kommunale und staatliche Rechnungsprüfer, Prüfer von Zuwendungsmaßnahmen

Mitzubringende Arbeitsmittel: BHO/LHO (§§ 23, 44 mit VV), VwVfG, UVgO, VOB, GWB, VgV

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
20.01.2020	20.01.2020	München	255,00 €	Referententeam
24.03.2020	24.03.2020	Nürnberg	255,00 €	Referententeam

Themenbereich Rechnungsprüfung

Auswertung von Finanzdaten im Rahmen der Rechnungsprüfung

RPB376

In diesem Seminar werden die Möglichkeiten der IT-gestützten Auswertungen von Finanzdaten für die Rechnungsprüfung aufgezeigt. Anhand verschiedener Analysen von Daten aus Datenüberlassung nach GdPDU/GoBD wird dargestellt, in welche Richtung eine Unterstützung der Prüfung erfolgen kann. Es werden verschiedene Auswertungstechniken (Office-Tools, Pivot-Techniken und weitere Datenwerkzeuge) demonstriert und anhand von Praxisbeispielen mit den Teilnehmenden gemeinsam er- und bearbeitet.

Schwerpunkte:

- Darstellung der Datenformate
- Notwendige Schritte für die Datenübernahme
- Auswertungen der Finanzdaten (z. B. Berechnung des Jahresabschlusses, Wochenendbuchungen, Überprüfung von Benutzerrechten und weitere)
- Zusammenführung von Datenbeständen (z. B. Stamm- und Bewegungsdaten, Vorverfahren und Finanzwesen)
- Liquiditätsanalysen
- Veränderung der Prüfungsmethodik
- Aufzeigen der Möglichkeiten und Grenzen der digitalen Prüfung

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-RPB376>

Zielgruppe: Mitarbeiter aus den Bereichen der Rechnungsprüfung, Revision und Controlling, die sich für die digitale Prüfung von Buchungsbeständen **interessieren**

Von
23.04.2020

Bis
24.04.2020

Seminarort
München

Preis
455,00 €

Referent/in
Herr Jens Deikert

Themenbereich Rechnungsprüfung

Die Prüfung von Baumaßnahmen durch das Rechnungsprüfungsamt

RPB400

Die Vorbereitung und Durchführung kommunaler Bauvorhaben stellt eine äußerst komplexe Aufgabe dar. Mit den während der Planungs- und Realisierungsphase auftretenden Problemen wird das Rechnungsprüfungsamt bei der Prüfung von Baumaßnahmen - aber auch schon bei baubegleitenden Beratungen - regelmäßig konfrontiert. Im Spezialseminar werden neben der aktuellen Rechtslage nach VOB und HOAI auch die Organisation und Methoden der Prüfung von Baumaßnahmen besprochen. Die sich den Rechnungsprüfern stellenden Anforderungen bei der Prüfung von Baumaßnahmen werden gründlich herausgearbeitet und Wege für Problemlösungen aufgezeigt. Es wird besonderer Wert auf Praxisnähe gelegt. Deshalb ist es ausdrücklich erwünscht, dass die Seminarteilnehmer Fragen aus ihrer eigenen Tätigkeit zur Diskussion stellen und diese bereits vorab (möglichst bis 14 Tage vor Seminarbeginn) beim Kommunalen Bildungswerk e. V. einreichen. Die Seminartage sind inhaltlich voneinander abgegrenzt und können einzeln gebucht werden.

Schwerpunkte:

Teil 1 - Grundlagen der baufachlichen

Rechnungsprüfung

- Rechtsgrundlagen
- Abwicklung kommunaler Bauvorhaben
- Vergabeverfahren
- Bauherrenaufgaben
- Organisation der Prüfung von Baumaßnahmen

Teil 2 - Die Bauleistungen, VOB

- LV mit Vertragsbedingungen
- Bauabrechnungen
- Behandlung von Nachträgen

Teil 3 - Die Architekten- und Ingenieurleistungen, HOAI

- Vertragsgestaltung
- Honorarvereinbarung
- Honorarabrechnung
- Gewährleistung und Haftung

Anmeldung im Internet unter

<https://www.kbw.de/-RPB400>

Zielgruppe: Technische Prüfer und andere Mitarbeiter kommunaler Rechnungsprüfungsämter oder überörtlicher Kommunalprüfungseinrichtungen, die technische Prüfungen von Baumaßnahmen durchführen und vertiefte Kenntnisse in den beschriebenen Schwerpunkten erwerben wollen; technische Kommunalbedienstete wie Bauamtsleiter und Stadtbaumeister. Praktische Kenntnisse des Bauens oder/und der baufachlichen Rechnungsprüfung werden vorausgesetzt. Die Anmeldungen für den Gesamtkurs werden vorrangig berücksichtigt.

Mitzubringende Arbeitsmittel: VOB, HOAI

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
13.11.2019	15.11.2019	Frankfurt am Main	495,00 €	Frau Judith Georgi
16.11.2020	18.11.2020	Frankfurt am Main	540,00 €	Frau Judith Georgi

Themenbereich Rechnungsprüfung

Praxisfälle aus der Prüfung von Baumaßnahmen durch das Rechnungsprüfungsamt

RPB400P

Die Abwicklung kommunaler Bauvorhaben stellt eine äußerst komplexe Aufgabe dar, an deren Lösung verschiedene Verwaltungsbereiche sowie Externe beteiligt sind. Die Anforderungen an die Rechnungsprüfer bei der Prüfung von Baumaßnahmen sind deshalb vielschichtig. Im Spezialseminar werden komplexe Praxisfälle aus der Prüfung von Baumaßnahmen vorgestellt und dabei Zusammenhänge zwischen möglichen Fehlern und deren Auswirkungen auf die Abwicklung des Vorhabens aufgezeigt. Es wird besonderer Wert auf Praxisnähe gelegt. Deshalb ist es ausdrücklich erwünscht, dass die Seminarteilnehmer Fragestellungen aus ihrer eigenen Tätigkeit zur Diskussion stellen und diese bereits vorab (bis 2 Wochen vor Seminarbeginn) beim Kommunalen Bildungswerk e. V. einreichen. Die Seminartage sind inhaltlich voneinander abgegrenzt und können einzeln gebucht werden.

Schwerpunkte:

- Ausschreibung der Bauleistungen
- Prüfung und Wertung der Angebote
- Abrechnung der Bauleistungen
- Nachträge
- Beauftragung von Architekten und Ingenieuren
- Honorarvereinbarung und -abrechnung
- Gewährleistung und Haftung

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-RPB400P>

Zielgruppe: Technische Prüfer und andere Mitarbeiter kommunaler Rechnungsprüfungsämter oder überörtlicher Prüfungseinrichtungen, die technische Prüfungen von Baumaßnahmen durchführen und durch den Austausch von Prüfungserfahrungen vertiefte Kenntnisse komplexer Zusammenhänge erwerben wollen; technische Kommunalbedienstete wie Bauamtsleiter, Stadtbaumeister. Praktische Kenntnisse des Bauens und/oder der baufachlichen Rechnungsprüfung werden vorausgesetzt. Bitte beachten Sie, dass die Anmeldungen für den Gesamtkurs vorrangig berücksichtigt werden.

Mitzubringende Arbeitsmittel: VOB (Teile A, B und C), HOAI

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
04.12.2019	05.12.2019	Frankfurt am Main	370,00 €	Frau Judith Georgi
03.12.2020	04.12.2020	Frankfurt am Main	400,00 €	Frau Judith Georgi

Die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV) hat federführend die Neufassung der DGUV Vorschrift 49 und die zugehörige DGUV Regel 105-049 für Pflichtfeuerwehren und freiwillige Feuerwehren erarbeitet. Diese neue, bundesweit geltende Vorschrift musste ab dem 01. Januar 2019 von den gesetzlichen Unfallversicherungsträgern in Kraft gesetzt werden, ist aber noch nicht flächendeckend umgesetzt. Im Seminar werden die Neuregelungen vorgestellt und erläutert. So wurde z. B. wurde die "Organisation von Sicherheit und Gesundheitsschutz" erstmalig in die Vorschrift aufgenommen. Neuerdings liegt nun die Gesamtverantwortung für die freiwilligen Feuerwehren bei den Kommunen und Landkreisen, nicht mehr bei der Leitung der Feuerwehren. Ihnen obliegt damit auch die Verantwortung für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz der Feuerwehrangehörigen. Die Teilnehmer werden in die Lage versetzt, die neue DGUV Regel 105-049 "Feuerwehren" rechtssicher anzuwenden.

Schwerpunkte:

- Organisation von Sicherheit und Gesundheitsschutz: Gefährdungsbeurteilung; sicherheitstechnische und medizinische Beratung; arbeitsmedizinische Vorsorge; Instandhaltung; Prüfung u. a.
- Feuerwehreinrichtungen: bauliche Anlagen; Geräte, Ausrüstungen, Feuerwehrfahrzeuge; persönliche Schutzausrüstungen
- Betrieb: Verhalten im Feuerwehrdienst; Kinder und Jugendliche in der Feuerwehr; (Selbst-)Rettungsübungen; Einsatz von Atemschutzgeräten; Einsturz- und Absturzgefahren; Gefährdung durch elektrischen Strom

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-RTB034>

Zielgruppe: Wehrleiter, Führungskräfte der Feuerwehren, Sachbearbeiter Feuerwehr in Kommunalverwaltungen

Von
01.12.2020

Bis
01.12.2020

Seminarort
Frankfurt am Main

Preis
255,00 €

Referent/in
Herr Jörg Schrömgies

Innerhalb der Feuerwehr hat der Wehrleiter eine zentrale Führungsrolle, deren Aufgabenkomplexität und Arbeitsbelastung in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen ist. Überdies werden neu gewählte Wehrleiter vor ihrem Dienstantritt meistens nicht bzw. nur ungenügend eingewiesen. Das Seminar erläutert alle Aufgabenbereiche für Wehrleiter und ihre Stellvertreter. Außerdem zeigt es die Möglichkeit der Arbeitsentlastung mittels ausgewählter Hilfeleistungsgesetze auf.

Schwerpunkte:

- Gesetze und andere Rechtsvorschriften
- Der Leiter einer Feuerwehr als Integrationsfigur
- Aufgaben: Arbeit in unterstützenden Gremien; Leitung im Innen- und Einsatzdienst; Aus- und Fortbildung; Unfallverhütung und Haftungsrecht; Einsatzbelastungen und Krisenintervention; Beschaffung von Fahrzeugen, Geräten und Ausrüstung; Presse- und Öffentlichkeitsarbeit; Personalgewinnung und Jugendfeuerwehr; Ehrungen und Beförderungen
- Fallbeispiele

Anmeldung im Internet unter

<https://www.kbw.de/-RTB037>

Zielgruppe: Wehrleiter/-führer und stellvertretende Wehrleiter/-führer; Führungskräfte und Mitarbeiter kommunaler Verwaltungen, die für die Feuerwehr zuständig sind

Von 29.11.2019 Bis 29.11.2019

Seminarort Frankfurt am Main

Preis 240,00 €

Referent/in Herr Jörg Schrömgies

Extremwetterlagen mit Starkregen, Stürmen sowie Hitzewellen häufen sich und sorgen für eine steigende Zahl an Feuerwehreinsätzen. Die Teilnehmenden lernen, wie sie Extremwetterlagen durch eine vorausschauende Einsatzvorbereitung effektiv und sicher bewältigen sowie Alarm- und Einsatzpläne aufstellen können. Eigene Konzepte können mitgebracht werden.

Schwerpunkte:

- Extremwetterereignisse und ihre Schadensrisiken
- Gefährdungs- und Risikoanalyse
- Einsatzgrundsätze in Extremwetterlagen
- Ausstattungskonzepte und spezielle Geräte zur Abwehr wetterbedingter Gefahren
- Mobile Hochwasserschutzsysteme
- Einsatzorganisation in Flächenlagen
- Alarmplanung
- Einsatzvorbereitung, Einsatztaktik, Unfallverhütung und Einsatzgrenzen
- Unterstützungsangebote für Kommunen
- Zusammenarbeit zwischen Feuerwehren und Kommunen

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-RTB038>

Zielgruppe: Feuerwehr(führungs)kräfte (Wehrleitung Alarm- und Einsatzplanung), kommunale Mitarbeitende Sachbearbeitung Feuerwehr

Von
30.11.2020

Bis
30.11.2020

Seminarort
Frankfurt am Main

Preis
255,00 €

Referent/in
Herr Jörg Schrömgies

Dieses Fachseminar richtet sich insbesondere an neue Mitarbeiter in Jobcentern aus dem Bereich Leistungsgewährung, aber auch aus Bereichen, für die das Leistungsrecht nach dem SGB II im Arbeitsalltag relevant ist. Im deutlich an den Anforderungen der praktischen Arbeit ausgerichteten Seminar wird ein komprimierter Einstieg in das Leistungsrecht des SGB II vermittelt. Schwerpunkt am ersten Tag werden die Leistungsberechtigten und die verschiedenen Leistungen des SGB II sein. Am zweiten Tag wird der Fokus auf das Einkommen und Vermögen gerichtet. Ziel ist es hierbei, die Teilnehmer zu befähigen, sowohl einen Vermögensfreibetrag, als auch das Einkommen mit den verschiedenen Absetzungsbeträgen richtig berechnen zu können.

Schwerpunkte:

- Leistungsberechtigte: Erwerbsfähigkeit; Hilfebedürftigkeit; Bedarfsgemeinschaft; ausgeschlossene Personen
- Leistungen nach dem SGB II: Regelbedarf; Mehrbedarf; Sozialgeld; Kosten der Unterkunft; abweichende Erbringung von Leistungen
- Bildung und Teilhabe
- Abgrenzung Einkommen und Vermögen
- Vermögen: Berücksichtigung; geschütztes Vermögen; abzusetzende Beträge
- Einkommen: Berechnung; geschütztes Einkommen; abzusetzende Beträge; Anrechnung des Einkommens

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-SOA001P>

Zielgruppe: Neue Mitarbeiter von Jobcentern aus dem Bereich Leistungsrecht, unabhängig davon, ob dies gemeinsame Einrichtungen oder kommunale Jobcenter sind; Mitarbeiter aus Telefonzentralen, Servicecentern, Eingangszonen, aber auch Betreuer, die sich einen Überblick über das Leistungsrecht im SGB II verschaffen möchten

Mitzubringende Arbeitsmittel: Gesetzestext SGB II, Taschenrechner

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
14.05.2020	15.05.2020	Nürnberg	400,00 €	Herr Florian Zang
01.10.2020	02.10.2020	Nürnberg	400,00 €	Herr Florian Zang

Themenbereich Seminare zum SGB II und zu angrenzenden Gesetzen

SGB II - intensiv: von den Grundlagen der Leistungsgewährung bis zur Rückforderung

SOA001S

Diese speziell als Wochenkurs konzipierte Intensiv-Schulung richtet sich an Mitarbeiter der Jobcenter aber auch an sonstige Interessenten (Juristen, Mitarbeiter der Wohlfahrtsverbände, Schnittstellenämter usw.), die das SGB II strukturiert und umfassend erlernen und anwenden wollen. In fundierter und systematischer Form wird in die vielfältigen Anspruchsvoraussetzungen und das komplexe Leistungsrecht eingeführt. Ebenso wird der Umgang mit Leistungsbeschränkungen, Sanktionen sowie Aufrechnungen und Rückforderungen vermittelt. Auf das Rangverhältnis und Abgrenzungsproblematiken zum SGB XII und weiteren „angrenzenden“ sozialen Leistungen (Wohngeld, Kinderzuschlag, Rente etc.) wird eingegangen. Zur Veranschaulichung dienen Übungsfälle und Praxisbeispiele.

Schwerpunkte:

- Das Antragsverfahren (insb. Mitwirkungs- und Amtsermittlungspflichten) und die Prüfung vorrangiger Leistungen (Subsidiaritätsprinzip)
- Abgrenzung zwischen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II und der Sozialhilfe sowie der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII
- Anspruchsberechtigte: Die Bildung von Haushalts- und Bedarfsgemeinschaft
- Besonderheiten bei ausländischen Antragstellern
- Arbeitslosengeld II/Sozialgeld: Regelbedarf; Mehrbedarf; einmalige Leistungen;
- Gewährung und Tilgung von Darlehen
- Schul- und Teilhabebedarfe (Bildungspaket)
- Einkommen und Vermögen: Abgrenzung; Einkommensbereinigung; Freibeträge bei Erwerbstätigkeit;
- Einsatzmodalitäten
- Einsatz des Einkommens und Vermögens innerhalb der Bedarfsgemeinschaft: Ehegatten; Eltern; Lebenspartner und Partner in eheähnlichen Gemeinschaften
- Vorläufige Entscheidung (§ 41a SGB II)
- Kosten der Unterkunft (Wohnungsmiete, selbst genutztes Wohneigentum)
- Übernahme von Miet- und Energieschulden nach dem SGB II in Abgrenzung zur Übernahme nach § 36 SGB XII
- Sanktionsrecht im SGB II
- Aufrechnungsmöglichkeiten
- Überblick über Rücknahme und Widerruf von Verwaltungsakten und die Rückforderung zu Unrecht erbrachter Leistungen
- Missbrauchsabwehr (Datenabgleich, Ermittlungsdienste, Zusammenarbeit mit anderen Behörden)

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-SOA001S>

Zielgruppe: Mitarbeiter der Jobcenter, der Sozialämter und der Rechnungsprüfungsämter; Berufsbetreuer und Mitarbeiter beratender Einrichtungen

Mitzubringende Arbeitsmittel: SGB II und XII, Taschenrechner

Von
11.05.2020

Bis
15.05.2020

Seminarort
Nürnberg

Preis
865,00 €

Referent/in
Herr Torsten Beike

Die Teilnehmer erhalten einen Überblick über Zuständigkeiten und Inhalte des SGB II. Systematisch werden die Grundkenntnisse im Leistungsrecht des SGB II anhand von Beispielen vermittelt und erarbeitet, so dass die Teilnehmer die notwendige Rechtssicherheit für die tägliche Arbeit erlangen.

Schwerpunkte:

- Überblick über das SGB II: Leistungsträger und Verantwortlichkeiten
- Gemeinsame Vorschriften für Leistungen: örtliche Zuständigkeit; Antragserfordernis; Vertretung der Bedarfsgemeinschaft; Berechnung der Leistungen und Bewilligungszeitraum; Fälligkeit und Auszahlung
- Leistungsberechtigte: Anspruchsvoraussetzungen; Bedarfsgemeinschaften, Haushaltsgemeinschaften, Wohngemeinschaften; Ausschlussstatbestände; Erwerbsfähigkeit; Hilfebedürftigkeit
- Leistungsansprüche: Alg II und Sozialgeld; Mehrbedarfe; Bedarfe für Unterkunft und Heizung; abweichende Erbringung von Leistungen; Zuschuss zu den Versicherungsbeiträgen; Bedarfe für Bildung und Teilhabe
- Hilfebedürftigkeit
- Einkommen: Berechnungsgrundsätze; privilegiertes Einkommen; abzusetzende Beträge
- Vermögen: Grundsätze; nicht zu berücksichtigendes Vermögen; Freibeträge, Darlehensgewährung
- Vorläufige Entscheidung
- Darlehen und Aufrechnung

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-SOA008Z>

Zielgruppe: Neue Mitarbeiter der Bundesagentur für Arbeit, der Jobcenter, der Sozialämter und der Rechnungsprüfungsämter

Mitzubringende Arbeitsmittel: SGB II, Alg II-VO, SGB X

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
25.03.2020	27.03.2020	Nürnberg	540,00 €	Herr Florian Zang
11.05.2020	13.05.2020	Frankfurt am Main	540,00 €	Frau Daniela Knopf

Die Bearbeitung von Leistungsfällen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) stellt sehr häufig eine besondere Herausforderung dar. Wenn die notwendigen Kenntnisse über Einkommen, Vermögen, Kosten der Unterkunft, Sozialversicherung usw. auf die Antragsbearbeitung von Selbstständigen anzuwenden sind, zeigt sich, dass ein solides Grundwissen benötigt wird, das mit speziellen Kenntnissen der Zielgruppe zu koppeln ist. In den 4 Seminartagen werden alle mit diesem Thema verbundenen Inhalte in umfassender und logischer Art vermittelt. Es erfolgt ein grundlegender Einstieg in die Thematik. Darüber hinaus werden die einschlägigen Vorschriften und typischen Besonderheiten für den Personenkreis der Selbstständigen erläutert und praxisorientiert diskutiert. Ziel ist es, mit Anträgen von Selbstständigen sachkundig umgehen zu können, die notwendige Handlungssicherheit zu erlangen, sowie Auswertungsmöglichkeiten einzusetzen, aber auch die Kundenfreundlichkeit insgesamt zu erhöhen. Das Konzept sieht vor, dass auch einzelne Tage gebucht werden können.

Schwerpunkte:

Teil 1

- Gesellschaftsarten (im SGB II), Unterscheidung Selbstständigkeit und Unselbstständigkeit (Scheinselbstständigkeit)
- Selbstständigkeit im Sinne des § 7 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 SGB II (Ausländer), Beginn und Ende der Selbstständigkeit
- Wie viele Selbstständigkeiten sind zu berücksichtigen? (Trennung und/oder Zusammenfassung von mehreren ausgeübten Tätigkeiten), Glaubhaftmachung des Anspruchs und vorläufige Bewilligung (Entscheidungshilfen bei Ablehnungen oder Versagungen)

Teil 2

- Kranken- und Pflegeversicherung von Selbstständigen im SGB II: KV- und PV-Pflicht; private KV/PV; Zuschuss nach § 26 SGB II
- Meldeversäumnisse nach § 32 SGB II
- Eingliederungsvereinbarung: Inhalt, Gestaltung und Grenzen einer EGV

Teil 3

- Zuflussprinzip (Besonderheiten)
- Betriebsvermögen (Angemessenheit/Verwertbarkeit)
- Übersetzung des Steuersystems ins SGB II (Berechnung der Liquidität, Handhabung bei Bilanzierungen)
- Einkommen nach § 3 Alg II-V (Berechnungsmethodik)
- Betriebseinnahmen

Teil 4

- Betriebsausgaben, Verlustübertragungen, Einkommensbereinigung
- Abschließende Entscheidung (auch hinsichtlich der KV/PV)
- Strategien im Umgang mit Selbstständigen nach und vor negativer Fortsetzungsprognose: Feststellung der Fortsetzungswürdigkeit; Alternativen (§ 12a SGB II); Strategien

Anmeldung im Internet unter

<https://www.kbw.de/-SOA033>

Zielgruppe: Mitarbeiter der SGB II-Behörden, die sich nach einer längeren Unterbrechung oder erstmalig mit dem Thema „Selbstständige im SGB II“ beschäftigen (Arbeitsvermittler, Sachbearbeiter, Mitarbeiter der Widerspruchs- und Rechtsstellen). Teilnehmer, die nur die letzten beiden Tage besuchen möchten, sollten bereits über Basiswissen verfügen. Bitte beachten Sie, dass die Anmeldungen für den Gesamtkurs vorrangig berücksichtigt werden.

Mitzubringende Arbeitsmittel: Alg II-V, SGB II und SGB V

Von 05.10.2020 Bis 08.10.2020

Seminarort München

Preis 865,00 €

Referent/in Herr Gert Kohnke

Integrationsfachkräfte in Jobcentern stehen vor der Herausforderung, dass sie sich mit sehr unterschiedlichen beruflichen Werdegängen in diversen Berufen im Kundengespräch konfrontiert sehen. Im Seminar werden insbesondere neuen Integrationsfachkräften die erforderlichen rechtlichen, beraterischen und berufskundlichen Kenntnisse vermittelt. Ihnen werden darüber hinaus auch die Möglichkeiten aufgezeigt, wie mit den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und/oder mit den einstellungsbereiten Arbeitgebern auf Augenhöhe kommuniziert werden kann, wenn es um Fortbildungsbedarfe und Integrationsmöglichkeiten geht.

Schwerpunkte:

- Schulsysteme in den Bundesländern - Gemeinsamkeiten und Unterschiede
- Das duale Ausbildungssystem in Deutschland
- Schulische Ausbildungsgänge
- Wesentliche Einrichtungen des Schul- und Ausbildungssystems sowie Zugangsvoraussetzungen
- Nachholen von Schul- und Berufsabschlüssen
- Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen
- Berufssystematik KLDB 2010 (amtliche Berufsklassifikation der Arbeitsagenturen)
- Zugangsvoraussetzungen einzelner Berufsbilder, Ausbildungs- und Tätigkeitsinhalte, Verdienst und Beschäftigungsmöglichkeiten
- System der Schlüsselkompetenzen
- Nutzung von BERUFENET als Selbstinformationsmedium
- Arbeitsmarktliche Betrachtungsweise einzelner Branchen (z. B. des Pflegebereiches)
- Berufliches Querdenken

Anmeldung im Internet unter

<https://www.kbw.de/-SOA043>

Zielgruppe: Neue Integrationsfachkräfte in Jobcentern

Von
02.12.2019

Bis
03.12.2019

Seminarort
Nürnberg

Preis
370,00 €

Referent/in
Herr Sven Lohberg

Themenbereich Seminare zum SGB II und zu angrenzenden Gesetzen

SGB II - Förderung von Fortbildung und Umschulung im Bereich der Grundsicherung - ein Seminar für Integrationsfachkräfte (unter Berücksichtigung des neuen AWStG)

SOA044

Die Förderung von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen durch eine Fortbildung und/oder eine Umschulung stellt für die Grundsicherungsstellen das nachhaltigste arbeitsmarktlche Instrument dar, um Arbeitslose langfristig in den ersten Arbeitsmarkt einzugliedern. Durch diese Fördermöglichkeiten werden die meisten Mittel in den Eingliederungstiteln der Jobcenter gebunden. Deshalb ist es umso wichtiger, die richtige Förderauswahl zu treffen und die zugrunde liegenden rechtlichen Regelungen sowie die arbeitsmarktlchen Bedarfe zu kennen. Im Seminar wird neu eingesetzten Integrationsfachkräften/Arbeitsvermittlern, die mit dem Thema Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW) betraut sind, auch anhand von praktischen Fallbeispielen, Grundlagenwissen vermittelt. Ebenso wird auf die zusätzlichen Möglichkeiten eingegangen, die der Gesetzgeber den Grundsicherungsstellen durch die Einführung des Gesetzes zur Stärkung der beruflichen Weiterbildung und des Versicherungsschutzes in der Arbeitslosenversicherung (AWStG) und des 9. Änderungsgesetzes zum SGB II ermöglicht.

Schwerpunkte:

- Berufliche Bildung
- Die Ziele beruflicher Weiterbildung
- Allgemeine und spezielle rechtliche Voraussetzungen
- FbW-Leistungen
- Die richtige Förderauswahl
- Das Bildungsgutscheinverfahren
- Die Eingliederungsvereinbarung im Bereich Fortbildung und Umschulung
- Das Absolventenmanagement
- Der Maßnahmeabbruch
- Die gesetzlichen Änderungen durch das neue AWStG und deren Auswirkungen in der Praxis
- Die Bildungszielplanung
- Die betriebliche Einzelumschulung

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-SOA044>

Zielgruppe: Neue Integrationsfachkräfte/Arbeitsvermittler in Jobcentern

Mitzubringende Arbeitsmittel: SGB I, SGB II, SGB III

Von
21.11.2019

Bis
22.11.2019

Seminarort
Nürnberg

Preis
370,00 €

Referent/in
Herr Sven Lohberg

Themenbereich Seminare zum SGB II und zu angrenzenden Gesetzen

Bildung und Teilhabe (BuT) - ein Workshop für Fachkräfte - unter Berücksichtigung der Änderungen durch das "Starke-Familien-Gesetz"

SOA051

In dem Workshop wird die Entwicklung der Leistungen für Bildung und Teilhabe des letzten Jahres in Literatur und Rechtsprechung dargestellt. Es besteht Gelegenheit zum Austausch über rechtliche Fragen und über die unterschiedliche Vorgehensweise bei der Leistungserbringung. Darüber hinaus ist Raum für die Besprechung von praktischen Fragestellungen der Teilnehmer. Eine wiederholte Teilnahme an dem jährlich stattfindenden Workshop ist möglich und gewünscht. Wegen der hohen Nachfrage wird gebeten, höchstens zwei Teilnehmer pro Behörde anzumelden. Der vorherige Besuch des Fachseminars Code: SOA050Z wird empfohlen.

Schwerpunkte:

- Aktuelle Entwicklungen in Rechtsprechung, Literatur und Gesetzgebung
- Aktuelle rechtliche Probleme
- Austausch zur Vorgehensweise bei der Leistungserbringung
- Besprechung von schwierigen Problemstellungen

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-SOA051>

Zielgruppe: Führungskräfte und Mitarbeiter von Jobcentern und Kommunen, die strategisch an der Umsetzung der einschlägigen Normen beteiligt sind, z. B. Abteilungsleiter, Teamleiter, Koordinatoren

Mitzubringende Arbeitsmittel: SGB II, SGB XII, BKGG, AsylbLG, SGB X, Alg II-VO; soweit vorhanden Formulare für Anträge, Gutscheine, Bescheide; kommunale und/oder landesweite Weisungen/Arbeitshilfen

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
03.02.2020	04.02.2020	Frankfurt am Main	400,00 €	Herr Dr. Gunnar Formann

Am 12. April 2019 hat der Bundesrat dem Starke-Familien-Gesetz (StaFamG) zugestimmt. Es enthält wesentliche Änderungen für die Bedarfe für Bildung und Teilhabe. Der Gesetzgeber hat bei fast allen Leistungen die materiellen Voraussetzungen teils angepasst, teils auch erheblich verändert. Die Beschränkung auf die Erbringung als Sachleistung ist weggefallen. Dies hat erhebliche Auswirkungen auf die Praxis der Leistungserbringung. Auch die Regelungen zur Antragstellung sind angeglichen und vereinfacht worden. Die Änderungen greifen im Wesentlichen zum 1. August 2019. Das Seminar legt kurz die maßgeblichen Voraussetzungen der Leistungen für Bildung und Teilhabe in der Grundsicherung für Arbeitsuchende, in der Sozialhilfe, bei den Leistungen für Asylbewerber und nicht zuletzt für die Empfänger von Wohngeld oder Kinderzuschlag (§ 6b BKGG) dar und stellt die Veränderungen durch das Starke-Familien-Gesetz heraus. Dabei wird auf die rechtlichen und praktischen Probleme der Neuregelungen eingegangen und der Handlungsbedarf der Kommunen aufgezeigt.

Schwerpunkte:

- Überblick über die Leistungsvoraussetzungen in allen Rechtskreisen
- Änderungen durch das Starke-Familien-Gesetz
- Rechtliche Auswirkungen der Neuregelung
- Praktische Auswirkungen der Neuregelung
- Handlungsbedarf der Kommunen

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-SOA051Z>

Zielgruppe: Mitarbeiter vom Kommunen und Jobcentern

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
20.11.2019	20.11.2019	Frankfurt am Main	265,00 €	Herr Dr. Gunnar Formann

Das Seminar richtet sich insbesondere an neue Mitarbeiter von Jobcentern, die noch keine Erfahrungen in der öffentlichen Verwaltung haben und als Quereinsteiger im Bereich Leistungsgewährung eingesetzt werden oder in ihrem Arbeitsbereich häufig Berührungspunkte mit der Leistungsgewährung haben. Sie erhalten einen komprimierten Gesamtüberblick über das Leistungsrecht des SGB II und über die wichtigsten angrenzenden Rechtsgebiete, welche sie zu Beginn ihrer Tätigkeit benötigen. Darüber hinaus werden die Grundsätze des allgemeinen Verwaltungsrechts und -handelns vermittelt. Das Seminar ist daher insbesondere für Mitarbeitende geeignet, die bislang nicht in der öffentlichen Verwaltung tätig waren, kann aber auch mit Verwaltungserfahrung besucht werden.

Schwerpunkte:

- Allgemeines Verwaltungsrecht und -handeln
- Anspruchsvoraussetzungen nach dem SGB II (Erwerbsfähigkeit, Hilfebedürftigkeit, Bedarfsgemeinschaft, Leistungsausschluss)
- Leistungen nach dem SGB II: Regelbedarfe, Mehrbedarfe, Kosten der Unterkunft
- Einkommen und Vermögen
- Vorrangige Leistungen
- Sanktionen
- Darlehen

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-SOA063>

Zielgruppe: Neue Mitarbeiter in Jobcentern im Bereich Leistungsrecht mit und ohne Verwaltungserfahrung, neue Mitarbeiter in Telefon- und Servicecentern, sowie Eingangszonen. (Es ist nicht erheblich, ob das Jobcenter als gemeinsame Einrichtung oder zugelassener kommunaler Träger organisiert ist.) Ideal auch für Berufseinsteiger.

Mitzubringende Arbeitsmittel: SGB II

Von
06.10.2020

Bis
07.10.2020

Seminarort
Nürnberg

Preis
400,00 €

Referent/in
Herr Martin Goldberg

Themenbereich Seminare zum SGB II und zu angrenzenden Gesetzen

Wenn Sozialleistungsmissbrauch und Datenschutz aufeinander treffen - eine Lösungssuche (unter Berücksichtigung der gesetzlichen Neuregelungen)

SOA075

Im Spezialseminar wird deutlich gemacht, welche Möglichkeiten und Grenzen die Beachtung des Datenschutzes den Mitarbeitern der Jobcenter bei der Sachverhaltsaufklärung bietet. Es werden u. a. folgende Fragen beantwortet: Welche Befugnisse besitzen die Mitarbeiter und wie lassen sich diese ausschöpfen? Welche Rolle spielen Polizei und Zoll; dürfen sie in die Aufklärungsarbeit der Leistungsträger einbezogen werden? Das Seminar stellt eine sinnvolle Ergänzung zum Seminar Code: SOA070 (www.kbw.de/-soa070) dar. Im Seminar finden die Änderungen durch die Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO) und das neue deutsche Datenschutzrecht angemessen Berücksichtigung.

Schwerpunkte:

- Behandlung anonymer und vertraulicher Hinweise sowie von Zufallsfunden, Anknüpfung an staatsanwaltliche Ermittlungen und polizeiliche Anfragen
- Behandlung manipulierter Arbeits-/Mietverträge, Einkommensnachweise, Kontoauszüge, Nebenkostenabrechnungen usw.
- Untersuchungsgrundsatz und Beweismittel („Amtsermittlungspflicht“) im Lichte des Datenschutzes
- Datenerhebung und Informationsbeschaffung bei Betroffenen sowie bei Dritten als Ausnahme
- Datenerhebung und Mitwirkungspflichten Betroffener und Dritter, Datenübermittlung in Auskunftersuchen
- Grenzen der Mitwirkungspflicht und Folgen zulässiger Mitwirkungspflichtverweigerung
- Akteneinsicht und Auskunft - Grenzen und Schutzrechte Dritter, insbesondere Schutz von Informanten; Hinweise zur sachgerechten Aktenführung
- Datenübermittlung im Straf(ermittlungs)verfahren - Fallgestaltungen und Unterschiede, Zulässigkeit und Auswirkungen, Auswahl der zutreffenden Rechtsgrundlage
- Behandlung von Anträgen auf Datenlöschung (zum Zwecke der Beweisvernichtung)

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-SOA075>

Zielgruppe: Sachbearbeiter und Führungskräfte in Leistungsbereichen SGB II und XII mit mindestens einjähriger Berufserfahrung im Aufgabengebiet, Datenschutzbeauftragte für SGB II und XII-Bereiche. Vorkenntnisse des Sozialrechts werden vorausgesetzt.

Mitzubringende Arbeitsmittel: Gesetzestexte SGB II/XII (je nach eigenem Aufgabengebiet der Teilnehmer), SGB I und X

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
09.12.2019	09.12.2019	Frankfurt am Main	240,00 €	Herr Eric Janzen

Welcher Mitarbeiter eines Jobcenters trägt nicht das Gefühl mit sich herum, dass in dem einen oder anderen Fall etwas faul sein und nicht mit rechten Dingen zugehen könnte? Um diese „faulen Fälle“ gezielt unter die Lupe zu nehmen und genauer betrachten zu können, bedarf es neben den rechtlichen Kenntnissen auch einiges an Spürsinn, um Fälle von Leistungsmissbrauch zu erkennen und entsprechend zu reagieren. Dabei obliegt den Jobcentern die Verantwortung für die rechtmäßige Erbringung ihrer Leistungen. Dieser Verantwortung können sie nur dann gerecht werden, wenn sie den Missbrauch von Grundsicherungsleistungen konsequent und nachhaltig bekämpfen. Zudem beobachten einige Jobcenter eine Zunahme von bandenmäßigen Leistungsmissbrauch durch EU-Bürger. Ziel des Seminars ist es, die Teilnehmer über die bekannten Verhaltens- und Verfahrensweisen aufzuklären, Strategien zur Bekämpfung zu entwickeln sowie Möglichkeiten der Ahndung als nachhaltige Prävention aufzuzeigen.

Schwerpunkte:

- Darstellung typischer Versuche, Einkommens- und Vermögenseinsätze zu umgehen bzw. zu verschleiern
- Möglichkeiten zur leistungsrechtlichen Aufklärung
- Feststellung und Dokumentation solcher Sachverhalte und Beweissicherung
- Auskunftsverfahren gegenüber Leistungsberechtigten, Arbeitgebern, Angehörigen, Betreuern und Institutionen, wie Banken, Versicherungen, Online Handel
- Bandenmäßiger Leistungsmissbrauch durch EU-Bürger
- Tatmuster und Erkennungsmerkmale
- Prüfung der generellen Anspruchsvoraussetzungen
- Amtshilfe und Mitwirkungen anderer Behörden
- Strafrechtliche Hintergründe und Verfolgung bei Sozialleistungsmissbrauch
- Thematisierung offener Fragen zur Feststellung von Leistungsmissbrauch anhand von Leitfäden

Anmeldung im Internet unter

<https://www.kbw.de/-SOA085>

Zielgruppe: Mitarbeiter im Leistungs- und Integrationsbereich der Jobcenter und weitere Interessenten, die mit der Gewährung von Leistungen und der Beratung befasst sind oder davon berührt werden. Grundkenntnisse des SGB II sowie erste praktische Erfahrungen sind erwünscht.

Von
18.05.2020

Bis
19.05.2020

Seminarort
Frankfurt am Main

Preis
400,00 €

Referent/in
Herr Hans Jürgen Drews

Themenbereich Seminare zum SGB II und zu angrenzenden Gesetzen

Bußgeldverfahren im SGB II gegen Antragsteller, Leistungsbezieher und Auskunftspflichtige

SOB065N

Die Bearbeitungsstellen OWi der Jobcenter verfolgen und ahnden in Zusammenarbeit mit den Fachteams Leistung Ordnungswidrigkeiten nach § 63 Abs. 1 SGB II. Im Seminar werden alle Bußgeld- und Strafvorschriften, die auftretenden Vollzugsprobleme im Verwaltungs- und Bußgeldverfahren und die Zusammenarbeit auch mit Hauptzollämtern und Staatsanwälten besprochen. Erstmals werden die seit 2018 in Kraft getretenen Regelungen des ERVG und der ERVV zum elektronischen Rechtsverkehr und zur E-Akte, insbesondere die Neuregelung der Akteneinsicht, die elektronische Zustellung und die Gestaltung des Bußgeldbescheides einschließlich der Zumessung der Geldbuße behandelt. Auf die Seminare Code: SOB065W, Code: VLB268N sowie Code: OWA066 wird aufmerksam gemacht.

Schwerpunkte:

- Ordnungswidrigkeiten nach § 63 SGB II
- Zusammenarbeit Fachteam Leistung und Bearbeitungsstelle OWi
- Sofortige Vollziehbarkeit von Sozialverwaltungsakten
- Verwaltungszwang (Zwangsgeld) und Geldbuße
- Leistungserheblichkeit der Zuwiderhandlung als Tatbestandsmerkmal
- Überzahlungsberechnung und Rückforderungsbescheid
- Abgrenzung zum Sozialleistungsbetrug
- Verfolgungsverjährung von Ordnungswidrigkeiten und Straftaten
- Übergang von der Papier- zur elektronischen Akte
- Akteneinsicht in elektronische Akten
- Besonderheiten bei der Bedarfsgemeinschaft und Betreuern
- Zusammenarbeit mit Hauptzollamt und Staatsanwaltschaft
- Elektronischer Rechtsverkehr mit Verfahrensbeteiligten
- Zumessung der Geldbuße; Anwendung des Bußgeldkatalogs der BA
- Gestaltung und Zustellung von Bußgeldbescheiden

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-SOB065N>

Zielgruppe: Mitarbeiter der Bearbeitungsstellen OWi und der Fachteams Leistung von Jobcentern und Optionskommunen. Das Fachseminar ist ausdrücklich für Einsteiger gedacht, die keine oder nur geringe Vorkenntnisse besitzen.

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
20.05.2020	26.05.2020	Frankfurt am Main	400,00 €	Herr Ralf Steinbusch

Bußgeldverfahren im SGB II gegen Arbeitgeber

SOB065W

Arbeitgeber haben gegenüber Jobcentern Mitwirkungspflichten. Die Ahndung von Verstößen durch Geldbuße stellt ein wirksames Mittel zur Durchsetzung dar. Im Seminar werden praktische Möglichkeiten aufgezeigt. Schwerpunkte sind dabei Arbeitgeber und deren Mitarbeiter als Täter, Arbeitgeber als juristische Personen und deren bußgeldrechtliche Haftung. Elektronische Kommunikation und Aktenführung wird berücksichtigt, sobald die dazu notwendigen Einführungsverordnungen erlassen sind. Auf die Seminare Code: SOB065N, Code: VLB268N und Code: OWA066 wird aufmerksam gemacht.

Schwerpunkte:

- Vollziehbare Auskunftsanordnungen an Arbeitgeber
- Durchsetzung mit Zwangsgeld und Geldbuße
- Täterermittlung bei juristischen Personen
- Arbeitgeber mit ausländischem Geschäftssitz
- Berufung auf intern zuständige Mitarbeiter
- Aufsichtspflichtverletzung bei Organisationsmängeln
- Einheitliches und selbstständiges Bußgeldverfahren
- Anwendung des Bußgeldkatalogs der BA
- Pflichtmitteilungen an das Gewerbezentralregister und an Ausländerbehörden

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-SOB065W>

Zielgruppe: Mitarbeiter von Jobcentern, die über Vorkenntnisse im Sinne des Fachseminars Code: SOB065N verfügen

Mitzubringende Arbeitsmittel: SGB II, OWiG

Von
12.10.2020

Bis
13.10.2020

Seminarort
Frankfurt am Main

Preis
400,00 €

Referent/in
Herr Ralf Steinbusch

Die sogenannten aktiven Leistungen zur Eingliederung in Arbeit sind für den Vollzug des SGB II von größter Bedeutung. Sie zielen darauf ab, zur Beendigung oder Verringerung der Hilfebedürftigkeit, insbesondere durch Eingliederung in Arbeit, beizutragen. Das SGB II bezieht sich über § 16 SGB II in weiten Teilen auf das SGB III. Spezielle Eingliederungsleistungen, ausschließlich für den Rechtskreis des SGB II, finden sich in den §§ 16 a bis 16 f SGB II wieder. Die Teilnehmer erhalten im Seminar einen systematischen Überblick über die Eingliederungsleistungen. Die genaue Kenntnis der Rechtsgrundlagen ist zwingende Voraussetzung, um den beruflichen Anforderungen gerecht werden zu können. Die neuen Förderinstrumente nach der neuen Fassung des § 16e SGB II und nach dem neuen § 16i SGB II werden im Seminar behandelt.

Schwerpunkte:

- Zuständigkeiten für die Eingliederungsleistungen bei ALG I-Aufstockern
- Begriffe, Inhalte und Grundsätze der Beratung und Vermittlung, Rechte und Pflichten der Arbeitsuchenden
- Überblick über die Voraussetzungen der Ermessensleistungen und die Maßstäbe der Ermessensausübung
- Möglichkeiten der weiteren Förderung nach § 16 g SGB II
- Eingliederungsvereinbarung (Form und Inhalt)
- Eingliederungsleistungen nach dem SGB II: kommunale Eingliederungsleistungen; Einstiegsgeld; Leistungen für Selbstständige; Arbeitsgelegenheiten; Förderung von Arbeitsverhältnissen; freie Förderung, die neuen Leistungen nach § 16e, das Förderinstrument § 16h, die neuen Leistungen nach § 16i
- Eingliederungsleistungen nach SGB III in Verbindung mit dem SGB II: Förderung aus dem Vermittlungsbudget (VB); Eingliederungszuschüsse (EGZ) inkl. Sonderregelung für schwerbehinderte Menschen; Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung (MAbE) - einschließlich Aktivierungs- und Vermittlungsgutscheine (unter Berücksichtigung der Förderdauer von Maßnahmen bei Arbeitgebern); Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW) (unter Berücksichtigung des Gesetzes zur Stärkung der Weiterbildung - AWStG), Einstiegsqualifizierung (EQ); Leistungen zur Berufsausbildung

Anmeldung im Internet unter

<https://www.kbw.de/-SOB068>

Zielgruppe: Mitarbeiter von SGB II-Behörden; Mitarbeiter von Rechnungsprüfungsämtern; weitere Interessenten, z. B. Betreuer

Mitzubringende Arbeitsmittel: SGB II, SGB III, SGB I, SGB X

Von 07.05.2020 Bis 08.05.2020

Seminarort Frankfurt am Main

Preis 400,00 €

Referent/in Herr Michael Hafenrichter

Themenbereich Seminare zum SGB II und zu angrenzenden Gesetzen

Einkommensermittlung bei Selbstständigen nach SGB II (für Leistungssachbearbeiter und Arbeitsvermittler)

SOD100S

Zur Einkommensermittlung nach §§ 11 bis 11b SGB II werden von den Selbstständigen die unterschiedlichsten Belege vorgelegt, deren Interpretation und Auswertung häufig Schwierigkeiten bereitet. Des Weiteren ergeben sich bei Selbstständigen zahlreiche Besonderheiten bei der Einkommensermittlung, insbesondere aus der Alg II-Verordnung. Die Verordnung in der aktuellen Fassung wird im Seminar berücksichtigt. Anhand von Fallbeispielen aus der Praxis werden die Auswertung der Unterlagen (insbesondere Anlage EKS) und die Einkommensermittlung erarbeitet.

Schwerpunkte:

- Geeignete und notwendige Auskünfte und Belege
- Begriff des Einkommens bei Selbstständigen nach §§ 11 bis 11b SGB II in Verbindung mit der Alg II-Verordnung
- Auswertung der Anlage EKS sowie von vorläufigen Gewinnermittlungen etc.
- Betriebseinnahmen und „notwendige Betriebsausgaben“ bei Selbstständigen
- Prüfung und Vertiefung einzelner Betriebsausgaben, z. B. Kfz-Kosten, Personalkosten, Investitionen
- Anwendung von Richtsatz-Sammlungen: Beurteilung von Umsatz und Wareneinkauf
- Rechtsprechung zur Einkommensermittlung
- Bedeutung „Betriebswirtschaftlicher Auswertungen“ (BWA) im Vergleich zur Anlage EKS
- Absetzbeträge nach § 11b SGB II (Versicherungsbeiträge etc.)
- Vorläufige und abschließende Entscheidung (§ 41a SGB II)
- Besonderheiten bei Gesellschaftern (insbesondere GmbH, UG und GbR)

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-SOD100S>

Zielgruppe: Mitarbeiter der Jobcenter (in gemeinsamer Einrichtung oder in kommunaler Trägerschaft) sowie weitere Interessenten, die mit der Einkommensermittlung nach §§ 11 bis 11b SGB II befasst sind. Grundkenntnisse und praktische Erfahrungen im SGB II sollten vorhanden sein. Bei Unterhaltsansprüchen nach § 33 SGB II oder § 94 SGB XII werden die Spezialseminare Code: JUB160 und Code: JUB200 "Unterhaltsrechtliche Einkommensermittlung bei Selbstständigen" empfohlen.

Mitzubringende Arbeitsmittel: §§ 11 ff. SGB II, Alg II-Verordnung, Taschenrechner

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
03.06.2020	04.06.2020	Frankfurt am Main	400,00 €	Herr Dr. Robert P. Maier

Themenbereich Seminare zum SGB II und zu angrenzenden Gesetzen

EU-Freizügigkeit und öffentliche Leistungen für EU-Bürger nach dem SGB II und SGB XII

SOG105

Der Gesetzgeber hat die Regelungen für den Zugang zu öffentlichen Leistungen für EU-Bürger nach dem SGB II und dem SGB XII konkretisiert und verschärft. Das Seminar gibt einen Überblick über die Regelungen für den Zugang zu Sozialleistungen für EU-Bürger und Hintergrundwissen zum Freizügigkeitsgesetz/EU.

Schwerpunkte:

- Einführung Freizügigkeitsgesetz/EU
- Besonderheiten der einzelnen Aufenthaltzwecke nach dem Freizügigkeitsgesetz/EU
- Schnittstelle zu § 7 SGB II und § 23 SGB XII
- Übersicht der aktuellen Rechtsprechung
- Prüfschemen

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-SOG105>

Zielgruppe: Mitarbeiter aus Jobcentern und Sozialämtern, Rechnungsprüfungsämtern sowie Beratungsstellen

Mitzubringende Arbeitsmittel: Freizügigkeitsgesetz/EU

Von
12.03.2020

Bis
12.03.2020

Seminarort
Nürnberg

Preis
255,00 €

Referent/in
Herr Florian Zang

Mit einem funktionierenden Controlling werden die Gegebenheiten in einem Jobcenter transparent gemacht. Dadurch wird das Jobcenter in die Lage versetzt, wirkungsvolle Maßnahmen zu ergreifen, um seine Aufgaben bestmöglich erledigen zu können. Im Seminar wird aufgezeigt, welche Bedingungen in den Jobcentern gegeben sein müssen, um ein Controlling einzuführen, wie ein Controllingsystem funktioniert und welche verschiedenen Aufgaben es im Einzelnen zu erfüllen hat. Auf das ergänzende Seminar zum Qualitätsmanagement in Jobcentern (Code: SOG117) wird aufmerksam gemacht.

Schwerpunkte:

- Wie funktioniert Controlling? Mit welchen Methoden? (Benchmarking mittels Vergleich der Leistungsfähigkeit von Jobcentern - Zielwert 1, 2, 3 -)
- Aufgabenteilung zwischen Controller und Führungskraft im Jobcenter
- Welche Bedingungen müssen vorliegen, um ein Controllingsystem zu installieren?
- Wie wird das Controlling bestmöglich organisatorisch verankert?
- In welchen Entwicklungsstufen kann das Controlling ausgebaut werden?
- Erfolgsfaktoren für ein erfolgreiches Controlling

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-SOG111>

Zielgruppe: Führungskräfte und Controller in Jobcentern

Von
06.05.2020

Bis
06.05.2020

Seminarort
Nürnberg

Preis
255,00 €

Referent/in
Herr Stephan Zipf

Die Anforderungen an ein Jobcenter haben in den vergangenen Jahren - vorwiegend durch externe Einflüsse - zugenommen. Damit weiterhin ein erfolgreiches Ergebnis erzielt wird, kann mit einem Qualitätsmanagementsystem die Effektivität der Arbeit erhöht werden. Es werden die Prozesse auf den Prüfstand gestellt und kontinuierlich verbessert. Darüber hinaus werden auch strukturelle Aspekte betrachtet. In diesem Seminar erhalten Führungskräfte und Qualitätsmanager aus dem Jobcenter Einblick darüber, wie ein Qualitätsmanagementsystem eingeführt werden kann und welche Instrumente wann angewandt werden können. Ergänzend werden Möglichkeiten der organisatorischen Ausgestaltung erläutert. Auf das ergänzende Seminar zum Controlling in Jobcentern (Code: SOG111) wird hingewiesen.

Schwerpunkte:

- Der Regelkreis im Qualitätsmanagement
- Ausbaustufen des Qualitätsmanagements (notwendige Bedingungen zur Anwendung der einzelnen QM-Werkzeuge)
- „Miss es oder vergiss es“: Wie lässt sich Qualität messen, und welcher Verfahren bedient sich das Qualitätsmanagement?
- Wie kann die Qualität verbessert werden?
- Dimensionen der Qualität im Jobcenter: Strukturqualität, Prozessqualität, Datenqualität
- Organisatorische Ausgestaltung des Qualitätsmanagements und Aufgaben der einzelnen Akteure

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-SOG117>

Zielgruppe: Führungskräfte in den Jobcentern, Qualitätsmanager

Von
05.05.2020

Bis
05.05.2020

Seminarort
Nürnberg

Preis
255,00 €

Referent/in
Herr Stephan Zipf

In systematischer Form wird in die komplexe Materie des Leistungsrechts im SGB XII eingeführt. Die Leistungen nach dem 3. und 4. Kapitel sind von unterschiedlichen Voraussetzungen abhängig. Anhand zahlreicher Beispiele und Übungen werden die wesentlichen Anspruchsvoraussetzungen vorgestellt und die praktischen Fähigkeiten vermittelt, um über Leistungen nach dem SGB XII entscheiden und beraten zu können und eine Abgrenzung zu den Leistungen nach SGB II vorzunehmen. Im Seminar werden die aktuellen Gesetzesänderungen mit Bezug zum SGB XII berücksichtigt.

Schwerpunkte:

- Anspruchsvoraussetzungen für Leistungen nach dem 3. und 4. Kapitel SGB XII
- Abgrenzung zu den Leistungen des SGB II
- Nachrang der Leistungen
- Einsatzgemeinschaft
- Ermittlung des konkreten Bedarfs
- Einsatz von Einkommen und Vermögen
- Vermutung der Bedarfsdeckung
- Art und Weise der Leistungen

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-SOA005Z>

Zielgruppe: Mitarbeiter von Sozialämtern sowie sozialer Fachbereiche und Dienste, die über keine oder nur geringe Vorkenntnisse verfügen oder die ihre Kenntnisse auffrischen wollen

Mitzubringende Arbeitsmittel: SGB XII mit VO zu § 82 SGB XII und zu § 90 II Nr. 9 SGB XII

Von		Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
10.03.2020	12.03.2020		Frankfurt am Main	540,00 €	Frau Ursula Schrödl
15.09.2020	17.09.2020		Nürnberg	540,00 €	Frau Ursula Schrödl

Themenbereich Seminare zum SGB XII und zu angrenzenden Gesetzen

Pflegesatz-/Entgeltverhandlungen im SGB IX- und SGB XI-Bereich - Basiswissen zum gesamten Verhandlungsprozedere

SOC051

Die Behandlung der Aufgabenstellung im SGB IX- und im SGB XI-Bereich wurde in diesem Spezialseminar zusammengeführt, da das Prozedere bei einer Vielzahl der jährlich anstehenden Verhandlungsführungen zahlreiche Parallelen aufweist. Die Teilnehmer erarbeiten gemeinsam die rechtlichen Voraussetzungen (Formalien, Fristen) für Verhandlungen und lernen, Forderungen richtig zu interpretieren und gleichzeitig über die definierte Leistung und Qualität ein angemessenes, wirtschaftliches und leistungsgerechtes Angebot ihrerseits zu formulieren. Ziele sind die Herstellung der Homogenität der Vertragswerke sowie Transparenz und Plausibilität der Kostenkalkulationen unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung und der fundierten Analyse und Bewertung einzelner Kostenpositionen. Die revisionssichere Dokumentation der neuen Vereinbarungen sowie grundlegende Verhandlungsmuster und -strategien für sicheres und souveränes Verhandeln werden den Teilnehmenden nahegebracht. Besondere Landes- und regionalspezifische Regelungen sowie Spezialfragen zu Einzelfällen können nur in begrenztem Rahmen behandelt werden. Auf das Seminar Code: SOC052 zu den Kalkulationen und Investitionen wird aufmerksam gemacht.

Schwerpunkte:

- Rechtsgrundlagen und vertiefende Vermittlung der Vorschriften hinsichtlich der Entgeltverhandlungen
- Verhandlungsprozedere von der Aufforderung bis zum Abschluss
- Beispielkalkulationen - ambulant und stationär
- Erst-Bewertung der Investitionskosten
- Verhandlungsführung und Kommunikation

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-SOC051>

Zielgruppe: Mitarbeiter der öffentlichen Sozialhilfeträger und der Pflegekassen, die regelmäßig mit den Verhandlungen nach dem SGB IX bzw. SGB XI beauftragt sind. Es werden keine besonderen Kenntnisse vorausgesetzt. Den erfahrenen Entgeltverhandlern dient dieses Seminar zur Wiederholung und Auffrischung ihrer Kenntnisse.

Mitzubringende Arbeitsmittel: Fragen und Beispiele aus der eigenen Praxis, SGB IX, SGB XI, BTHG, zugehörige Kommentare (wenn vorhanden), Landesrahmenvertrag, weitere Verordnungen über Entgeltverhandlungen, eigene Musterkalkulationen, Taschenrechner oder Laptop

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
21.04.2020	22.04.2020	Nürnberg	455,00 €	Herr Norbert Ingenkamp

Themenbereich Seminare zum SGB XII und zu angrenzenden Gesetzen

Pflegesatz-/Entgeltverhandlungen im SGB IX- und SGB XI-Bereich - Kalkulationen und Investitionen

SOC052

Die Neuregelungen durch das BTHG haben einen wesentlichen Einfluss auf die Kostenkalkulationen. Die Teilnehmer erarbeiten in diesem Spezialseminar die notwendigen Grundlagen und Kenntnisse für den Umgang mit Kalkulationen und Investitionen. Dabei liegt der Fokus auf Herstellung bzw. Wahrung der Plausibilität und Wirtschaftlichkeit des zu vereinbarenden Entgeltes und Stundensatzes. Im Seminar wird auch auf die Anwendung von Benchmarks sowie internen und externen Vergleichsdaten eingegangen.

Schwerpunkte:

Kalkulationen (ambulant und stationär)

- Beurteilen und Bewerten von einzelnen Kostenarten in der Gesamtkalkulation
- Berücksichtigung der Kalkulationsmethode ambulant/stationär vs. BTHG
- Einordnen der Forderung in Vergleichsdaten
- Entscheidungshilfen zur Bewertung geforderter und Begründung angenommener Positionen

Investitionen

- Erarbeiten der rechtlichen Grundlagen und der aktuellen Rechtsprechung
- Beachtung der Neuregelungen des BTHG
- Bewertung und Kalkulation der Investitionskosten

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-SOC052>

Zielgruppe: Mitarbeiter der Sozialhilfeträger und der Pflegekassen, die regelmäßig mit den Verhandlungen beauftragt sind oder werden sollen oder solche, die sich in den Themengebieten der Kalkulationen und der Investitionen weiterbilden möchten. Praxiserfahrung und/oder die Teilnahme am Fachseminar (Code: SOC051) werden vorausgesetzt.

Mitzubringende Arbeitsmittel: Fragen und Beispiele aus der eigenen Praxis, SGB IX, SGB XI, BTHG, zugehörige Kommentare (wenn vorhanden), Landesrahmenvertrag, weitere Verordnungen über Entgeltverhandlungen, eigene Musterkalkulationen, Taschenrechner oder Laptop

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
12.05.2020	13.05.2020	Nürnberg	455,00 €	Herr Norbert Ingenkamp

Themenbereich Seminare zum SGB XII und zu angrenzenden Gesetzen

Hilfe zur ambulanten Pflege nach dem 7. Kapitel SGB XII - Gesetzesintentionen und Wirklichkeit

SOC080

Durch das Seminar werden die Teilnehmer in die Lage versetzt, grundpflegerische und hauswirtschaftliche Notwendigkeiten mit den sozialhilferechtlichen Möglichkeiten in Einklang zu bringen. Hierbei stehen zum einen die rechtlichen Mittel bei der Abgrenzung, Festsetzung und Vergütung der Leistung, zum anderen aber auch pflegefachliche Inputs im Vordergrund. Die Inhalte werden unter Berücksichtigung aktueller Rechtsprechung der Sozialgerichtsbarkeit und des Pflegestärkungsgesetzes II und III (PSG II und III) aus 2016/2017 vermittelt.

Schwerpunkte:

- Der Pflegebedürftigkeitsbegriff der PSG II und III, die Leistungen der sozialen Pflegeversicherung nach SGB XI und die Hilfe zur häuslichen Pflege nach dem 7. Kapitel SGB XII
- Abgrenzung zur Eingliederungshilfe nach dem 6. Kapitel SGB XII und zur Hilfe zur Gesundheit nach dem 5. Kapitel SGB XII unter Berücksichtigung aktueller Rechtsprechung des BSG und der Landessozialgerichte
- Das neue Begutachtungsinstrument, Bedarfsermittlung, Prüfung und Bewertung aus pflegefachlicher und sozialhilferechtlicher Sicht
- Entwicklung von geeigneten Verfahrensweisen und Handlungsstrategien zur Bedarfsfeststellung nach §§ 63a; 64b SGB XII
- Die Anwendung des Vergütungssystems
- Sammeln und Verwerten von Informationen durch das Gutachten zur Feststellung der Pflegebedürftigkeit nach SGB XI bzw. nach SGB XII
- Lösung komplexer Einzelfälle und aktueller Umsetzungsprobleme des PSG III

Anmeldung im Internet unter

<https://www.kbw.de/-SOC080>

Zielgruppe: Mitarbeiter der Sozialämter, die mit der Gewährung von Hilfen für kranke, behinderte und pflegebedürftige Menschen nach dem SGB XII befasst sind; Mitarbeiter der Gesundheitsämter oder der Allgemeinen Sozialen Dienste, soweit sie in die Bedarfsplanung eingebunden sind

Mitzubringende Arbeitsmittel: SGB V, SGB IX, SGB XI, SGB XII

Von 14.05.2020 Bis 15.05.2020

Seminarort
Nürnberg

Preis
400,00 €

Referent/in
Herr David Grau

Themenbereich Seminare zum SGB XII und zu angrenzenden Gesetzen

BTHG - Das Bundesteilhabegesetz auf den Punkt gebracht. Ein systematischer Überblick.

SOC115N

Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) stellt sowohl die Sozialhilfe-/Eingliederungshilfeträger als auch die Leistungsanbieter und die Leistungsberechtigten vor zahlreiche Herausforderungen. Gleichzeitig bietet es aber auch Chancen für ein neues Miteinander - ganz im Sinne der Inklusion. Umso wichtiger ist es, im Dickicht der Neuregelungen den Überblick zu behalten. Dieses Grundlagenseminar macht die Teilnehmer mit der gesetzlichen Neuregelung vertraut. Auf das spezielle Seminar zu den Grundzügen des BTHG für Mitarbeiter in ambulanten und stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe (Code: SOC126) wird aufmerksam gemacht.

Schwerpunkte:

- BTHG-Kurzgeschichte: warum und weshalb?
- Änderungen im SGB XII zum 01.01.2017, 01.01.2018 und 01.01.2020
- Grundzüge des neuen allgemeinen Rehabilitationsrechts SGB IX
- Kostenerstattung und Selbstbeschaffung
- Besonderer Schwerpunkt: Teilhabe- und Gesamtplanverfahren
- Personenkreis der neuen Eingliederungshilfe
- Einkommen und Vermögen in der neuen Eingliederungshilfe
- Zuständigkeiten: örtlich und sachlich

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-SOC115N>

Zielgruppe: Mitarbeiter der Sozialämter, Gesundheitsämter; Rechnungsprüfer; Betreuer nach dem BTG; Mitarbeiter von Trägern der freien Wohlfahrtspflege oder von Behindertenverbänden und -einrichtungen; sonstige Interessenten

Mitzubringende Arbeitsmittel: BTHG, SGB XII, SGB IX, SGB XI

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
10.06.2020	10.06.2020	Frankfurt am Main	280,00 €	Herr Christian Au

Die dritte Reformstufe des BTHG: Trennung der Komplexeleistung Eingliederungshilfe in Fachleistung und existenzsichernde Leistungen

SOC119

Zum 01.01.2020 wurde mit der dritten Reformstufe des BTHG die Eingliederungshilfe aus dem Fürsorgesystem des SGB XII herausgelöst. Damit gehen nicht nur für Leistungsberechtigte bedeutende Veränderungen einher, sondern auch leistungserbringende Einrichtungen stehen vor der Herausforderung, die sich daraus ergebenden Anforderungen nachhaltig umzusetzen. Spätestens zum Ende landesspezifischer Übergangs- und Umstellungsregelungen, ist eine Neuverhandlung aller bestehenden Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen Voraussetzung für die Fortführung der Leistungserbringung. Dabei stellt die größte Aufgabe dar, die bisherige Komplexeleistung Eingliederungshilfe in Fachleistung und existenzsichernde Leistungen zu trennen und sowohl bundes- als auch landesspezifische Vorgaben sowie landesrahmenvertragliche Regelungen zu berücksichtigen. Die Teilnehmer erhalten einen Einblick in die neuen sozialrechtlichen Grundlagen der Eingliederungshilfe und in die Inhalte der dritten Reformstufe des BTHG sowie in die sich daraus ergebenden Implikationen für besondere Wohnformen nach § 42a Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 SGB XII.

Schwerpunkte:

- Grundlagen BTHG (Ziele, Hintergründe, landesspezifische Umsetzungsstände)
- Die neue Struktur des SGB IX
- Die Trennung der Leistungen der Existenzsicherung und Fachleistung
- Die Ermittlung der KdU und Heizkosten in besonderen Wohnformen nach § 42a Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 SGB XII
- Die Trennung weiterer lebensunterhaltssichernder Leistungen
- Implikationen die sich aus der Leistungstrennung für leistungserbringende Einrichtungen der Eingliederungshilfe ergeben

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-SOC119>

Zielgruppe: Mitarbeiter und Führungskräfte aus Einrichtungen der Eingliederungshilfe und Mitarbeiter von Leistungsträgern

Von
18.11.2019

Bis
18.11.2019

Seminarort
Frankfurt am Main

Preis
280,00 €

Referent/in
Herr Simon Odenwald

Mit der Umsetzung des BTHG wird der Leitgedanke der UN-Behindertenrechtskonvention nun auch in der deutschen Gesetzgebung verankert. Damit gehen nicht nur bedeutende Veränderungen für leistungsberechtigte Personen einher, sondern auch Mitarbeiter aus Einrichtungen der Eingliederungshilfe und von Leistungsträgern stehen vor vielfältigen Herausforderungen in der praktischen fachlich-inhaltlichen Arbeit. Einer professionellen und personenzentrierten Fallsteuerung, die sich sicher innerhalb der neuen sozialrechtlichen Rahmenbedingungen der Eingliederungshilfe bewegt, kommt mit zunehmender Umsetzung des BTHG eine wachsende Bedeutung zu. Die Teilnehmer erhalten einen Einblick in die neuen sozialrechtlichen Grundlagen der Eingliederungshilfe, in die Regelungen zum Gesamt-/Teilhabeplanverfahren sowie in die Inhalte der vierten Reformstufe des BTHG.

Schwerpunkte:

- Grundlagen BTHG (Ziele, Hintergründe, landesspezifische Umsetzungsstände)
- Die neue Struktur des SGB IX
- Die neuen Verfahrensregeln des Gesamt-/ und Teilhabeplanverfahrens
- Die ICF, das bio-psycho-soziale Modell und die ICF-basierte Bedarfsermittlung
- Assistenzleistungen nach § 78 SGB IX
- Der leistungsberechtigte Personenkreis zum 01.01.2023 (Artikel 25a BTHG, § 99 SGB IX)

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-SOC123>

Zielgruppe: Fach- und Führungskräfte aus Einrichtungen der Eingliederungshilfe (z. B. Sozialdienstmitarbeiter, Mitarbeiter des Case Managements, Gruppenleitungen, Abteilungsleitungen) und Mitarbeiter von Leistungsträgern

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
27.01.2020	27.01.2020	Frankfurt am Main	280,00 €	Herr Simon Odenwald

Mit der Umsetzung der Pflegestärkungsgesetze (PSG I - III) und des BTHG bis 2020 erlangen neue Wohnformen enorme Relevanz. Es gilt, dem sozialrechtlichen Grundsatz "ambulant vor stationär" gerecht zu werden. Die Wahl der passenden Rechtsform sowie die Sicherung der Finanzierung der neuen Wohnform stellen die Hauptschwerpunkte des Seminars dar. Hierbei werden nicht nur sozialrechtliche Probleme, sondern insbesondere auch gesellschafts-, vertrags-, verbraucherschutz- und ordnungsrechtliche Fragestellungen thematisiert. Im Seminar wird über zahlreiche Rechtsfragen sowohl zur Gründung als auch zum Betrieb neuer Wohnformen aus den unterschiedlichen Regelungsbereichen aufgeklärt und gemeinsam mit den Teilnehmern die Möglichkeiten einer hybriden Finanzierungsstruktur (Finanzierungsmix) herausgearbeitet.

Schwerpunkte:

- Zielsetzung und Projektinitiative neuer Wohnformen
- Überblick und Abgrenzung innovativer Wohn- und Unterstützungssettings
- Wahl der passenden Rechtsform und deren vertragliche Einbindung (u. a.): Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR); eingetragener Verein (e. V.); eingetragene Genossenschaft (eG); Wohnungseigentümergeinschaft (WEG); Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
- Vertrags- und Verbraucherschutzrecht: Anwendung des Wohn- und Betreuungsvertragsrechts (WBVG); Mietvertragsrecht (Einzelmietverträge, Mehrheit von Mietern und Untermietverhältnisse); Dienstvertragsrecht (Pflege-, Assistenz- und sonstige Dienstleistungen)
- Relevante Fragen des Heim- und Betreuungsrechts
- Sozialrecht: Leistungen nach dem SGB V (häusliche Krankenpflege); Leistungen nach dem SGB IX (Stand und zukünftige Umsetzung des BTHG, Teilhabe-, insbesondere Assistenzleistungen nach dem BTHG); Leistungen nach dem SGB XI (häusliche Pflege- und Betreuungsleistungen, Wohngruppenzuschlag, Anschubfinanzierung und wohnumfeldverbessernde Maßnahmen); Leistungen nach dem SGB XII (existenzsichernde Leistungen, insbesondere Kosten der Unterkunft - aus Mietvertrag, als Gesellschafter; besondere Wohnformen nach § 42a SGB XII zum 01.01.2020; Hilfe zur Pflege nach dem PSG III und BTHG)
- Zukünftige Entwicklung, Fragestellungen und Beispiele neuer Wohnformen aus der Praxis

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-SOC125>

Zielgruppe: Insbesondere privatrechtliche Anbieter neuer Wohnformen, aber auch Fachkräfte von Trägern der Sozialhilfe, der Heim- und Betreuungsaufsicht, von Gesundheits- und Jugendämtern, Sozialen Diensten sowie der freien Wohlfahrtspflege und von Pflegestützpunkten, sowie sonstige Interessierte

bthg wohnformen

Von
02.12.2019

Bis
03.12.2019

Seminarort
Nürnberg

Preis
400,00 €

Referent/in
Herr David Grau

SGB II und SGB XII sehen an vielen Stellen die Möglichkeit vor, in besonderen und sehr unterschiedlichen Bedarfssituationen ALG II/Sozialhilfe auf Darlehensbasis zu zahlen. In dieser Fortbildung werden Begriffe, Abgrenzungsfragen und Rechtscharakter von Darlehen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende/Sozialhilfe und der Grundsicherung nach dem SGB XII vermittelt. Die Teilnehmenden lernen nicht nur die gesetzlichen Grundlagen kennen, sondern erfahren auch, wann typischerweise Darlehen zu gewähren sind. Sie erwerben darüber hinaus sichere Kenntnisse über die Verfahrensvorschriften, so dass diese Thematik zu einer bekannten und beherrschbaren Leistungsform wird. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Rückabwicklung inkl. Aufrechnung von Darlehen. Die komplexe Materie wird dabei mit vielen Fallbeispielen praxisbezogen dargestellt.

Schwerpunkte:

- Darlehen für Instandhaltung nach § 22 Abs. 2 SGB II
- Darlehen für Mietkautionen nach § 22 Abs. 6 SGB II/§ 36 SGB XII
- Darlehen für Miet- und Energieschulden nach § 22 Abs. 8 SGB II/§ 36 SGB XII
- Ergänzendes Darlehen nach § 24 Abs.1 SGB II/§ 37 SGB XII
- Darlehen bei erstmaliger Einkommenserzielung nach § 24 Abs. 4 S. 1 SGB II
- Darlehen bei vorzeitigem Verbrauch von einmaligen Einkünften nach § 24 Abs. 4 S. 2 SGB II
- Darlehen bei nicht sofort verwertbarem Vermögen nach § 24 Abs. 5 S. 1 SGB II/§ 91 SGB XII
- Abgrenzung von Mehrbedarfen nach § 21 Abs. 6 SGB II und Darlehen bei unabweisbarem Bedarf nach § 24 Abs. 1 SGB II
- Bewilligungsvoraussetzungen
- Rückzahlung von Darlehen
- Aufrechnung von Rückzahlungsansprüchen von Darlehen

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-SOF050>

Zielgruppe: Mitarbeiter der Sozialämter sowie der überörtlichen Sozialhilfeträger, der Jobcenter nach SGB II; sonstige Interessenten

Mitzubringende Arbeitsmittel: SGB I, II, X, XII, BGB, ZPO

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
14.05.2020	15.05.2020	Frankfurt am Main	400,00 €	Frau Daniela Knopf

Themenbereich Seminare zum SGB XII und zu angrenzenden Gesetzen

Das Asylbewerberleistungsgesetz an der Schnittstelle zum SGB XII - § 2 AsylbLG i. v. m. SGB XII

SOG086

Nach § 2 AsylbLG ist das SGB XII auf diejenigen Leistungsberechtigten entsprechend anzuwenden, die sich seit 15 Monaten ohne wesentliche Unterbrechung im Bundesgebiet aufhalten und die die Dauer des Aufenthalts nicht rechtsmissbräuchlich selbst beeinflusst haben. Die Teilnehmer lernen im Seminar anhand praktischer Fälle die wesentlichen Anspruchsvoraussetzungen des 3. Kapitels SGB XII kennen und werden befähigt, Fälle innerhalb der ersten 15 Monate nach dem Leistungsrecht nach § 2 AsylbLG i. V. m. SGB XII sachgerecht umzustellen. Im Seminar finden die aktuellen Änderungen zum AsylbLG aus 2019 Berücksichtigung. Auf das Seminar zur Rückforderung nach AsylbLG (Code: SOG097) wird hingewiesen.

Schwerpunkte:

- Anspruchsvoraussetzungen für Leistungen nach dem 3. Kapitel SGB XII
- Abgrenzung zu den weiteren Leistungen nach dem SGB XII
- Einsatzgemeinschaft
- Ermittlung des konkreten Bedarfs
- Einsatz des Einkommens, Ermittlung des bereinigten Einkommens
- Einsatz des Vermögens, Ermittlung von Freibeträgen
- Berechnung des konkreten Anspruches von leistungsberechtigten Personen
- Unterschiede des Leistungsrechts nach AsylbLG innerhalb der ersten 15 Monate zum Leistungsrecht nach § 2 AsylbLG i. V. m. SGB XII
- Grundzüge aller weiteren Leistungen nach dem SGB XII, besonders zu den Leistungen nach dem 7. Kapitel SGB XII

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-SOG086>

Zielgruppe: Mitarbeiter von Sozialämtern sowie sozialer Fachbereiche und Dienste, die über keine oder nur geringe Kenntnisse verfügen

Mitzubringende Arbeitsmittel: AsylbLG, SGB XII mit VO zu § 82 SGB XII und zu § 90 II Nr. 9 SGB XII

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
24.06.2020	25.06.2020	Frankfurt am Main	400,00 €	Frau Christina Langer

Die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) sollen die materielle Lebensgrundlage von Ausländern ohne gesichertes Bleiberecht gewährleisten. Im Seminar wird der anspruchsberechtigte Personenkreis (§ 1 AsylbLG) herausgearbeitet. Nach dem AsylbLG werden drei unterschiedliche Leistungsarten gewährt: Grundleistungen (§ 3 AsylbLG), Leistungen analog SGB XII (§ 2 AsylbLG) und eingeschränkte Leistungen (§ 1a AsylbLG). Außerdem werden Leistungen für Unterkunft, Ernährung, Kleidung, Hygienebedarf, den persönlichen Bedarf und die medizinische Versorgung erbracht. Art und Form der Hilfeleistungen sind bundesweit sehr unterschiedlich. Im Seminar wird ein Gesamtüberblick über das Asylbewerberleistungsgesetz vermittelt. Das Gesetz wird in allen 13 Paragraphen erläutert und um Hinweise auf Kommentare, Lehrbücher und Rechtsprechung - insbesondere die Konsequenzen aus dem Urteil des BVerfG vom 18.07.2012 zum AsylbLG - ergänzt. Im Seminar finden die aktuellen Änderungen zum AsylbLG aus 2019 Berücksichtigung.

Schwerpunkte:

- Leistungsberechtigte (§ 1 AsylbLG)
- Grundleistungen (§ 3 AsylbLG)
- Leistungen analog SGB XII (§ 2 AsylbLG)
- Eingeschränkte Leistungen (§ 1a AsylbLG)
- Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt (§ 4 AsylbLG)
- Arbeitsgelegenheiten (§ 5 AsylbLG)
- Sonstige Leistungen (§ 6 AsylbLG)
- Einkommen und Vermögen (§ 7 AsylbLG)
- Örtliche Zuständigkeit (§ 10 AsylbLG)
- Das Integrationsgesetz 2016 (insbesondere § 5 - Arbeitsgelegenheiten in Verbindung mit Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM))

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-SOG087>

Zielgruppe: Neueinsteiger in die Bearbeitung von Leistungen nach dem AsylbLG. Erfahrene Mitarbeiter können ihre Kenntnisse auffrischen. Innenrevisoren und Rechnungsprüfer lernen, den Blick für das Wesentliche zu schärfen. Für erfahrene Mitarbeiter werden die Seminare Code: SOG090 und Code: SOG095 empfohlen.

Mitzubringende Arbeitsmittel: AsylbLG, SGB I, SGB X, SGB XII, VwVfG, AufenthG, Integrationsgesetz 2016, einschlägige landesrechtliche Regelungen

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
05.02.2020	05.02.2020	Frankfurt am Main	255,00 €	Frau Christina Langer
30.03.2020	30.03.2020	Nürnberg	255,00 €	Frau Antonia Erny

Themenbereich Seminare zum SGB XII und zu angrenzenden Gesetzen

Das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) - Ausgewählte aktuelle Probleme der praktischen Arbeit mit dem AsylbLG (Teil 1) - unter Berücksichtigung der Rechtsänderungen aus 2019

SOG090

Zielsetzung des Workshops ist die ausführliche Erörterung ausgewählter Rechts- und Verfahrensfragen, die in der praktischen Arbeit von besonderer Bedeutung sind, häufig jedoch unterschiedlich interpretiert werden. Die einzelnen Problembereiche werden anhand praktischer Beispiele diskutiert und zu brauchbaren Lösungsansätzen weitergeführt. Der aktuelle Stand der Rechtsprechung und des Meinungsstreits in der Fachliteratur fließt in die Seminarführung ein und dient als Entscheidungshilfe. Im Seminar finden die aktuellen Änderungen zum AsylbLG aus 2019 Berücksichtigung. Auf das nachfolgende Spezialseminar Code: SOG095 wird aufmerksam gemacht. Am Seminarort Nürnberg wird die aktuelle Rechtsprechung in den Seminarverlauf integriert.

Schwerpunkte:

- Bedarfsdeckung und soziokulturelles Existenzminimum
- Entwicklung der Personenkreise nach § 1 AsylbLG
- Anwendung des § 1a AsylbLG
- Bedarfe für Bildung und Teilhabe im § 3 AsylbLG
- Entwicklung des § 2 AsylbLG (neu: „15 Monate“-Regelung)
- Praktische Umsetzung des § 5 AsylbLG - Arbeitsgelegenheiten
- Durchsetzung und Sicherung von vorrangigen Ansprüchen
- Verfassungsrechtliche Bedeutung des § 6 AsylbLG - praktische Umsetzung
- Abgrenzungskriterien zwischen Leistungsberechtigten nach § 23 SGB XII und AsylbLG
- Ablehnung von psychiatrischer Behandlung unter Anwendung des § 4 AsylbLG
- Besonderheiten bei der Anwendung des § 108 SGB XII (Kostenerstattung bei der Einreise aus dem Ausland)
- Besonderheiten bei der Anwendung des § 53 Abs. 1 AsylVfG (Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften)
- Abweichung vom Sachleistungsprinzip

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-SOG090>

Zielgruppe: Leiter und Mitarbeiter aus Sozialämtern bzw. von Trägern der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und sonstigen mit der Ausführung des Gesetzes betrauten Organisationen. Grundkenntnisse im Sinne des Einführungsseminars Code: SOG087 werden vorausgesetzt.

Mitzubringende Arbeitsmittel: AsylbLG, AufenthG, SGB I, II, X, XII, VwVfG, einschlägige landesrechtliche Regelungen

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
23.03.2020	24.03.2020	Nürnberg	360,00 €	Herr Jürgen Rombach
06.07.2020	07.07.2020	Nürnberg	400,00 €	Frau Antonia Erny

Themenbereich Seminare zum SGB XII und zu angrenzenden Gesetzen

Krankenhilfe für Asylsuchende - rechtliche Hintergründe, Leistungsanspruch

SOG092

Asylsuchende ("Flüchtlinge") sind grundsätzlich nicht gesetzlich krankenversichert, sondern haben im Krankheitsfall Ansprüche nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Im Rahmen des Seminars werden die rechtlichen Grundlagen für die Krankenhilfe des AsylbLG, aber auch die Möglichkeiten des SGB V und des SGB XII erläutert. Es geht dabei insbesondere um die Frage, auf welche Leistungen im Rahmen der §§ 4, 6 AsylbLG ein Anspruch besteht und wie dieser im Verhältnis zu Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung ausgestaltet ist. Die Teilnehmer werden auch mit länderspezifischen Vereinbarungen vertraut gemacht. Auf das Seminar Code: SOG101 zu den praktischen Zuständigkeiten und Verfahrensfragen wird hingewiesen.

Schwerpunkte:

- Ansprüche nach dem Asylbewerberleistungsgesetz - insbesondere § 4 AsylbLG
- Maßgebliche Regelungen des SGB V (nach Wartezeit) - insbesondere § 264 SGB V
- Möglichkeiten der Krankenhilfe nach § 25 SGB XII (Nothilfe)
- Länderspezifische Vereinbarungen (z. B. "Bremer Modell")

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-SOG092>

Zielgruppe: Mitarbeiter der SGB XII- und SGB VIII-Behörden; Mitarbeiter der Flüchtlingshilfe und in Beratungseinrichtungen; Sozialarbeiter in Flüchtlingsheimen; Mitarbeiter der freien Träger der Jugendhilfe, die für unbegleitete minderjährige Ausländer zuständig sind; Mitarbeiter von Krankenkassen

Mitzubringende Arbeitsmittel: AsylbLG, SGB V, SGB VIII, SGB X, SGB XII

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
16.03.2020	16.03.2020	Frankfurt am Main	280,00 €	Frau Dr. Britta Wiegand

Die Aufhebung von Verwaltungsakten und die Rückforderungen von Leistungen nach dem AsylbLG, insbesondere die Rückforderung rechtswidrig gewährter Leistungen, gehören zum beruflichen Alltag der mit der Ausführung des AsylbLG beauftragten Mitarbeiter. Dies gilt sowohl für die Grundleistungen nach §§ 3ff AsylbLG als auch für die Analogleistungen nach § 2 AsylbLG. Im Seminar wird systematisch anhand von Beispielen und Übungen erläutert, wie die Prüfung der Rückabwicklung und der Rückforderung rechtmäßig zu erfolgen hat. Im Seminar finden die aktuellen Änderungen zum AsylbLG aus 2019 Berücksichtigung. Auf das Seminar Code: SOG086 wird hingewiesen.

Schwerpunkte:

- Einsatzgemeinschaft nach dem AsylbLG
- Einsatz von Einkommen und Vermögen nach dem AsylbLG
- Anhörung nach § 24 SGB X
- Aufhebung von begünstigenden Verwaltungsakten (§§ 45, 48 SGB X)
- Festsetzung von Erstattungsansprüchen (§ 50 SGB X)
- Rücknahme von nicht begünstigenden Verwaltungsakten (§ 44 SGB X)
- Zusammenhang von SGB I, SGB X und AsylbLG

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-SOG097>

Zielgruppe: Mitarbeiter von Sozialämtern, die über die Grundleistungen nach § 3 ff AsylbLG und über Analogleistungen nach § 2 AsylbLG entscheiden; Mitarbeiter von Trägern der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und sonstigen mit der Ausführung des Gesetzes betrauten Organisationen

Mitzubringende Arbeitsmittel: AsylbLG, SGB I, SGB X, SGB XII mit VO zu § 82 SGB XII und zu § 90 II Nr. 9 SGB XII

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
22.01.2020	22.01.2020	Frankfurt am Main	255,00 €	Frau Christina Langer

Themenbereich Seminare zum SGB XII und zu angrenzenden Gesetzen

Krankenhilfe für Asylsuchende - praktisches Verfahren und Zuständigkeiten

SOG101

Während im Fachseminar "Krankenhilfe für Asylsuchende" (Code: SOG092) die rechtlichen Hintergründe und die Leistungsansprüche im Rahmen des AsylbLG vermittelt werden, geht es in diesem Spezialseminar um praktische Verfahrensfragen und Zuständigkeiten bei der Sicherstellung der Krankenbehandlung. Daneben gilt es, für die unversicherten Personen ein Versicherungsverhältnis der Kranken- und Pflegeversicherung in der gesetzlichen oder privaten Krankenversicherung wieder aufleben zu lassen oder neu zu schaffen. Dies hat unmittelbare Auswirkung auf die Aufwendungen der Krankenhilfeleistungen nach dem AsylbLG bzw. spätere Hilfen zur Gesundheit und zur Pflege. Insoweit tragen die Sachbearbeiter der Krankenhilfe eine hohe Kostenverantwortung. Dieses Spezialseminar stellt eine sinnvolle Ergänzung zu den Seminaren Code: SOG092 dar und vermittelt einen Vorgeschmack auf die Strategien und Wege zur Senkung von Krankenhilfekosten in den Seminaren Code: SOB061N und Code: SOB061A.

Schwerpunkte:

- Beginn der Zuständigkeit
- Art der Leistungserbringung (Krankenschein/§ 264 Abs. 1 SGB V)
- Veränderungen während des Leistungsbezuges/Analogleistungen § 2 AsylbLG
- Umstellung der Auftragsversorgung nach § 264 Abs. 2 SGB V
- Versicherungsmöglichkeiten in der GKV während des Asylverfahrens: Pflichtversicherung; freiwillige Krankenversicherung; obligatorische Anschlussversicherung; Familienversicherung
- Leistungsende des AsylbLG
- Versicherungsmöglichkeiten im Anschluss an den Leistungsbezug nach dem AsylbLG: Pflichtversicherung aufgrund SGB II-Leistungsbezug; Auftragsversorgung aufgrund SGB XII-Leistungsbezug; PKV
- Verhältnis und Auswirkung zu/auf andere/n Rechtsgebiete/n nach Leistungsende (SGB XII, SGB II)
- Erstattungsansprüche gegenüber Krankenkassen

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-SOG101>

Zielgruppe: Mitarbeiter im Vollzug des AsylbLG (Krankenhilfe, Grundleistungen, Analogleistungen); je nach Aufgabenzuschnitt auch für Mitarbeiter der Ausländerbehörden geeignet

Mitzubringende Arbeitsmittel: AsylbLG, SGB V, SGB X, SGB XII

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
06.04.2020	07.04.2020	Frankfurt am Main	400,00 €	Herr Jochen Thiele
26.10.2020	27.10.2020	Frankfurt am Main	400,00 €	Herr Jochen Thiele

Der Bundestag hat zwei Gesetze verabschiedet, die weitreichende Änderungen für das AsylbLG beinhalten. Mit dem Zweiten Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht (Geordnete-Rückkehr-Gesetz) und dem Dritten Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes werden u. a. der Kreis der Leistungsberechtigten ergänzt, die Leistungserbringung neu strukturiert und neue teilweise umfassende Sanktionen eingeführt. Das Zweite Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht ist am Tag nach seiner Verkündung in Kraft getreten, das Dritte Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes tritt voraussichtlich am 1. August 2019, spätestens jedoch am 1. September 2019, in Kraft. Das Seminar vermittelt einen Überblick über die Neuregelungen und ihre umfangreichen Auswirkungen auf die Praxis.

Schwerpunkte:

- Leistungsausschluss nach § 1 Abs. 4 AsylbLG
- Neustrukturierung von § 1a AsylbLG
- Neue Sanktionstatbestände in § 1a AsylbLG
- Neustrukturierung der Leistungserbringung (§§ 3, 3a AsylbLG), insb. die neue Bedarfsstufe 2 sowie die Neuregelung bei Haushaltsenergie
- Überblick über neue Regelungen im Asyl- und Ausländerrecht (Duldung light)
- BAföG und Berufsausbildungsbeihilfe
- Ehrenamtszuschale
- Änderungen der Leistungen bei Ortsabwesenheit

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-SOG104>

Zielgruppe: Leiter und Mitarbeiter aus Sozialämtern bzw. von Trägern der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und sonstigen mit der Ausführung des Gesetzes betrauten Organisationen

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
11.11.2019	11.11.2019	Frankfurt am Main	255,00 €	Frau Christina Langer
27.01.2020	27.01.2020	Frankfurt am Main	255,00 €	Frau Christina Langer

Der Begriff „Tax Compliance“ bezeichnet die Implementierung und Pflege eines Systems zur Sicherstellung der Befolgung steuerlicher Gesetze und Vorgaben der Finanzverwaltung. Die Bandbreite existierender steuerlicher Pflichten, insbesondere im Bereich des Umsatzsteuerrechts, ist groß. Ein Verstoß kann schnell den Vorwurf der Steuerhinterziehung und damit ein Strafverfahren gegen die Vertreter der Körperschaft und ihre Mitarbeiter nach sich ziehen. Der Dozent hat bei öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Gebietskörperschaften verantwortlich Tax Compliance-Regelungen eingeführt und zeigt mit seiner Erfahrung auf, wie hierbei vorzugehen ist und welche Problemstellungen zu berücksichtigen sind.

Schwerpunkte:

- Sinn und Zweck von Tax Compliance für öffentliche Körperschaften
- Struktur und Aufbau von Tax Compliance
- Phasen der Einführungen von Tax Compliance
- Problemstellungen und Herausforderungen bei der Einführung

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-HKA171>

Zielgruppe: Kämmerer, Mitarbeiter von Kassen, Kämmereien und Rechnungsprüfungsämtern sowie aus dem Beteiligungsmanagement; Interessierte aus öffentlichen Unternehmen und Gebietskörperschaften, die für ihre Bereiche ein den steuerlichen Anforderungen entsprechendes Vorgehen sicher stellen möchten

Von
27.04.2020

Bis
27.04.2020

Seminarort
Frankfurt am Main

Preis
255,00 €

Referent/in
Herr Uwe Lezius

Mit dem neuen § 2b UStG ändern sich die Grundsätze für die Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand: seit 1. Januar 2017 gelten für juristische Personen des öffentlichen Rechts andere Anforderungen an den Unternehmerbegriff. Das bisherige Besteuerungsrecht kann bis zum 31. Dezember 2020 weiter angewendet werden, wenn dies bis zum 31. Dezember 2016 dem Finanzamt gegenüber verbindlich erklärt worden ist. Das Seminar zeigt den Teilnehmenden, wie sie die Zeit nutzen können, die umsatzsteuerlichen Sachverhalte zu identifizieren und die internen Prozesse effektiv auf die neuen Anforderungen umzustellen.

Schwerpunkte:

- Darstellung und Erläuterung der Neuregelungen
- Auswirkungen der neuen Rechtslage auf einzelne Bereiche (Vermögensverwaltung und interkommunale Zusammenarbeit)
- Gestaltungsmöglichkeiten zur Beeinflussung der Steuerpflicht
- Nötige Umstellungsarbeiten in der Verwaltung und ihre praktische Umsetzung

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-STA082U>

Zielgruppe: Leiter und Mitarbeiter kommunaler Verwaltungen und Landesverwaltungen sowie öffentlicher Betriebe

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
02.06.2020	02.06.2020	Nürnberg	255,00 €	Herr Christian Trost
22.09.2020	22.09.2020	Frankfurt am Main	255,00 €	Herr Christian Trost

Themenbereich Unterhaltsrecht nach SGB II und XII

Unterhaltsheranziehung und § 33 SGB II - für erfahrene Praktiker

SOE013

In diesem Seminar werden vertiefend und anhand von Fallbeispielen die Fallkonstellationen systematisch geübt, die im Jobcenter bei der Ermittlung von Unterhaltsansprüchen minderjähriger und volljähriger Kinder, der Eheleute sowie der nicht verheirateten Elternteile auftreten können. Der sehr wichtige Austausch und die praktische Umsetzung der permanent neuen Rechtsprechung des BGH und der Oberlandesgerichte zum Unterhaltsrecht und Anspruchsübergang stehen ganz besonders im Fokus dieser Veranstaltung. Das Seminar richtet sich an erfahrene Sachbearbeiter sowie Führungskräfte. Für Neueinsteiger wird auf das Seminar Code: SOE003 hingewiesen, für Spezialfragen des Unterhaltsrechts wird auf die Workshops Code: SOE030N und Code: SOE026N aufmerksam gemacht.

Schwerpunkte:

- Effektive Vorgehensweise und Organisation der Unterhaltsheranziehung im Jobcenter
- Darstellung des § 33 SGB II und Unterschiede im Sozialleistungs- und Unterhaltsrecht, Anspruchsübergang und Realisierung - auch bei fiktiver Leistungsfähigkeit, Möglichkeiten rückwirkender Heranziehung, Zusammenarbeit mit anderen Beteiligten, Rückübertragung, Prozessführungsbefugnis und Verfahrenskostenhilfe
- Anspruchsgrundlage und Voraussetzungen des Unterhaltsanspruchs, Einkommensermittlung sowie Berechnung beim Kindes-, Ehegatten- und Betreuungsunterhalt (§ 1615l BGB) - nach den jeweiligen OLG-Leitlinien und unter Berücksichtigung der fachlichen Hinweise zu § 33 SGB II
- Aktuelle Rechtsprechung zur Rangfolge und Mangelfallberechnung, Vorteil mietfreien Wohnens, Reduzierung von Selbstbehalt bei Zusammenleben, freiwillige Leistungen Dritter, Bedarf/Bedürftigkeit, Ausbildungsunterhalt, Vorgehen bei Verletzung der Erwerbsobliegenheit, Begrenzung der Ansprüche, Verwirkung, Schuldenberücksichtigung
- Grundsätzliches zu Unterhaltsvereinbarung und -verzicht, Einkommensermittlung Selbstständiger und Schenkungsrückforderung

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-SOE013>

Zielgruppe: Erfahrene Mitarbeiter der Jobcenter, die Unterhaltsansprüche nach dem SGB II geltend machen; verantwortliche Führungskräfte, Rechnungsprüfer

Mitzubringende Arbeitsmittel: Taschenrechner, Textausgaben BGB, SGB II, Leitlinien des jeweils zuständigen OLG

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
24.08.2020	26.08.2020	Frankfurt am Main	540,00 €	Herr Ulrich Lammers

Themenbereich Unterhaltsrecht nach SGB II und XII

Unterhaltsansprüche - gerichtliche Durchsetzung und Zwangsvollstreckung durch Sozialverwaltung und Jobcenter

SOE030N

Im Rahmen des Workshops wird praxisnah besprochen, wie sich ein bestehender (Unterhalts-)Anspruch - unter Einbeziehung aktueller Änderungen im FamFG, im Unterhalts- und Sozialrecht sowie in der Rechtsprechung - in einem Verfahren vor dem Amtsgericht durchsetzen lässt. Neben den formellen Erfordernissen wird grundlegend herausgearbeitet, worauf bei der gerichtlichen Durchsetzung der Ansprüche - unter Kosten- und Verfahrensgesichtspunkten - zu achten ist. Innerhalb des Workshops besteht Gelegenheit, konkrete Fälle und Fragen der Teilnehmer zu bearbeiten. Es wird gebeten, diese vorab beim Kommunalen Bildungswerk e. V. einzureichen.

Schwerpunkte:

Der Weg bis zum Titel

- Gerichtliche Durchsetzung der Ansprüche nach FamFG im Mahnverfahren und im Verfahren vor dem Amtsgericht: Zuständigkeiten; Antragsschriften; Darlegungs- und Beweislast, insb. bei eingeschränkter Leistungsfähigkeit
- Durchsetzungsmöglichkeiten der öffentlich-rechtlichen und der BGB-Auskunftspflicht - auch über Einkünfte des Ehegatten - erforderlichenfalls im familiengerichtlichen Verfahren
- Unterhalt für die Vergangenheit: Verjährung und Verwirkung der Ansprüche; rechtswahrende Mitteilung
- Besondere Verfahrensarten: vereinfachtes Verfahren; Abänderungs- und einstweiliges Anordnungsverfahren
- Anspruchsübergang gem. SGB II, VIII und XII sowie UVG bei fiktiver Leistungsfähigkeit eines gesteigert Unterhaltspflichtigen
- Selbsthilfe und Rückübertragung des Anspruchs auf den Leistungsempfänger zur gerichtlichen Geltendmachung
- Zusammenarbeit mit Leistungsempfänger/Rechtsanwalt/Beistand/Unterhaltsvorschusskasse und Sozialverwaltung bei der gerichtlichen Durchsetzung
- Verfahrenskostenhilfe und Kostenpflicht der Behörde

Wie geht es mit dem Titel weiter?

- Praxis der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung
- (Privilegierte) Durchsetzung der Unterhaltsforderungen im Rahmen der Zwangsvollstreckung, Titelherausgabe, Vollstreckungsklausel, Einziehungsermächtigung und Titelumschreibung
- Zwangsvollstreckung durch Gerichtsvollzieher: Auftrag; Verfahren; (Vor-)Pfändung; eidesstattliche Versicherung
- Forderungspfändung über das Vollstreckungsgericht: Pfändungsfreigrenzen und Pfändungsprivileg; verschleiertes Arbeitseinkommen; Kontopfändungen
- Anmeldung und Strategie im Insolvenzverfahren
- Drittschuldnerpflichten und deren Haftung

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-SOE030N>

Zielgruppe: Mitarbeiter aus SGB II-Behörden und Sozial- und Jugendverwaltungen sowie aus Rechtsämtern, die mit der Durchsetzung übergegangener Ansprüche befasst sind; sonstige Interessenten, z. B. Mitarbeiter aus Rechnungsprüfungsämtern, Rechtsanwälte

Mitzubringende Arbeitsmittel: Taschenrechner, Textausgaben: BGB, SGB II, SGB XII, UntVorschG, ZPO, FamFG sowie Leitlinien des jeweiligen Oberlandesgerichts

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
07.09.2020	08.09.2020	Frankfurt am Main	400,00 €	Herr Ulrich Lammers

Themenbereich Unterhaltsrecht nach SGB II und XII

Praktische Fragen und Fallbeispiele zum Unterhaltsrecht (inklusive der gerichtlichen Durchsetzung)

SOE036

Die Befassung mit dem Unterhaltsrecht stellt auch den erfahrenen Praktiker immer wieder vor neue Fragen. Im Seminar werden deshalb in der Praxis häufig auftretende Probleme dargestellt. Die theoretische Wissensvermittlung wird mit Fallbeispielen verbunden. Ziel des Seminars ist es, die Rechtskenntnisse der Teilnehmer zu erweitern bzw. zu vertiefen, um diese in der täglichen Arbeit umzusetzen. Die Teilnehmer sind aufgefordert, ihre Fragen einzubringen.

Schwerpunkte:

- Bestimmung der anrechenbaren Einkünfte
Unselbstständiger/Selbstständiger: u. a. Berücksichtigung von Schulden; Sachzuwendungen (z. B. der Firmenwagen); Wohnwert der selbstgenutzten Immobilie; Einkünfte aus Vermietung; Einsatz von Vermögen
- Auskunftsanspruch nach BGB und SGB
- Ehegattenunterhalt - getrennt lebend und geschieden (§§ 1361, 1570 ff. BGB): u. a. Bedürftigkeit; Mindestbedarf; Kindesbetreuung
- Nichtehelicher Unterhalt (§ 1615I BGB)
- Unterhalt Minderjähriger (§§ 1601 ff. BGB): u. a. Wechselmodell; Unterhalt bei Trennung von Geschwistern; privilegierter Volljähriger; Barunterhalt des betreuenden Elternteils; verheirateter unterhaltspflichtiger Elternteil - Einkommen des Ehegatten
- Unterhalt Volljähriger: u. a. Ausbildungsunterhalt; Naturalunterhalt; Berechnung des Haftungsanteils beider Elternteile
- Rangverhältnisse (§ 1609 BGB)
- Unterhalt für die Vergangenheit (§ 1613 BGB)
- Verjährung (§ 195 BGB)
- Verwirkung (§ 242 BGB)
- Insolvenz des Unterhaltsschuldners
- Rechtsübergang (§ 7 UVG, § 33 SGB II): u. a. Vergleichsberechnung; Kindergeldverrechnung
- Titelumschreibung (§ 727 ZPO)

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-SOE036>

Zielgruppe: Mitarbeiter von Jobcentern, Sozialämtern, Jugendämtern, die mit Unterhaltsfragen betraut sind, von Rechts- sowie Prüfungsämtern, die bereits über Grundkenntnisse und praktische Erfahrungen verfügen

Mitzubringende Arbeitsmittel: BGB, ZPO, Düsseldorfer Tabelle/regionale OLG Leitlinien

Von 25.05.2020 Bis 26.05.2020

Seminarort
Nürnberg

Preis
400,00 €

Referent/in
Herr Jan Niezel

In diesem Seminar wird ein Überblick über die Insolvenzordnung vermittelt. Methodisch wechseln sich Vortrag, Diskussion und Fallbeispiele ab.

Die Teilnehmer werden in die Lage versetzt, das Insolvenzverfahren (Regel- und Verbraucherinsolvenz) dem zeitlichen Ablauf entsprechend einzuordnen, und lernen einige wesentliche Bestandteile wichtiger Verfahrensstände kennen. Auswirkungen für die Kommunalverwaltungen, insbesondere das Verhalten der Kasse (Zahlungsabwicklung) zur Durchsetzung von Ansprüchen mittels Forderungsanmeldung, aber auch im Hinblick auf Bescheiderlass sind ebenfalls Bestandteil dieses Seminars.

Schwerpunkte:

- Ablauf Regel- und Verbraucherinsolvenzverfahren
- Forderungsarten und Gläubigerarten im Insolvenzverfahren
- Wirkung des Eröffnungsbeschlusses
- Kurzüberblick Vollstreckungsverbot im Verfahren sowie in der Wohlverhaltensphase
- Restschuldbefreiungsverfahren
- Auswirkungen des Verfahrens auf die Kommunalverwaltungen

Anmeldung im Internet unter

<https://www.kbw.de/-VLB027>

Zielgruppe: Mitarbeiter im Bereich der Kasse (Zahlungsabwicklung) sowie im Bereich der Verwaltungsvollstreckung (Vollstreckungsbehörde); aber auch solche Mitarbeiter, welche sich grundsätzlich für das Insolvenzverfahren interessieren.

Mitzubringendes Arbeitsmittel: Aktuelle InsO

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
10.02.2020	10.02.2020	Frankfurt am Main	255,00 €	Herr Eric Hornickel
22.06.2020	22.06.2020	Frankfurt am Main	255,00 €	Herr Eric Hornickel

Das Seminar behandelt, fokussiert auf die Praxis, die Rechtsstellung der Kommune in dem Insolvenzverfahren über das Vermögen eines Freiberuflers oder eines selbstständigen (Klein)Unternehmers. Der Schwerpunkt der Veranstaltung liegt auf der Geltendmachung von Forderungen der Kommune gegen den Schuldner in der Eigenschaft als Insolvenz-, Masse- und auch Neugläubigerin sowie der Bedeutung besonderer verfahrensspezifischer Gegebenheiten aus Gläubigersicht im Fall der Fortführung oder der Freigabe einer selbstständigen Tätigkeit gem. § 35 Abs. 2 InsO.

Schwerpunkte:

- Einordnung von Forderungen in das insolvenzrechtliche System (Insolvenzgläubiger, Massegläubiger, Neugläubiger)
- Abgrenzung und Definition der Insolvenzmasse
- Berufsrechtliche Konsequenzen in der Insolvenz des Freiberuflers
- Liquidation, Fortführung, Freigabe einer selbstständigen Tätigkeit gem. § 35 Abs. 2 InsO und Insolvenzplan aus Gläubigersicht
- Möglichkeiten der vorzeitigen Erteilung der Restschuldbefreiung und Bedeutung für die Gläubiger
- Fokus Neugläubiger: Möglichkeiten der Geltendmachung und (zwangsweisen) Durchsetzung von Forderungen unter Berücksichtigung bestimmter Szenarien (Liquidation, Fortführung, Freigabe gem. § 35 Abs. 2 InsO, Insolvenzplan)

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-VLB045X>

Zielgruppe: Mitarbeiter kommunaler Verwaltungen, die sich mit der Umsetzung des Insolvenzrechts befassen; Betreuer; Mitarbeiter der Schuldnerberatung; Gläubigervertreter anderer Institutionen, wie Sozialversicherungsträger, Finanzämter

Mitzubringende Arbeitsmittel: Gesetzestext InsO (aktuelle Fassung)

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
29.06.2020	29.06.2020	Frankfurt am Main	255,00 €	Frau Sylvia Wipperfürth

Im Rahmen des zweiteiligen Seminars (Code: VLB100 und Code: VLB120) wird das Rechtsgebiet der Vollstreckung grundlegend und umfassend dargestellt. Die Teilnehmer erhalten einen Gesamtüberblick und können eventuell bereits gemachte Erfahrungen in das Seminar einbringen und Lösungen für die Praxis mitnehmen. Das Seminar richtet sich in erster Linie an neue Mitarbeiter bei Vollstreckungsbehörden sowie anderen Behörden und Körperschaften, die mit der Vollstreckung befasst sind (einschließlich Vollziehungs- und Vollstreckungsbeamte). Der angestrebte Erfahrungsaustausch kann auch für Teilnehmer, die in diesem Bereich bereits tätig sind, gewinnbringend sein. Auf die aktuelle Gesetzgebung und Rechtsprechung wird bei den einzelnen Themenschwerpunkten umfassend eingegangen. Der Teil 2 (Code: VLB120) kann einzeln belegt werden, wenn die Inhalte bzw. Schwerpunkte des 1. Teils (Code: VLB100) beherrscht werden.

Schwerpunkte:

- Allgemeines zur Durchführung von Vollstreckungshandlungen: Vorbereitung der Vollstreckung; Vollstreckungsvoraussetzungen; Vollstreckungsschuldner, Vollstreckung gegen Dritte; Amts- und Vollstreckungshilfe; Datenschutz, Steuergeheimnis; Einstellung und Aussetzung der Vollstreckung; Stundung, Vollstreckungsaufschub; Niederschlagung und Erlass; Verjährung
- Vollstreckung privatrechtlicher Geldforderungen: gerichtliches Mahn- und Vollstreckungsverfahren (Erläuterung der Vordrucke, Fehlerquellen)
- Durchführung von Vollstreckungsmaßnahmen: Abgrenzung der Bereiche bewegliches und unbewegliches Vermögen; Gesamtvermögen
- Vollstreckung in bewegliche Sachen: Pfändung beweglicher Sachen, Betreten und Durchsuchen, Widerstand; Gewahrsamsbegriff - Eigentumsvermutung bei Ehegatten, Lebenspartnern, nichtehelichen Lebensgemeinschaften; Mitnahme, Inbesitznahme, Belassen beim Schuldner, Gefahr des Untergangs, Überpfändung; Niederschrift über die Pfändung, erfolglose Pfändung, Verwertung der gepfändeten Sache
- Verfahren zur Abgabe der Vermögensauskunft: Ablauf des Verfahrens; Haftbefehl; Auswertung des Vermögensverzeichnisses
- Vollstreckung in Geldforderungen: Pfändung von Arbeitseinkommen; Pfändung von Bank- und Sparkassenguthaben; Pfändung von Sozialleistungsansprüchen; Pfändung sonstiger Geldforderungen

Anmeldung im Internet unter

<https://www.kbw.de/-VLB100>

Zielgruppe: Mitarbeiter im Vollstreckungsdienst und andere mit der Vollstreckung von Geldforderungen beauftragte Bedienstete, die interessiert sind, sich systematisch und fundiert das Vollstreckungsrecht anzueignen. Es werden allgemeine verwaltungsrechtliche Grundkenntnisse vorausgesetzt.

Von 23.03.2020 Bis 24.03.2020

Seminarort Frankfurt am Main

Preis 400,00 €

Referent/in Herr Peter Rothfuss

Im Rahmen des zweiteiligen Seminars (Code: VLB100 und Code: VLB120) wird das Rechtsgebiet der Vollstreckung grundlegend und umfassend dargestellt. Die Teilnehmer erhalten einen Gesamtüberblick und können eventuell bereits gemachte Erfahrungen in das Seminar einbringen und Lösungen für die Praxis mitnehmen. Das Seminar richtet sich in erster Linie an neue Mitarbeiter bei Vollstreckungsbehörden sowie anderen Behörden und Körperschaften, die mit der Vollstreckung befasst sind (einschließlich Vollziehungs- und Vollstreckungsbeamte). Der angestrebte Erfahrungsaustausch kann auch für Teilnehmer, die in diesem Bereich bereits tätig sind, gewinnbringend sein. Auf die aktuelle Gesetzgebung und Rechtsprechung wird bei den einzelnen Themenschwerpunkten umfassend eingegangen. Der Teil 2 (VLB120) kann einzeln belegt werden, wenn die Inhalte bzw. Schwerpunkte des 1. Teils (Code: VLB100) beherrscht werden.

Schwerpunkte:

- Beauftragung des Gerichtsvollziehers: Anträge; Kostenfragen; Zusammenarbeit mit dem Gerichtsvollzieher
- Vollstreckung von Zwangsgeldern
- Besonderheiten bei der Vollstreckung von Geldbußen: Erzwingungshaft; Arbeitsauflagen bei Heranwachsenden
- Vollstreckung in das unbewegliche Vermögen: Zwangshypothek; Zwangsversteigerung; Zwangsverwaltung
- Die Haftung für Steuern und sonstige Abgaben: Übersicht über die häufigsten Haftungskriterien; Einzelfragen einer Inanspruchnahme Dritter
- Das Insolvenzverfahren: die verschiedenen Verfahrensabschnitte; Anträge; Erklärungen; taktisches Vorgehen

Anmeldung im Internet unter

<https://www.kbw.de/-VLB120>

Zielgruppe: Mitarbeiter im Vollstreckungsdienst und andere mit der Vollstreckung von Geldforderungen beauftragte Bedienstete, die interessiert sind, sich systematisch und fundiert das Vollstreckungsrecht anzueignen. Es werden allgemeine verwaltungsrechtliche Grundkenntnisse vorausgesetzt.

Von 23.11.2020 Bis 24.11.2020

Seminarort
München

Preis
400,00 €

Referent/in
Herr Peter Rothfuss

Themenbereich Verwaltungsorganisation

Organisationsuntersuchung als professionelle Methode des Veränderungsmanagements - eine Vertiefung für Verwaltungen

VWA051

Grundlage für diesen Workshop ist das Seminar "Organisationsuntersuchung als professionelle Methode des Veränderungsmanagements - eine Einführung für Verwaltungen" (Code: VWA080G) oder mehrjährige Erfahrungen in der Organisationsuntersuchung bzw. Projektführung. In diesem Workshop werden Phasen der Organisationsuntersuchung sequentiell durchgespielt. Im Mittelpunkt stehen die Fälle der Teilnehmer, die mittels praxiserprobter Instrumente bearbeitet werden. Exemplarisch werden gemeinsam Lösungsansätze für typische Situationen/Stolpersteine im Zuge von Organisationsuntersuchungen entwickelt. Die Teilnehmer werden gebeten, ihre Praxisfälle bis spätestens 2 Wochen vor dem Termin beim KBW e. V. einzureichen.

Schwerpunkte:

- Schlaglichtpräsentation der eigenen Organisationsuntersuchungen
- Gruppenarbeiten zu Phasen der Organisationsuntersuchung (Auftragsklärung, Ist-Analyse, Machbarkeitsstudie etc.)
- Konkretisierung des Methodenkoffers und der Theorie aus dem Grundlagenseminar

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-VWA051>

Zielgruppe: Führungskräfte/Mitarbeiter sowie Kostenverantwortliche aus Verwaltungen, die bereits in Projekten gearbeitet und umfangreiche Erfahrungen mit Organisationsuntersuchungen oder das Spezialseminar (Code: VWA080G) besucht haben.

Von
06.02.2020

Bis
07.02.2020

Seminarort
Nürnberg

Preis
475,00 €

Referent/in
Herr Christian Griesbach

Themenbereich Zuwendungsrecht

Zuwendungen - ein Überblick für Mitarbeiter in Rechtsämtern

RAA030

Bei den Kommunen spielen Zuwendungen sowohl auf der Einnahmen - als auch auf der Ausgabenseite eine große Rolle. Das Rechtsamt kommt mit der Thematik „Zuwendungen“ vielfach in Berührung und wird vor allem bei zweckwidriger Verwendung von Zuwendungsmitteln, was in der Regel zu Rückforderungen führt und in Ausnahmefällen auch strafrechtliche Folgen haben kann, eingeschaltet. Tritt die Kommune als Zuwendungsgeber auf, gilt es, eine Vielzahl von rechtlichen Vorgaben (vom EU- bis zum Haushaltsrecht) bei der Bewilligung - und noch mehr - bei der zeitgerechten Prüfung der ordnungsgemäßen Verwendung der Zuwendungsmittel zu beachten. Ziel des Seminars ist es, zuwendungsrechtlich eine ordnungsgemäße Verwendung der Fördermittel unter Beachtung der gesetzlichen Auflagen (§§ 36, 49 ff. VwVfG, § 44 BHO/LHO) aus juristischer Sicht zu vermitteln und Zweifelsfragen beim Vollzug der Auflagen und Bedingungen zu klären.

Schwerpunkte:

- Rechtsgrundlagen für die Bewilligung und Verwendung von Zuwendungen - von der Bewilligung bis zur Verwendungsnachweisprüfung
- Grundsätze für die Ausreichung kommunaler Gelder („Fördermittel“) an Dritte
- Juristische Fragen im Vollzug der Auflagen

Anmeldung im Internet unter

<https://www.kbw.de/-RAA030>

Zielgruppe: Mitarbeiter von Rechtsämtern

Mitzubringende Arbeitsmittel: VwVfG, BHO (§§ 23, 44 mit VV), UVgO, GWB, VgV

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
17.03.2020	17.03.2020	Nürnberg	255,00 €	Referententeam
18.11.2020	18.11.2020	München	255,00 €	Referententeam

Das Seminar ist für Teilnehmer mit juristischem Hintergrundwissen konzipiert, mit dem Ziel, einen Überblick über die öffentliche Auftragsvergabe und die dafür maßgebenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften aus dem Blickwinkel eines Praktikers zu vermitteln und juristische Fragestellungen beim Vollzug der gesetzlichen Regelungen zu klären. Der Schwerpunkt des Seminars liegt bei Vergaben im Liefer- und Dienstleistungsbereich, angefangen bei den grundsätzlichen Unterschieden von privaten zu öffentlichen Beschaffungen bis zum primären und sekundären Rechtsschutz.

Schwerpunkte:

- Rechtsgrundlagen
- Durchführung von Vergabeverfahren
- Juristische Fragen im Vollzug von GWB, VgV und UVgO

Anmeldung im Internet unter

<https://www.kbw.de/-RAA035>

Zielgruppe: Mitarbeiter von Rechtsämtern

Mitzubringende Arbeitsmittel: UVgO, GWB (4. Teil), VgV

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
19.11.2019	19.11.2019	München	255,00 €	Referententeam
18.03.2020	18.03.2020	Nürnberg	255,00 €	Referententeam
28.10.2020	28.10.2020	München	255,00 €	Referententeam

Themenbereich Zuwendungsrecht

Einführung in das Zuwendungsrecht und in die Zuwendungspraxis

ZWR003

Im Seminar werden Grundlagen im Zuwendungswesen vermittelt. Ziel des Seminars ist es, dass die Teilnehmer die maßgeblichen Kriterien für öffentliche Förderungen kennen und die zuwendungsrechtlichen Bestimmungen beurteilen und anwenden können. Es besteht zudem die Möglichkeit, im Seminar Erfahrungen austauschen.

Schwerpunkte:

- Rechtsgrundlagen
- Grundbegriffe im Zuwendungswesen
- Haushaltswirtschaftlicher Vollzug von Zuwendungen
- Fördermaßnahmen der EU
- Unwirksamkeit von Zuwendungsbescheiden
- Antragsprüfungsverfahren
- Bewilligungsverfahren
- Wegfall des Rechtsgrunds für die Auszahlung von Zuwendungen
- Jahresfrist
- Verwendungsnachweisprüfung
- Subventionen im Sinne des StGB - Subventionsbetrug
- Zinsen

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-ZWR003>

Zielgruppe: Mitarbeiter öffentlicher Verwaltungen, die sich neu mit der Vergabe von Zuwendungen befassen oder befasst werden sollen und sich systematisch in das Fachgebiet einarbeiten möchten

Mitzubringende Arbeitsmittel: §§ 7, 23, 44 LHO oder BHO nebst darauf bezogene Verwaltungsvorschriften

Von
05.10.2020

Bis
06.10.2020

Seminarort
Nürnberg

Preis
400,00 €

Referent/in
Herr Dr. Martin Schelberg

Themenbereich Zuwendungsrecht

Grundlagen des Zuwendungsrechts für Mitarbeiter von SGB II-Behörden

ZWR005

Das in den Jobcentern realisierte „Regelgeschäft“ wird in immer größerem Umfang durch Projekte ergänzt, deren Finanzierung auf der Basis von Zuwendungen durch die EU, den Bund bzw. die Länder erfolgt. Dabei unterscheidet sich diese Art der Förderung beträchtlich von der nach SGB-II/SGB-III. Im Workshop werden den Teilnehmern zuwendungsrechtliche Grundsätze der Projektförderung sowie Fähigkeiten und Fertigkeiten beim regelkonformen Umgang mit Fördermitteln außerhalb der bzw. ergänzend zur Grundsicherung vermittelt. Den praktischen Aspekten des eigentlichen Fördermittelmanagements wird ebenfalls viel Raum gegeben. Die Teilnehmer werden gebeten, Fragen oder Diskussionsschwerpunkte bis zwei Wochen vor dem Seminar beim Kommunalen Bildungswerk e. V. einzureichen.

Schwerpunkte:

- Grundlagen des Zuwendungsrechts gem. §§ 23 und 44 BHO
- Zuwendungs- und Finanzierungsarten
- Konzepterstellung, Antragsverfahren und Bewilligungsbescheid
- Erstellung eigener Förder-/Handlungsanleitungen
- Besonderheiten bei vorzeitigem Maßnahmenbeginn
- Mittelanforderung/Abrufverfahren und Auszahlung der Fördermittel
- Ko-Finanzierungsmöglichkeiten von Projekten sowie deren Besonderheiten
- Mitteilungspflichten des Zuwendungsempfängers
- Erstellung und Prüfung von Verwendungsnachweisen
- Aufhebung von Bewilligungsbescheiden
- Erstattungsansprüche und Verzinsung
- Aktuelle Förderprogramme auf Bundes- und Landesebene

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-ZWR005>

Zielgruppe: Mitarbeiter von SGB II-Behörden, die Arbeitsmarktprogramme bzw. -projekte beantragen, realisieren und abrechnen

Mitzubringende Arbeitsmittel: Bundeshaushaltsordnung und Verwaltungsvorschriften zu §§ 23, 44 BHO, VwVfG, eigene Förderrichtlinien, Taschenrechner

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
02.11.2020	03.11.2020	Frankfurt am Main	400,00 €	Herr Matthias Werth

Themenbereich Zuwendungsrecht

Rückforderung von Zuwendungen/Verzinsungsfragen - Einführung

ZWR030

In diesem Seminar werden Fragen der Rückforderung von Zuwendungen, die Gründe hierfür, die Geltendmachung des Anspruchs auf Verzinsung der Erstattungsbeträge und die Voraussetzungen für einen Verzicht darauf umfassend behandelt. Den Teilnehmern werden die erforderlichen Kenntnisse vermittelt, um Rückforderungs- und Verzinsungsfälle sicher zu bearbeiten und zu lösen. Das Seminar ist sowohl für Zuwendungsnehmer, als auch für Zuwendungsgeber geeignet. Weiterführend ist das Aufbauseminar Code: ZWR031 zu empfehlen.

Schwerpunkte:

- Rechtsgrundlagen für Rücknahme, Widerruf, Rückforderung und Verzinsungsanordnung
- Ausübung pflichtgemäßen Ermessens und Ermessenslenkung sowie -reduzierung
- Erlass eines Zuwendungsbescheids unter Vorbehalt und endgültige Entscheidung durch Schlussbescheid
- Verzinsungsanordnung, ausnahmsweises Absehen von der Verzinsung
- Zinsen u. a. wegen nicht alsbaldiger Verwendung der Fördermittel
- Erlöschen/Verjährung von Erstattungs- und Zinsansprüchen
- Rechtsprechung zu den einzelnen Bereichen
- Hinweise auf verbreitete Fehler, Bescheidtechnik

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-ZWR030>

Zielgruppe: Sachbearbeiter und Referenten, die mit Förderangelegenheiten befasst sind; Beschäftigte der Rechnungsprüfung. Grundkenntnisse des Zuwendungsrechts (§§ 23 und 44 LHO) sowie gute Kenntnisse des Verwaltungsverfahrensrechts (§§ 35 ff. VwVfG) werden vorausgesetzt.

Mitzubringende Arbeitsmittel: VwVfG, VV/VV-G/VVK zu § 44 LHO

Von
11.11.2020

Bis
12.11.2020

Seminarort
München

Preis
455,00 €

Referent/in
Herr Georg Gass

Themenbereich Zuwendungsrecht

Rückforderung von Zuwendungen/Verzinsungsfragen - Vertiefung

ZWR031

In diesem Aufbauseminar werden die im Basisseminar Code: ZWR030 behandelten Fragen der Rückforderung von Zuwendungen und der Verzinsung der Erstattungsbeträge weiter vertieft. Die Teilnehmer erwerben durch Vortrag, Übungen und Diskussion die erforderlichen Kenntnisse, um auch schwierige Rückforderungs- und Verzinsungsfälle sicher zu bearbeiten und zu lösen. Das Seminar ist für Mitarbeiter sowohl von Zuwendungsgebern als auch von Zuwendungsnehmern geeignet.

Schwerpunkte:

- Rechtsgrundlagen für Rücknahme, Widerruf, Rückforderung und Verzinsungsanordnung
- Wichtige Fallkonstellationen für Rücknahme und Widerruf
- Ausübung pflichtgemäßen Ermessens und Ermessenslenkung sowie -reduzierung
- Erlass eines Zuwendungsbescheids unter Vorbehalt und endgültige Entscheidung durch Schlussbescheid
- Verzinsungsanordnung, ausnahmsweises Absehen von der Verzinsung
- Zinsen u. a. wegen nicht alsbaldiger Verwendung der Fördermittel
- Erlöschen/Verjährung von Erstattungs- und Zinsansprüchen
- Rechtsprechung zu den einzelnen Bereichen
- Hinweise auf verbreitete Fehler, Bescheidtechnik

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-ZWR031>

Zielgruppe: Erfahrene Sachbearbeiter und Referenten, die mit Förderangelegenheiten befasst sind; Beschäftigte der Rechnungsprüfung. Vorausgesetzt werden gute Kenntnisse des Zuwendungsrechts (§§ 23 und 44 LHO) und des Verwaltungsverfahrensrechts (§§ 35 ff. VwVfG) oder die Teilnahme am Basisseminar Code: ZWR030 sowie die Bereitschaft zur Diskussion rechtlicher Fragen.

Mitzubringende Arbeitsmittel: VwVfG, VV/VV-G/VVK zu § 44 LHO

Von
27.11.2020

Bis
27.11.2020

Seminarort
München

Preis
255,00 €

Referent/in
Herr Georg Gass

Themenbereich Zuwendungsrecht

Zuwendungs- und Vergaberecht für Zuwendungsempfänger kleinerer Einrichtungen - von der zuwendungsrechtlichen Auflage bis zu den Vordrucken für die Vergabe

ZWR050

Im Workshop werden Grundsätze des Zuwendungs- und Vergaberechts behandelt. Schwerpunkte sind die Verbindung vom Zuwendungsrecht (Nr. 1 und 3 ANBest-P/-I) mit dem Vergaberecht (primär: § 8 Abs. 4, § 12, §§ 49, 50 UVgO und § 55 BHO), die rechtssichere Durchführung von Vergabeverfahren mit praxisgerechten Vordrucken der öffentlichen Hand und die Rechtsfolgen bei Vergabeverstößen. Eigene Problemstellungen und Fragen können in den Workshop eingebracht werden.

Schwerpunkte:

- Zuwendungsrechtliche Vorgaben zum Beschaffungswesen (Nr. 1 und 3 ANBest-P/-I)
- Vergaberecht im Zuwendungsverfahren (§§ 36, 49, 4a VwVfG)
- Schwere Vergabeverstöße und ihre Folgen
- Anwendung von Vergabe- und Vertragsordnungen
- Formelle Abwicklung von Beschaffungsvorgängen
- Zentrale Recherche nach Ausschreibungen
- Hinweise zum Vertragsvollzug

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-ZWR050>

Zielgruppe: Mitarbeiter kleinerer Zuwendungsempfänger, die nebenbei Zuwendungen und Vergaben bearbeiten müssen

Mitzubringende Arbeitsmittel: VwVfG, BHO (§§ 23, 44 mit VV), UVgO, GWB, VgV

Von
25.06.2020

Bis
26.06.2020

Seminarort
Nürnberg

Preis
400,00 €

Referent/in
Referententeam

Themenbereich Zuwendungsrecht

Erstellung von Förderrichtlinien durch den Zuwendungsgeber

ZWR180

Üblicherweise wird bei geförderten Projekten den Prozessen der Nachweiserstellung und der Prüfung des Zwischen-/Verwendungsnachweises besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Dabei sind Schwierigkeiten, die zu diesem Zeitpunkt auftreten und zu Rückfragen, Änderungen und Widerruf des Zuwendungsbescheides und Rückforderungen führen können, häufig durch Berücksichtigung in früheren Phasen vermeidbar. So sollte bereits bei der Konzeption der Förderrichtlinie der Zweck und die Ziele des jeweiligen Projekts (Programms) sowie die Grundlagen des Zuwendungsrechts einbezogen werden. Außerdem enthält das Zuwendungsrecht hinsichtlich der Struktur und dem Inhalt einer Förderrichtlinie klare Vorgaben. Im Rahmen des Seminars wird anhand von Fallbeispielen eine Muster-Förderrichtlinie erarbeitet.

Schwerpunkte:

- Grundlagen des Zuwendungsrechts: Prinzipien des Zuwendungsrechts (Abgrenzung: Subvention, Leistungsaustausch, Zuwendung); Bewilligungsgrundsätze
- Konzeption einer Förderrichtlinie: Arten; Rechtsnatur; Verfahren; Inhalt; Änderung und Aufhebung; Abweichungen vom Zuwendungsrecht

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-ZWR180>

Zielgruppe: Beschäftigte von Einrichtungen/Organisationen, die Projektförderungen bewilligen und prüfen. Vorkenntnisse im Zuwendungsrecht (Projektförderung) sind nicht erforderlich.

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
02.11.2020	02.11.2020	Frankfurt am Main	255,00 €	Herr Jürgen Stricker

Themenbereich Zuwendungsrecht

Prüfung von Anträgen auf Projektförderung

ZWR190

Ein gefördertes Projekt durchläuft während seines Verlaufs aufeinanderfolgende Schritte. Um Rückfragen, Änderungen und Widerruf des Zuwendungsbescheids und Rückforderungen zu vermeiden, sollte bereits in frühen Phasen - wie der Prüfung des Antrages - der Zweck und die Ziele des jeweiligen Projekts (Programms) sowie die Grundlagen des Zuwendungsrechts ausreichend berücksichtigt werden.

Schwerpunkte:

- Grundlagen des Zuwendungsrechts: Abgrenzung (Subvention, Leistungsaustausch, Zuwendung); Zuwendungsarten; Antragsverfahren; Bestandteile; Ziele
- Antragsprüfung: Bewilligungsgrundsätze; Inhalt der Antragsprüfung
- Vermerk über das Ergebnis der Antragsprüfung: Frist; Umfang und Inhalt
- Vorzeitiger Maßnahmenbeginn: Zeitpunkt; Bedeutung

Anmeldung im Internet unter <https://www.kbw.de/-ZWR190>

Zielgruppe: Beschäftigte von Einrichtungen/Organisationen, die Projektförderungen bewilligen und prüfen. Vorkenntnisse im Zuwendungsrecht (Projektförderung) sind nicht erforderlich.

Von	Bis	Seminarort	Preis	Referent/in
03.11.2020	03.11.2020	Frankfurt am Main	255,00 €	Herr Jürgen Stricker

Anmeldeformular

Region Süd - 10-2019

Kundennummer



E-Mail: info@kbw.de
Beratungshotline: 030/293350-11

Seminardatum

Gebühr

Seminarcode

Anrede

Vorname

Nachname

Rechnungsanschrift (nach Möglichkeit Stempel):

Tätigkeit (z. B. Sachbearbeiter, Amtsleiter)

Telefon

Telefax

E-Mail-Adresse

Die kostenlose Stornierungsfrist bei Seminaren beträgt in jedem Fall 2 Wochen vor Seminarbeginn.
Wir erkennen die Teilnahmebedingungen gemäß Seminarprogramm an.

Hotelzimmerreservierung

Ich bitte um Reservierung von _____ Einzelzimmer/n _____ Doppelzimmer/n

vom _____ bis _____ Preiskategorie bis _____ Euro/Nacht

Hotelwunsch / Bemerkungen: _____

Programmanforderung

an das Kommunale Bildungswerk e. V.



www.kbw.de

Fax an: (030) 293350 - 39

E-Mail an: info@kbw.de



**KOMMUNALES
BILDUNGSWERK e. V.** 

Kommunales Bildungswerk e. V.
Bornitzstraße 73-75
10365 Berlin

- ☐ **Ja**, senden Sie mir das vollständige Seminarprogramm auf dem Postweg zu.
- ☐ **Nein**, streichen Sie mich aus Ihrem Verteiler.
Ich habe kein Interesse an weiteren Informationen.

Absender _____

KBW-Newsletter

- ☐ **Ja**, nehmen Sie mich in Ihren monatlichen E-Mail-News-Verteiler auf.
- ☐ **Nein**, streichen Sie mich aus Ihrem monatlichen E-Mail-News-Verteiler.

Meine E-Mail-Adresse _____